

Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht 2020



Inhalt

	Vorwort.....	2
	Transformative Wege beschreiten	3
	Innovationsbedarf im Datenbereich.....	4
	Überblick	6
Ziel 1	Keine Armut	24
Ziel 2	Kein Hunger	26
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	28
Ziel 4	Hochwertige Bildung	32
Ziel 5	Geschlechtergleichheit	34
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen.....	36
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie.....	38
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	40
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	42
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten.....	44
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden.....	46
Ziel 12	Nachhaltige/r Konsum und Produktion	48
Ziel 13	Maßnahmen zum Klimaschutz.....	50
Ziel 14	Leben unter Wasser	52
Ziel 15	Leben an Land	54
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.....	56
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele.....	58
	Stand der bis 2020 zu erreichenden Zielvorgaben	60
	Hinweise für Leserinnen und Leser.....	62
	Regionale Gruppen.....	63



Ziele für nachhaltige Entwicklung **Bericht 2020**

Vorwort

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wurde 2015 ins Leben gerufen, um die Armut zu beenden und die Welt auf einen Pfad des Friedens, des Wohlstands und der Chancen für alle auf einem gesunden Planeten zu führen. Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erfordern schlichtweg eine Transformation der finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Systeme unserer heutigen Gesellschaften, um die Menschenrechte aller Menschen zu garantieren. Dazu bedarf es immensen politischen Willens und ambitionierter Maßnahmen seitens aller Interessenträger. Wie die Mitgliedstaaten jedoch vergangenen September auf dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung anerkannten, reichen die bisherigen globalen Anstrengungen nicht aus, den nötigen Wandel herbeizuführen. Dies gefährdet die Erfüllung des Versprechens der Agenda für die heutigen und die kommenden Generationen.

Der vorliegende Bericht zeigt anhand der neuesten Daten, dass die Fortschritte auch vor der COVID-19-Pandemie ungleichmäßig und unzureichend waren, um die Ziele bis 2030 zu erreichen. Einige Fortschritte zeichneten sich ab: Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die keine Schule besuchen, war gesunken, viele übertragbare Krankheiten waren rückläufig, der Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung hatte sich verbessert, und Frauen waren in Führungspositionen stärker vertreten. Gleichzeitig litten mehr und mehr Menschen unter Ernährungsunsicherheit, setzte sich die Zerstörung der natürlichen Umwelt bestürzend rasch fort und herrschte in allen Regionen weiter enorme Ungleichheit. Weder das Tempo noch der Umfang der Veränderungen waren ausreichend.

Jetzt gefährdet mit COVID-19 eine beispiellose gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Krise Menschenleben und Existenzgrundlagen und gestaltet die Erreichung der Ziele noch schwieriger. Anfang Juni hatte das Virus bereits mehr als 400.000 Menschenleben gefordert, und die Zahl der Todesopfer stieg weiter an. Kaum ein Land ist verschont geblieben. Die Gesundheitssysteme vieler Länder stehen am Rand des Zusammenbruchs. Die Existenzgrundlagen der Hälfte aller Beschäftigten weltweit wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Mehr als 1,6 Milliarden Schülerinnen und Schüler können die Schule nicht besuchen, und Abermillionen Menschen fallen in extreme Armut und Hunger zurück, was die bescheidenen Fortschritte der letzten Jahre zunichtemacht.

Zwar sind alle Menschen und Gemeinschaften vom neuartigen Coronavirus betroffen, manche trifft es jedoch stärker als andere. Vielmehr hat diese Krise die bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten aufgedeckt und verschärft. Hochentwickelte Volkswirtschaften verzeichneten bei marginalisierten Gruppen die höchste Sterblichkeit. In den Entwicklungsländern sind die verwundbarsten Menschen, darunter die in der Schattenwirtschaft Beschäftigten, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Bevölkerungsgruppen, Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, noch stärker gefährdet. Weltweit trifft die

Pandemie junge Menschen unverhältnismäßig hart, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Frauen und Mädchen sehen sich neuen Barrieren und Gefahren gegenüber, die von einer Schattenpandemie der Gewalt zu zusätzlicher Belastung durch unbezahlte Pflegearbeit reichen.

Die tieferen Ursachen und die ungleichmäßigen Auswirkungen von COVID-19 widerlegen in keinsten Weise das Argument für die Nachhaltigkeitsziele, sondern zeigen vielmehr, warum wir die Agenda 2030, das Übereinkommen von Paris über Klimaänderungen und die Aktionsagenda von Addis Abeba brauchen, und unterstreichen die Dringlichkeit ihrer Umsetzung. Daher habe ich immer wieder dazu aufgerufen, zur Bekämpfung und Überwindung der Pandemie abgestimmte und umfassende internationale Maßnahmen zu ergreifen, die auf fundierten Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und von den Nachhaltigkeitszielen geleitet sind.

Die Gesundheitssysteme der exponiertesten Länder müssen dringend gestärkt und die Kapazitäten für Tests, Kontaktverfolgung und Behandlung ausgebaut werden. Sobald Behandlungen und Impfstoffe verfügbar sind, ist es unerlässlich, allen den Zugang dazu zu gewähren. Durch großangelegte multilaterale Maßnahmen muss gewährleistet werden, dass die Entwicklungsländer die Ressourcen bekommen, die sie zum Schutz von Haushalten und Unternehmen benötigen. Die Maßnahmenpakete müssen den Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresilienten Wirtschaft erleichtern und den allgemeinen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen unterstützen. Führungsstärke und Unterstützung sind gefordert, damit Statistikorganisationen über die nötigen Instrumente und Ressourcen verfügen, um rasche und fundierte Entscheidungen treffen zu können. Um diese Maßnahmen anzuleiten und zu unterstützen, ist das System der Vereinten Nationen auf allen Ebenen aktiv geworden und hat die jüngsten Reformen des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen nutzbringend eingesetzt.

Zu Beginn dieser Aktionsdekade zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele rufe ich zur Erneuerung der Ambitionen, zu Mobilisierung, Führungsstärke und kollektivem Handeln auf – nicht nur um COVID-19 zu besiegen, sondern um gemeinsam stärker aus der Krise hervorzugehen. Dazu müssen wir das Rennen gegen den Klimawandel gewinnen, entschieden gegen Armut und Ungleichheit vorgehen, alle Frauen und Mädchen zu echter Selbstbestimmung befähigen und überall inklusivere und gerechtere Gesellschaften schaffen.



António GUTERRES

Generalsekretär der Vereinten Nationen

In Zeiten des Umbruchs transformative Wege beschreiten

2020 beginnt mit der Aktionsdekade zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 ein kritischer Zeitraum, eine gemeinsame Vision voranzutreiben und den größten globalen Herausforderungen – von der Beseitigung von Armut und Hunger bis zur Umkehr des Klimawandels – rascher zu begegnen. Die rasante Ausbreitung des neuen Coronavirus hat sich jedoch in kürzester Zeit von einer Notlage der öffentlichen Gesundheit zu einer der schwersten internationalen Krisen unserer Zeit entwickelt und unsere Welt verändert. Dieser Bericht zeigt die bis zum Ausbruch der Pandemie erzielten Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen, beleuchtet aber auch einige der verheerenden Anfangsfolgen von COVID-19 in Bezug auf bestimmte Ziele und Zielvorgaben. Der Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten zusammen mit über 200 Sachverständigen aus mehr als 40 internationalen Einrichtungen erstellt und beruht auf den neuesten Daten und Schätzungen.

Die Auswirkungen der Pandemie treffen alle Bereiche

Ein Drittel des Umsetzungszeitraums ist verstrichen, und die Welt liegt nicht auf Kurs, die Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen. Vor dem Ausbruch von COVID-19 waren die Fortschritte ungleichmäßig, und die meisten Bereiche bedurften gezielterer Aufmerksamkeit. Durch die Pandemie wurden viele Umsetzungsmaßnahmen abrupt unterbrochen und in manchen Fällen die Fortschritte von Jahrzehnten zunichtegemacht.

Die Krise hat alle Bevölkerungskreise, alle Wirtschaftssektoren und alle Teile der Welt erfasst. Erwartungsgemäß trifft sie die Ärmsten und Schutzbedürftigsten am härtesten. Sie hat die krassen, tiefsitzenden Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaften zutage gefördert und verschärft bestehende Disparitäten zwischen und in Ländern.

Erstmals seit 1998 dürfte die weltweite Armut wieder steigen, da die Pandemie 2020 Prognosen zufolge 71 Millionen Menschen zurück in die extreme Armut drängen wird. Viele dieser Menschen arbeiten in der Schattenwirtschaft. Ihr Einkommen fiel im ersten Krisenmonat um 60 Prozent. Die Hälfte aller Beschäftigten weltweit – 1,6 Milliarden Menschen – verdient den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie mit unsicheren und oft gefährlichen Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft. Auch die Milliarde Menschen, die weltweit in Slums lebt und ohnehin schon unter unzureichendem Wohnraum leidet und kaum Zugang zu Basisinfrastruktur und -dienstleistungen hat, wird durch COVID-19 anfälliger.

Ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge tragen aufgrund ihrer gesundheitlichen und sozioökonomischen Umstände ein höheres Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken. Auch Frauen und Kinder leiden besonders unter der Pandemie. Durch Unterbrechungen in der Gesundheitsversorgung und eingeschränkten Zugang zu Nahrungs- und Ernährungsdiensten könnten 2020 Hunderttausende Kinder unter 5 Jahren und Zehntausende Mütter zusätzlich sterben. Etwa 70 Länder meldeten für März und April 2020 Unterbrechungen oder eine Aussetzung der Impfprogramme für Kinder. Vielerorts geht eine Flut an Meldungen von häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder ein. Da Abermillionen Frauen nicht auf Produkte und Dienste für die Familienplanung zugreifen können, sind Millionen ungeplanter Schwangerschaften zu erwarten.

Schulschließungen betrafen im Frühjahr 90 Prozent aller Schulkinder und kosteten über 370 Millionen Kinder ihre Schulspeisungen. Die lange Abwesenheit aus den Schulen bewirkt niedrigere Bindungs- und

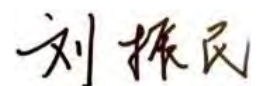
Schulabschlussquoten und schlechtere Lernerfolge. Sie beeinträchtigt auch die soziale und Verhaltensentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Mit der extremen Armut steigt die Gefahr von Kinderarbeit, Kinderheirat und Kinderhandel in armen und benachteiligten Gemeinschaften enorm. Tatsächlich dürfte die Kinderarbeit erstmals seit 20 Jahren wieder ansteigen. Kurz gesagt wird die Krise das weitere Leben von Millionen Kindern und Jugendlichen weltweit verändern.

Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen sind ebenso ernüchternd. Die Welt steht vor der schlimmsten Rezession seit Generationen. Die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind selbst für die modernsten und hochentwickeltesten Länder schwer zu bewältigen, werden jedoch die ärmsten und benachteiligtesten Länder am härtesten treffen. Schätzungen zufolge dürften 2020 der Welthandel um 13 bis 32 Prozent, die ausländischen Direktinvestitionen um bis zu 40 Prozent und die Rücküberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen um 20 Prozent sinken. In vielen ärmeren Ländern herrscht bereits jetzt akute Ernährungsunsicherheit. Diese externen Schocks haben zusammen mit Arbeitsplatzverlusten, fragilen Gesundheitssystemen, unzureichenden Basisdienstleistungen und lückenhaften Sozialschutzsystemen diese Länder noch anfälliger gemacht. Ohne internationale Unterstützung könnte die Krise ihre Volkswirtschaften destabilisieren.

Wir müssen an unseren Überzeugungen festhalten

Die COVID-19-Pandemie hat die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in ihren Grundfesten erschüttert. Dennoch müssen wir an unseren Überzeugungen festhalten und dürfen nicht zulassen, dass die Krise unsere Hoffnungen und Bestrebungen zunichtemacht. Die Grundprinzipien der Nachhaltigkeitsziele sind nämlich der Schlüssel dafür, gestärkt aus der COVID-19-Krise hervorzugehen. Die weitere Verfolgung dieser Ziele lenkt den Fokus der Regierungen auf Wachstumsorientierung ebenso wie auf Inklusion, Verteilungsgerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Unsere kollektive Reaktion auf die Pandemie kann uns darauf vorbereiten, eine noch größere Krise abzuwenden: den globalen Klimawandel, dessen Auswirkungen wir bereits spüren. Regierungen und Unternehmen sollten Lehren aus diesem Weckruf ziehen und die Transformationsprozesse anstoßen, die zur Schaffung einer gesünderen, resilienteren und nachhaltigeren Welt erforderlich sind. Dafür sind aktuelle und aufgeschlüsselte Daten und Statistiken unverzichtbar, aus denen sich wirksame und ausgewogene Maßnahmen und Konzepte ableiten lassen.

Inmitten außerordentlicher globaler Herausforderungen begehen die Vereinten Nationen im September 2020 ihr fünfundsiebzehnjähriges Bestehen. Auch wenn wir in unserem Bekenntnis zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen und zur Agenda 2030 standhaft geblieben sind, führt uns die COVID-19-Pandemie dennoch erneut lebhaft die Notwendigkeit globaler Zusammenarbeit und Solidarität vor Augen. Wir müssen unsere Anstrengungen, niemanden zurückzulassen, verstärken und bündeln und die transformativen Wege beschreiten, die zu einer lebenswerteren Welt führen.



Liu Zhenmin

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

COVID-19 und der Innovationsbedarf im Datenbereich

Nie war klarer, wie wichtig aktuelle, hochwertige, frei zugängliche und aufgeschlüsselte Daten und Statistiken sind, als während der COVID-19-Krise. Sie sind unverzichtbar, um die menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu verstehen, zu bewältigen und zu mildern sowie um kurzfristig und beschleunigt Maßnahmen zu konzipieren, die die Länder bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele wieder auf Kurs bringen sollen.

Viele der Probleme, die in den ersten fünf Umsetzungsjahren dieser Ziele im Datenbereich aufgetreten sind, wie fehlende gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Basisdaten, behindern die Bekämpfung von COVID-19 stark. Zudem beeinträchtigt die Krise den Routinebetrieb des gesamten globalen Statistik- und Datensystems, da sie geplante Volkszählungen, Erhebungen und andere Datenprogramme verzögert.

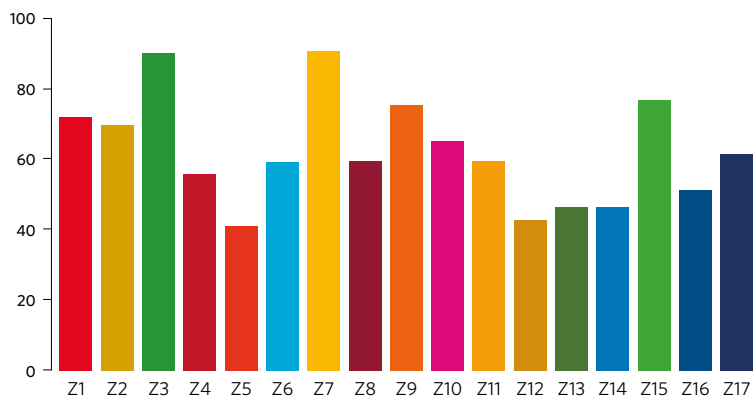
Statistiker reagierten rasch durch Kontinuitätssicherungsmechanismen und die Anpassung bestehender und Einführung neuer Datengewinnungsmethoden und -prozesse. Bewertungen statistischer Operationen weltweit zeigen, dass Innovationen im Datenbereich dringend Investitionen und Unterstützung erfordern. Sie werden nicht nur in die politischen Maßnahmen gegen die Krise einfließen, sondern die Erreichung der Ziele über die nächsten 10 Jahre beschleunigen.

Die Bewertung der Fortschritte der Länder bei der Erreichung der Ziele stößt weiter auf große Datenlücken

International vergleichbare Daten zur Überwachung der Nachhaltigkeitsziele sind zwar verfügbarer geworden, ihr geografischer Erfassungsbereich, ihre Aktualität und ihr Aufschlüsselungsgrad sind noch sehr lückenhaft. Problematisch ist auch die Zusammenstellung und Verbreitung von Metadaten zur Dokumentation der Datenqualität der Zielindikatoren auf lokaler und nationaler Ebene.

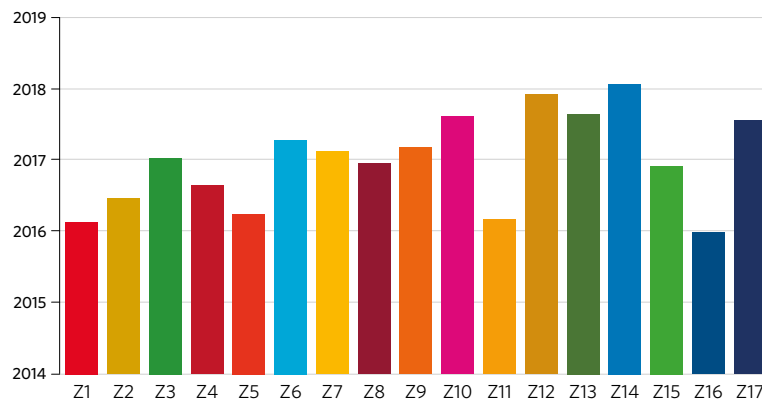
Nach Analyse der globalen Datenbank für Zielindikatoren (<https://unstats.un.org/sdgs/indicators/database>) liegen für 4 der 17 Ziele für weniger als die Hälfte der 194 Länder/Gebiete international vergleichbare Daten vor. Dieser Datenmangel auf Landesebene ist besonders besorgniserregend im Hinblick auf Ziel 5 (Geschlechtergleichstellung). Hier liegen im Schnitt nur für etwa 40 Prozent der Länder Daten vor. Auch in den Bereichen Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum (Ziel 12) und Klimaschutz (Ziel 13) bestehen für einzelne Länder erhebliche Datenlücken. Zudem verfügen selbst Länder, für die Daten vorliegen, teils über nur wenige Beobachtungspunkte im Zeitverlauf, was den politischen Verantwortlichen die Überwachung von Fortschritten und die Ermittlung von Trends erschwert.

Abdeckungsgrad der Daten: Anteil der Länder oder Gebiete, für die Daten vorliegen (gewichteter Durchschnitt der Indikatoren) – nach Ziel (in Prozent)



Zudem sind viele Zielindikatoren nur mit erheblicher Zeitverzögerung verfügbar. So hat zumindest die Hälfte aller Länder oder Gebiete in der Datenbank zuletzt 2016 oder vor noch längerer Zeit aktuelle Daten zu armutsbezogenen Indikatoren (Ziel 1) vorgelegt. Dies gilt auch für die Indikatoren für Geschlechtergleichstellung (Ziel 5), nachhaltige Städte (Ziel 11) und Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (Ziel 16).

Aktualität der Daten: letztes verfügbares Jahr (gewichteter Durchschnitt des Medianlands nach Indikator) – nach Ziel



Die Pandemie gefährdet die Erhebung von Daten, die für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele wesentlich sind

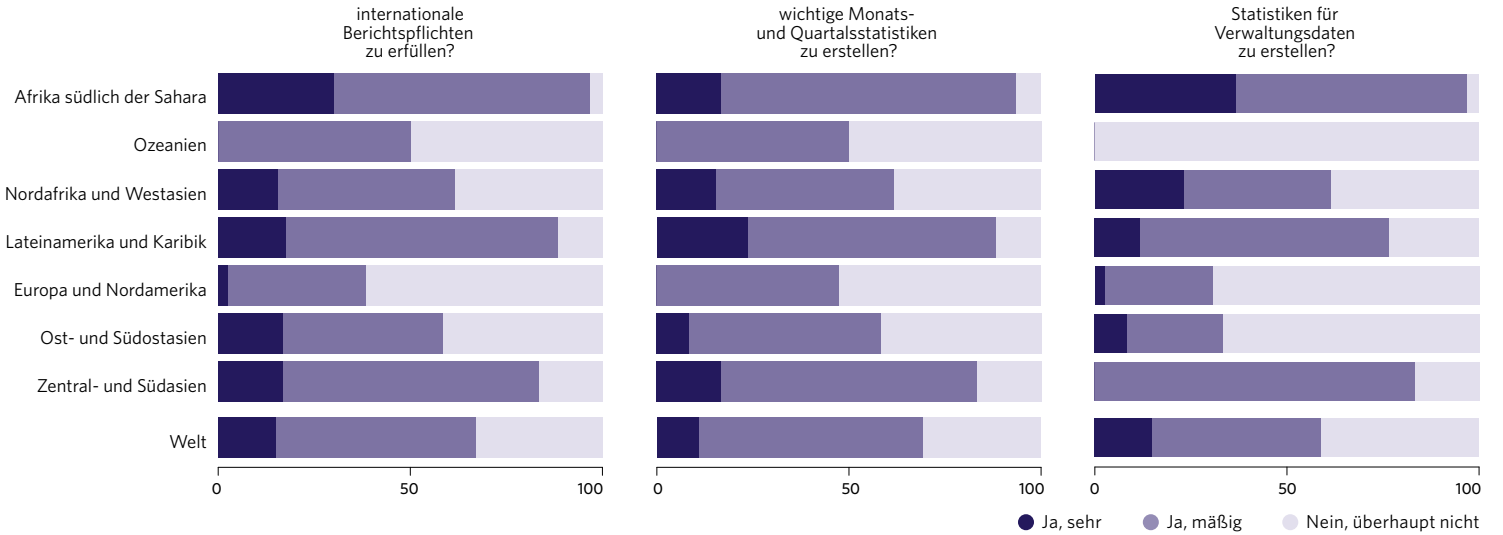
Staatliche Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus beeinträchtigen auch die Datenerhebung im Feld. Dies erschwert vielen nationalen Statistikämtern die Erstellung amtlicher Monats- und Quartalsstatistiken und die Bereitstellung der für die Überwachung der Ziele erforderlichen Daten.

Eine aktuelle Erhebung der Vereinten Nationen und der Weltbank mit Antworten aus 122 Ländern ergab, dass die Pandemie die Arbeit der meisten nationalen Statistikämter beeinträchtigt hat: 65 Prozent der Zentralen sind ganz oder teilweise geschlossen, in 90 Prozent arbeiten die Beschäftigten von zu Hause, und 96 Prozent der Ämter haben die persönliche Datenerhebung ganz oder teilweise eingestellt. In Afrika südlich der Sahara gaben 97 Prozent der befragten Länder an, dass die Erstellung turnusmäßiger Statistiken beeinträchtigt sei, und 88 Prozent der Länder Lateinamerikas und der Karibik meldeten Schwierigkeiten bei der Erfüllung internationaler Datenmeldepflichten.

Umfragen zufolge wurden in 9 von 10 Statistikämtern in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen die Mittel gekürzt. Dies erschwert die Aufrechterhaltung des Normalbetriebs während der Pandemie. So gaben 61 Prozent der Umfrageteilnehmer (73 Statistikämter) an, bei der Bewältigung von COVID-19-bedingten Problemen externe Unterstützung zu benötigen, vor allem technische und finanzielle Hilfe, Kapazitätsaufbauhilfe und Software für die Fernerhebung von Daten.

Ohne diese Hilfe werden die Länder langfristig Schwierigkeiten haben, aktuelle und aufgeschlüsselte Daten für zahlreiche Nachhaltigkeitsindikatoren zu erheben. Damit verzögert die COVID-19-Pandemie nicht nur die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erheblich, sondern verschärft auch die globalen Ungleichheiten im Datenbereich. Die unterversorgtesten nationalen Statistikämter benötigen dringend technische und finanzielle Hilfe von Kollegen und Gebern.

Umfrageergebnisse (in Prozent): Beeinträchtigt die aktuelle COVID-19-Pandemie Ihre Fähigkeit,



Investitionen in Daten und Innovationen sind zur Überwindung der Krise und für raschere Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen entscheidend

Um alle Bevölkerungsgruppen weiter ausreichend zu erfassen und die interne Schlüssigkeit, die Vergleichbarkeit und die Gesamtqualität der zugunsten der Förderung der Agenda 2030 erhobenen Daten zu gewährleisten, sind Investitionen in Daten und Statistiken erforderlich. So käme vielen Ländern eine Unterstützung bei der Umstellung von traditionellen analogen auf vollständig digitale Methoden der Datenerhebung zugute. Dabei könnten zur Erstellung amtlicher Statistiken telefonische und internetgestützte Erhebungen durchgeführt sowie neben Verwaltungsdaten auch neuere, innovativere Datenquellen genutzt werden.

Ein wichtiger Innovationsbereich ist die Verknüpfung von Geo- und Statistikinformationen. Die integrierte Analyse und Veranschaulichung von Geodaten zu den Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele ermöglicht es den Politikverantwortlichen wie der Öffentlichkeit, lokale Gegebenheiten und Bedürfnisse über Raum und Zeit hinweg besser zu verstehen und zu berücksichtigen. Sie bieten auch Einblicke in die Verbindungen und Beziehungen zwischen Daten, die sich durch die Kombination traditioneller und nichttraditioneller Daten-, Statistik- und Informationsquellen weiter erschließen lassen.



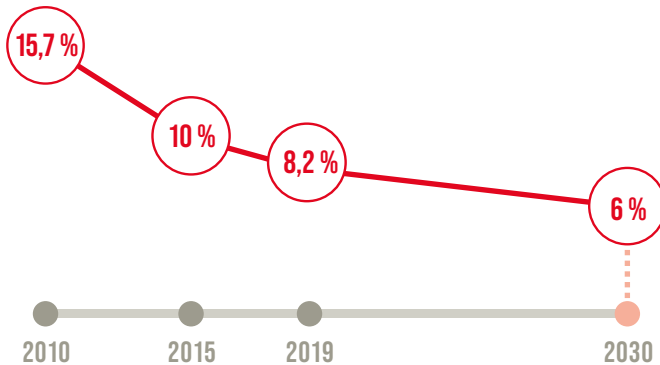
1 KEINE ARMUT



ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

VOR COVID-19

DIE WELT
LAG NICHT AUF KURS, DIE ARMUT BIS 2030 ZU BEENDEN



AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

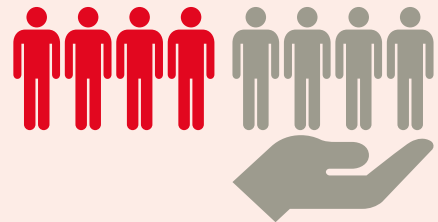


COVID-19 VERURSACHT DEN ERSTEN ANSTIEG DER GLOBALEN ARMUT SEIT JAHRZEHNEN

71 MILLIONEN MEHR MENSCHEN WERDEN 2020 IN DIE EXTREME ARMUT GETRIEBEN



JUNGE ERWERBSTÄTIGE
LEBEN DOPPELT SO HÄUFIG IN EXTREMER ARMUT WIE ERWACHSENE ERWERBSTÄTIGE (2019)



4 MILLIARDEN
MENSCHEN VERFÜGTEN 2016 ÜBER KEINERLEI SOZIALSCHUTZ

NATURKATASTROPHEN
VERSCHÄRFEN DIE ARMUT



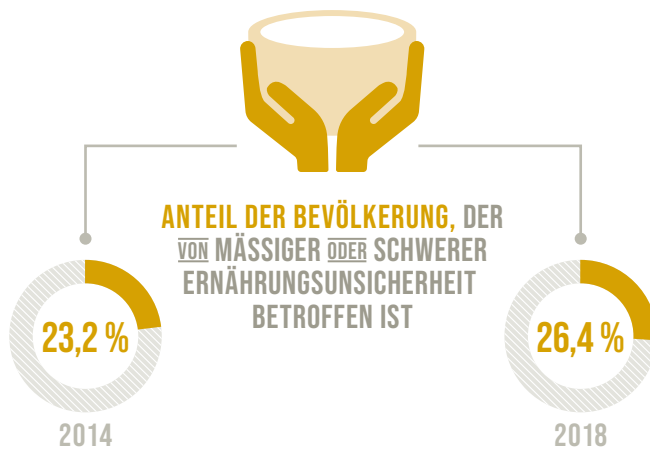
23,6 MILLIARDEN USD
AN DIREKTEN WIRTSCHAFTLICHEN VERLUSTEN (63 LÄNDER; 2018)



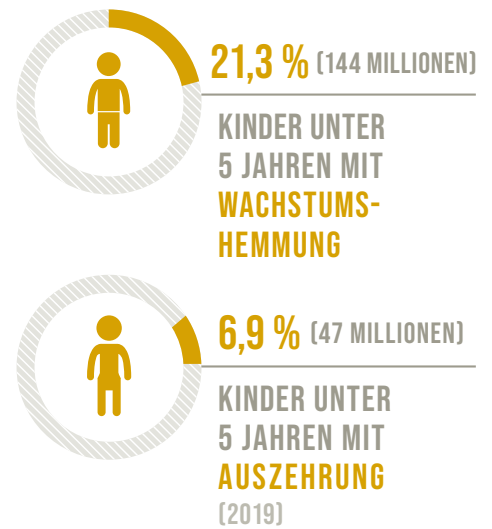
DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

VOR COVID-19

ERNÄHRUNGSUNSIKERHEIT WAR BEREITS AM STEIGEN

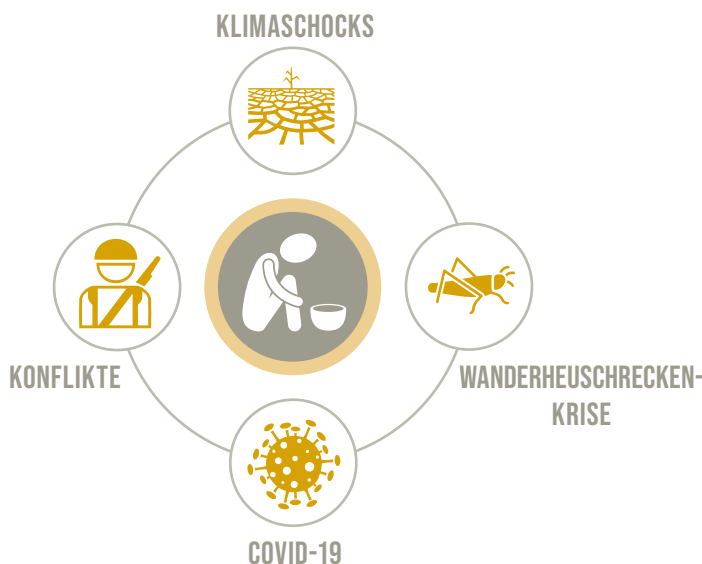


WACHSTUMSHEMMUNG UND AUSZEHRUNG BEI KINDERN DÜRFTEN STEIGEN



AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DIE PANDEMIE IST EINE ZUSÄTZLICHE GEFAHR FÜR DIE ERNÄHRUNGSSYSTEME



DIE KRISE TRIFFT KLEINE NAHRUNGSMITTEL-PRODUZENTEN HART



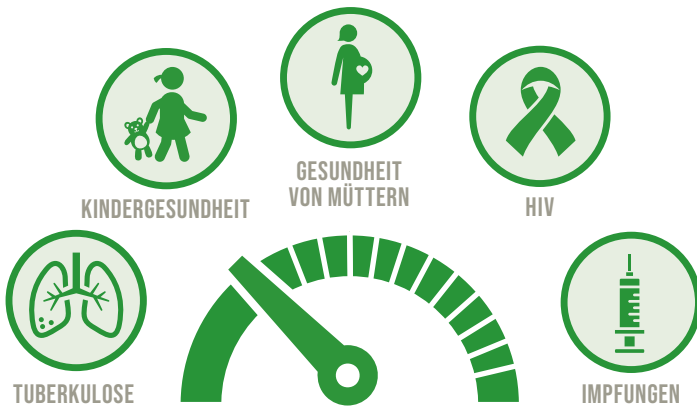
SIE STELLEN 40-85 % ALLER NAHRUNGSMITTELPRODUZENTEN IN ENTWICKLUNGSREGIONEN



EIN GESUNDES LEBEN FÜR MENSCHEN JEDEN ALTERS GEWÄHRLEISTEN UND IHR WOHLERGEHEN FÖRDERN

VOR COVID-19

IN VIELEN GESUNDHEITSBEREICHEN
HIELTEN FORTSCHRITTE AN, ABER IHR
TEMPO MUSS ERHÖHT WERDEN



AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

STÖRUNGEN IM GESUNDHEITSWESEN
KÖNNTEN **JAHRZEHNTE DES FORT-
SCHRITTS ZUNICHTEMACHEN**

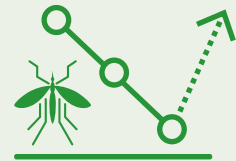


HUNDERTTAUSENDE ZUSÄTZLICHE TODES-
FÄLLE BEI KINDERN UNTER 5 JAHREN SIND
FÜR 2020 MÖGLICH

**DIE PANDEMIE HAT
IMPFPROGRAMME
FÜR KINDER
IN ETWA
70 LÄNDERN
UNTERBROCHEN**



**KRANKHEITS- UND
TODESFÄLLE** AUFGRUND
ÜBERTRAGBARER KRANKHEITEN
WERDEN STARK STEIGEN



Dienstausfälle werden in
Afrika südlich der Sahara
**die Malaria-Todes-
fälle um 100 %
erhöhen**

**WENIGER ALS DIE HÄLFTE
DER WELTBEVÖLKERUNG**



VERFÜGT ÜBER
**EINE GESUNDHEITLICHE
GRUNDVERSORGUNG**

[2017]





INKLUSIVE, GLEICHBERECHTIGTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN

VOR COVID-19

FORTSCHRITTE IN RICHTUNG EINER INKLUSIVEN UND GLEICHGESTELLTEN HOCHWERTIGEN BILDUNG WAREN **ZU LANGSAM**



MEHR ALS 200 MILLIONEN KINDER WERDEN AUCH 2030 KEINE SCHULE BESUCHEN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



DURCH SCHULSCHLIESSUNGEN KONNTEN **90 % ALLER LERNENDEN KEINE SCHULE BESUCHEN**, WAS FORTSCHRITTE IN DER BILDUNG UM JAHRE ZURÜCKWARF

UNGLEICHHEITEN IN DER BILDUNG WERDEN DURCH COVID-19 VERSCHÄRFT

IN LÄNDERN MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN LIEGT DIE SCHULABSCHLUSSQUOTE FÜR KINDER BEI



79 % IN DEN REICHSTEN
20 % DER HAUSHALTE



34 % IN DEN ÄRMSTEN
20 % DER HAUSHALTE

FERNUNTERRICHT BLEIBT **UNERREICHBAR FÜR** MINDESTENS 500 MILLIONEN LERNENDE



NUR 65 % DER GRUNDSCHULEN VERFÜGEN ÜBER EINFACHE HANDWASCHGELEGENHEITEN, DIE FÜR DIE VERHÜTUNG VON COVID-19 UNABDINGBAR SIND



GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ERREICHEN UND ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN ZUR SELBSTBESTIMMUNG BEFÄHIGEN

VOR COVID-19

TROTZ VERBESSERUNGEN IST
DIE VOLLE GESCHLECHTER-
GLEICHSTELLUNG
WEITER UNERREICHT



WENIGER MÄDCHEN WERDEN ZUR
FRÜHVERHEIRATUNG GEZWUNGEN



MEHR FRAUEN BEKLEIDEN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

AUSGANGSSPERREN ERHÖHEN DAS RISIKO VON
GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN



KÖRPERLICH



SEXUELL



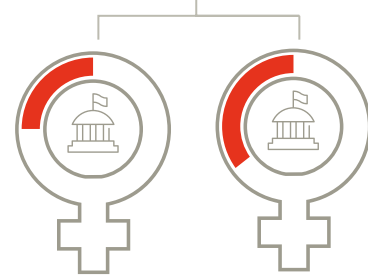
PSYCHISCH

MANCHE LÄNDER VERZEICHNEN
EINEN ANSTIEG VON 30 %
BEI FÄLLEN HÄUSLICHER GEWALT

FRAUEN

MÜSSEN FAIR VERTRETEN SEIN,
WAS PANDEMIEBEZOGENE FÜHRUNG-
ROLLEN ANGEHT

DER FRAUENANTEIL BETRÄGT



25 %
IN NATIONALEN
PARLAMENTEN
[2020]

36 %
IN KOMMUNAL-
VERWALTUNGEN
[2020]

FRAUEN STEHEN AN VORDERSTER FRONT
BEI DER BEKÄMPFUNG DES CORONAVIRUS



FRAUEN STELLEN 70 %
DES PERSONALS IM GESUND-
HEITS- UND SOZIALWESEN



FRAUEN SIND WÄHREND DER PANDEMIE DURCH
HAUSARBEIT ZUSÄTZLICH BELASTET



FRAUEN VERBRINGEN OHNEHIN SCHON RUND DREIMAL SO VIEL ZEIT
MIT UNBEZAHLTER HAUS- UND BETREUUNGSARBEIT WIE MÄNNER

VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN

VOR COVID-19

TROTZ FORTSCHRITTEN
ENTBEHREN MILLIARDEN
MENSCHEN WEITER EINE WASSER-
UND SANITÄRVERSORGUNG



2,2 MILLIARDEN MENSCHEN
HABEN KEINE SICHER VERWALTETE
TRINKWASSERVERSORGUNG
(2017)



4,2 MILLIARDEN MENSCHEN
HABEN KEINE SICHER VERWALTETE
SANITÄRVERSORGUNG
(2017)

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



3 MILLIARDEN
MENSCHEN WELTWEIT
HABEN KEINE EINFACHE
HANDWASCHGELEGENHEIT
IM HAUS
↓ ↓ ↓
DIE WIRKSAMSTE METHODE
ZUR VERHÜTUNG VON COVID-19



ZWEI FÜNFTTEL
DER GESUNDHEITS-
EINRICHTUNGEN WELTWEIT
HABEN WEDER
SEIFE UND WASSER NOCH
HÄNDEDESINFEKTIONS-
MITTEL
(2016)



WASSERKNAPPHEIT
KÖNNTE BIS 2030
700 MILLIONEN MENSCHEN
VERTREIBEN



IN MANCHEN LÄNDERN BESTEHT EINE **FINANZIERUNGS-
LÜCKE VON 61 %** ZUR ERREICHUNG DER ZIELVORGABEN
FÜR WASSER- UND SANITÄRVERSORGUNG



ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN

VOR COVID-19

AUF DEM GEBIET DER NACHHALTIGEN ENERGIE SIND **STÄRKERE ANSTRENGUNGEN** NÖTIG

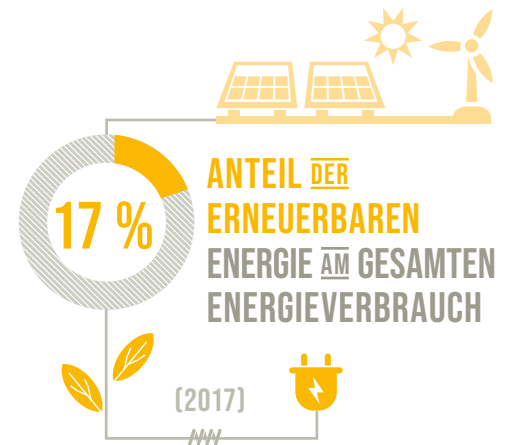


AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

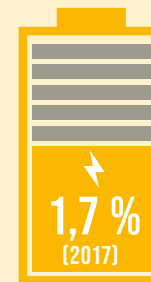
BEZAHLBARE UND VERLÄSSLICHE ENERGIE IST FÜR GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN UNABDINGBAR



GRÖßERE ANSTRENGUNGEN
FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN
SIND NÖTIG



DIE STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ **VERFEHLT DEN** ZIELWERT VON 3 %



MEHR MITTEL FÜR ERNEUERBARE ENERGIE FLIEßEN IN DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER

21,4 MRD. USD
(2017)



DOCH NUR **12 %**

IN DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER

DAUERHAFTES, INKLUSIVES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, PRODUKTIVE VOLLBESCHÄFTIGUNG UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE FÖRDERN

VOR COVID-19

DAS GLOBALE WIRTSCHAFTSWACHSTUM VERLANGSAMTE SICH



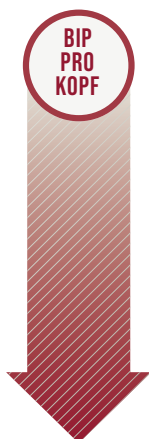
2,0 %
WACHSTUM DES BIP PRO KOPF
(2010-2018)

1,5 %
WACHSTUM DES BIP PRO KOPF
(2019)



WÄHREND DER PANDEMIE LAUFEN **1,6 MILLIARDEN BESCHÄFTIGTE** IN DER SCHATTENWIRTSCHAFT GEFAHR, IHRE EXISTENZGRUNDLAGE ZU VERLIEREN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



DIE WELT STEHT VOR DER **SCHLIMMSTEN REZESSION** SEIT DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE DER 1930ER-JAHRE

DAS BIP PRO KOPF DÜRFTE 2020 UM **4,2 % SINKEN**

DER TOURISMUS STEHT VOR BEISPIELLOSEN HERAUSFORDERUNGEN

INTERNATIONALE TOURISTENZAHLEN MIT COVID-19-SZENARIEN FÜR 2020



IM ZWEITEN QUARTAL 2020 KÖNNTE COVID-19 DAS ÄQUIVALENT VON **400 MILLIONEN ARBEITSPLÄTZEN KOSTEN**



EINE WIDERSTANDSFÄHIGE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

VOR COVID-19

DAS WACHSTUM IN DER VERARBEITUNGS-INDUSTRIE SANK



FINANZMITTEL FÜR **KLEINE INDUSTRIEBETRIEBE** SIND NÖTIG, DAMIT SIE DIE KRISE ÜBERSTEHEN KÖNNEN



NUR **35 %** HABEN IN DEN ENTWICKLUNGS-LÄNDERN ZUGANG ZU DARLEHEN (2006-2018)

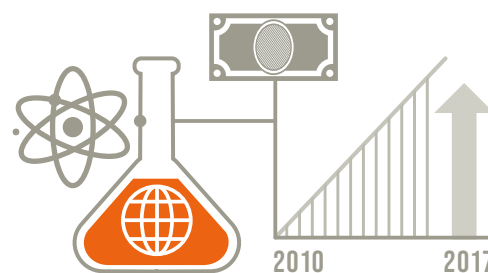
AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DIE LUFTFAHRTINDUSTRIE ERLITT DEN STÄRKSTEN RÜCKGANG IHRER GESCHICHTE



DIE PASSAGIERZAHLEN FIELEN UM **51 %** ZWISCHEN JANUAR UND MAI 2020 (GEGENÜBER DEM VORJAHRESZEITRAUM)

INVESTITIONEN IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG STEIGEN, JEDOCH NICHT RASCH GENUG



1,4 BILLIARDEN USD (2010)
2,2 BILLIARDEN USD (2017)

IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN NUTZEN WENIGER ALS **EIN FÜNFTEL** DAS INTERNET (2019)





UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN LÄNDERN VERRINGERN

VOR COVID-19

EINKOMMENSUNGLEICHHEIT WAR IN EINIGEN LÄNDERN RÜCKLÄUFIG



DER GINI-INDEX SANK IN 38 VON 84 LÄNDERN (2010-2017)

DER GINI-INDEX MISST DIE EINKOMMENSUNGLEICHHEIT. ER BEWEGT SICH ZWISCHEN 0 UND 100, WOBEI 0 BEDEUTET, DASS DAS EINKOMMEN ZWISCHEN ALLEN MENSCHEN GLEICH VERTEILT IST, WÄHREND 100 BEDEUTET, DASS EINE PERSON DAS GESAMTE EINKOMMEN BEZIEHT.

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DIE VERWUNDBARSTEN GRUPPEN WERDEN VON DER PANDEMIE AM HÄRTESTEN GETROFFEN



ÄLTERE MENSCHEN



MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN



KINDER



FRAUEN



MIGRANTEN UND FLÜCHTLINGE

Globale Rezession gefährdet potenziell die Entwicklungshilfe für Entwicklungsländer

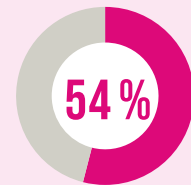


MITTELZUFLÜSSE ZUGUNSTEN DER ENTWICKLUNG

420 MILLIARDEN USD (2017)

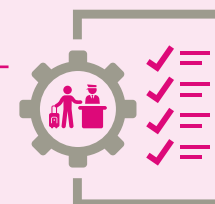


271 MILLIARDEN USD (2018)



DER LÄNDER,

FÜR DIE DATEN VORLIEGEN, HABEN EIN UMFASSENDES BÜNDEL MIGRATIONSPOLITISCHER MASSNAHMEN



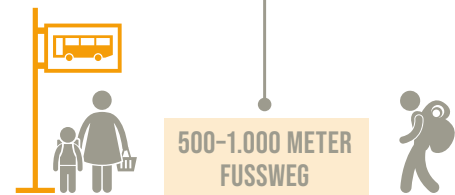
STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN

VOR COVID-19

DER ANTEIL DER STADTBEVÖLKERUNG, DER IN SLUMS LEBT, STIEG 2018 AUF 24 %



NUR DIE HÄLFTE DER STADTBEVÖLKERUNG WELTWEIT HAT **BEQUEMEN ZUGANG** ZU ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN (2019)



AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



ÜBER 90 % DER COVID-19-FÄLLE SIND IN **STÄDTISCHEN GEBIETEN**



LUFTVERUNREINIGUNG VERURSACHTE 2016 **4,2 MILLIONEN** VORZEITIGE TODESFÄLLE



47 % DER BEVÖLKERUNG LEBEN 400 METER **FUSSWEG** VON ÖFFENTLICHEN FREIFLÄCHEN ENTFERNT



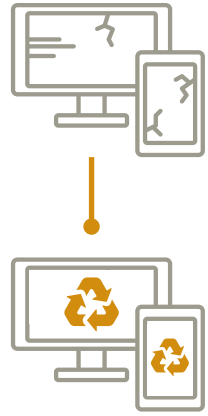
400 M



NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONS- MUSTER SICHERSTELLEN

VOR COVID-19

WELTWEIT IST DIE NUTZUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN NACH WIE VOR
NICHT NACHHALTIG



**ELEKTRO-
SCHROTT
WUCHS UM
38 %**



**DOCH
WENIGER ALS
20 %
WERDEN WIEDER-
VERWERTET**
(2010-2019)

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DIE PANDEMIE ERÖFFNET DIE CHANCE,
WIEDERHERSTELLUNGSPLÄNE
FÜR EINE NACHHALTIGERE ZUKUNFT ZU ERSTELLEN



ZWISCHEN 2017 UND 2019
MELDETEN 79 LÄNDER UND DIE
EUROPÄISCHE UNION MINDESTENS
EIN POLITIKINSTRUMENT ZUR
FÖRDERUNG VON NACHHALTIGKEIT
IN KONSUM UND PRODUKTION



**STEIGENDE SUBVENTIONEN
FÜR FOSSILE BRENNSTOFFE
TRAGEN ZUR KLIMAKRISE
BEI**

**318
MILLIARDEN
USD**
(2015)

**427
MILLIARDEN
USD**
(2018)



ERNTE



TRANSPORT



LAGERUNG



VERARBEITUNG



13,8 %

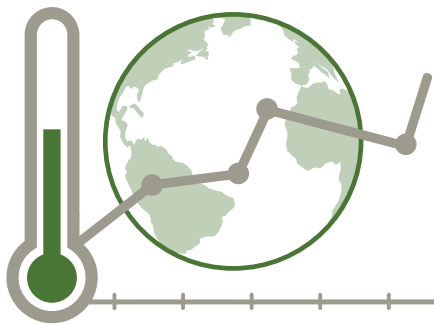
**DER NAHRUNGSMITTEL GEHEN IN
VERSORGUNGSKETTEN VERLOREN (2016)**



UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN

VOR COVID-19

DIE WELTGEMEINSCHAFT SCHEUT DIE NOTWENDIGEN VERPFLICHTUNGEN ZUR ABWENDUNG DER **KLIMAKRISE**



2019 WAR DAS ZWEITWÄRMSTE JAHR ÜBERHAUPT

DIE ERDTEMPERATUR KÖNNTE BIS 2100 UM BIS ZU 3,2° C STEIGEN



IN NUR 85 LÄNDERN SIND DIE NATIONALEN STRATEGIEN ZUR KATASTROPHENVORSORGE

AM SENDAI-RAHMEN AUSGERICHTET

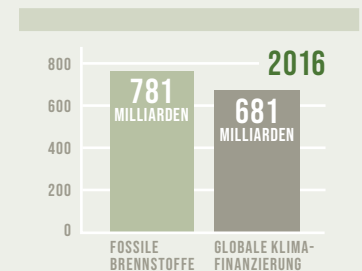
AUSWIRKUNGEN VON COVID-19



COVID-19 KÖNNTE 2020 EINEN RÜCKGANG DER TREIBHAUSGAS-EMISSIONEN UM 6% BEWIRKEN

ZU WENIG, UM DEN ZUR BEGRENZUNG DER ERDERWÄRMUNG AUF 1,5° C ERFORDERLICHEN RÜCKGANG VON 7,6% PRO JAHR ZU ERREICHEN

KLIMAFINANZIERUNG: INVESTITIONEN IN FOSSILE BRENNSTOFFE SIND WEITER HÖHER ALS INVESTITIONEN IN DEN KLIMASCHUTZ



KLIMAÄNDERUNGEN ERHÖHEN WEITER DIE HÄUFIGKEIT UND SCHWERE VON **NATURKATASTROPHEN**



ENORME NATURBRÄNDE



DÜRREN



HURRIKANE



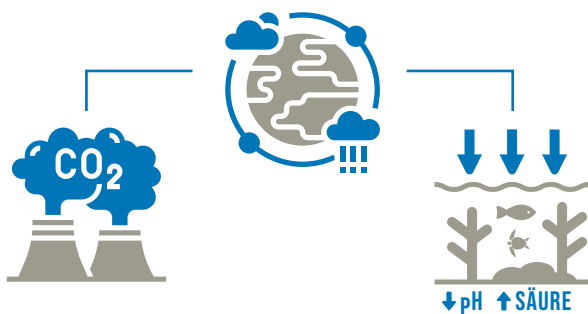
ÜBERSCHWEMMUNGEN

2018 WAREN **MEHR ALS 39 MILLIONEN MENSCHEN** BETROFFEN

OZEANE, MEERE UND MEERESRESSOURCEN IM SINNE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG ERHALTEN UND NACHHALTIG NUTZEN

VOR COVID-19

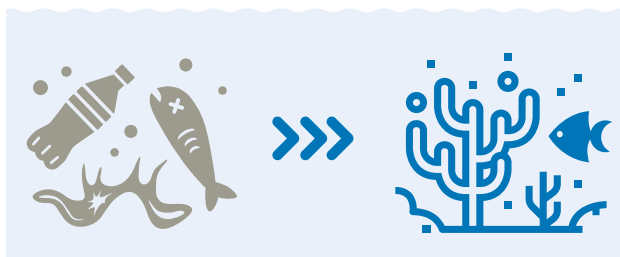
DIE OZEANVERSÄUERUNG BEDROHT WEITER MEERESUMWELT UND ÖKOSYSTEMLEISTUNGEN



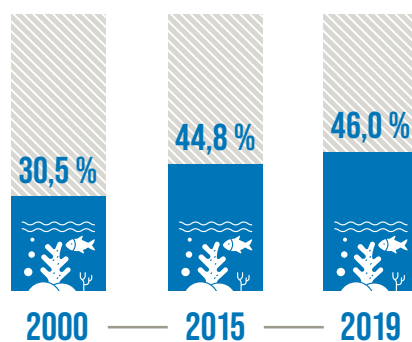
EIN ANSTIEG VON 100-150 % IM SÄUREGEHALT DER OZEANE WIRD FÜR 2100 PROGNOSTIZIERT UND WIRD DIE HÄLFTE ALLER MEERESLEBEWESSEN TREFFEN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

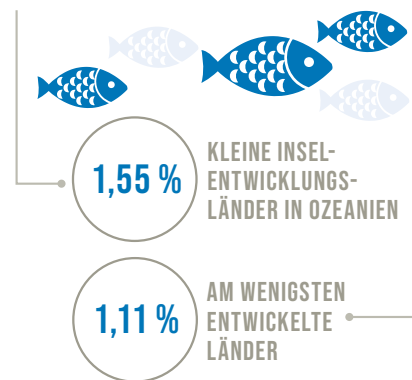
DIE DRASTISCHE ABNAHME DER MENSCHLICHEN TÄTIGKEITEN AUFGRUND VON COVID-19 KANN DEN OZEANEN DIE CHANCE ZUR ERHOLUNG ERÖFFNEN



WELTWEIT SIND MEHR FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGE MEERESGEBIETE VON SCHUTZGEBIETEN ERFASST



NACHHALTIGE FISCHEREI TRÄGT ZUM BIP BEI



10x ÜBER DEM WELTDURCHSCHNITT

97 LÄNDER HABEN DAS ÜBEREINKOMMEN ÜBER HAFENSTAAT-MASSNAHMEN UNTERZEICHNET, DAS ERSTE RECHTSVERBINDLICHE INTERNATIONALE ÜBEREINKOMMEN GEGEN ILLEGALE, UNGEMELDETE UND UNREGULIERTE FISCHEREI

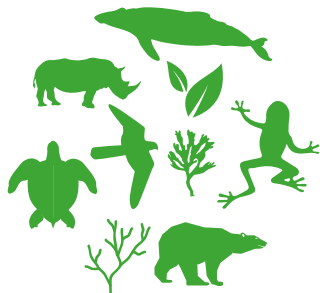




LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODENDEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIelfALT EIN ENDE SETZEN

VOR COVID-19

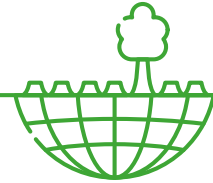
DIE WELT VERFEHLT DIE ZIELVORGABEN FÜR 2020 ZUR AUFHALTUNG DES BIODIVERSITÄTSVERLUSTS



ÜBER 31.000 ARTEN SIND VOM AUSSTERBEN BEDROHT

UND DAMIT

27 % DER ÜBER 116.000 IN DER ROTEN LISTE DER IUCN GEFÜHRTEN ARTEN

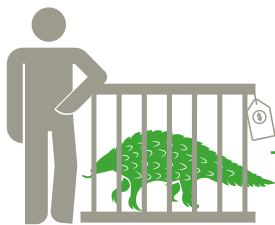


WALDGEBIETE SCHRUMPFEN WEITER BESTÜRZEND RASCH, HAUPTSÄCHLICH AUFGRUND DER ERWEITERUNG VON AGRARFLÄCHEN

JEDES JAHR WERDEN 10 MILLIONEN HEKTAR WALD ZERSTÖRT (2015-2020)

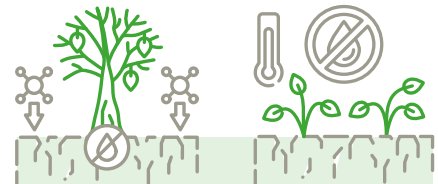
AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DER HANDEL MIT WILDTIEREN UND -PFLANZEN ZERSTÖRT ÖKOSYSTEME UND TRÄGT ZUR AUSBREITUNG VON INFektionsKRANKHEITEN BEI

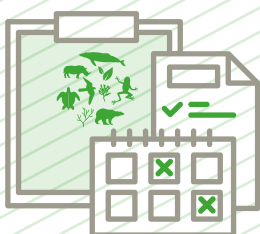


SCHUPPENTIERE WAREN BEI DER ÜBERTRAGUNG DES CORONAVIRUS AUF DEN MENSCHEN MÖGLICHERWEISE ZWISCHENWIRTE

WELTWEIT WURDE DAS ÄQUIVALENT VON 370.000 SCHUPPENTIEREN BESCHLAGNAHMT (2014-2018)



ZWEI MILLIARDEN HEKTAR LANDFLÄCHE SIND WELTWEIT GESCHÄDIGT, WAS RUND 3,2 MILLIARDEN MENSCHEN TRIFFT, ARTEN AUSSTERBEN LÄSST UND KLIMAÄNDERUNGEN VERSTÄRKT



NUR EIN DRITTEL DER 113 LÄNDER LAGEN AUF KURS, IHRE NATIONALE ZIELVORGABE, DIE BIODIVERSITÄT IN DIE NATIONALE PLANUNG EINZUBINDEN, ZU ERREICHEN

FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN,
ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE,
RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN

VOR COVID-19

———— **JEDEN TAG** ————
STERBEN 100 ZIVILPERSONEN
IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN



TROTZ DER SCHUTZBESTIMMUNGEN
DES VÖLKERRECHTS

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DIE AUSWIRKUNGEN VON COVID-19 BEDROHEN
WEITER DEN WELTFRIEDEN UND DIE
INTERNATIONALE SICHERHEIT

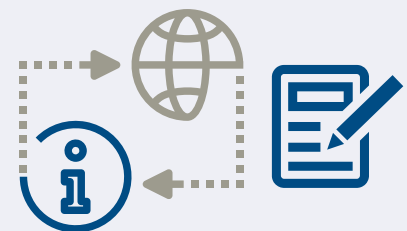


2019 LIEGT DIE ZAHL DER MENSCHEN, DIE VOR
KRIEG, VERFOLGUNG UND KONFLIKT FLIEHEN, MIT
ÜBER 79,5 MILLIONEN SO HOCH WIE NIE ZUVOR


DIE WELTWEITE TÖTUNGS-
RATE SINKT LANGSAM

5,9 JE 100.000 PERSONEN (2015)	→	5,8 JE 100.000 PERSONEN (2018)
------------------------------------------------	---	------------------------------------------------

ENTSPRECHEND
440.000 TÖTUNGSOPFERN
WELTWEIT



127 LÄNDER
HABEN ZUM RECHT
AUF INFORMATION
UND ZUR
INFORMATIONSFREIHEIT
GESETZE ERLASSEN



IN 60 % DER LÄNDER SIND DIE HAFTANSTALTEN ÜBERBELEGT,
WAS DIE GEFAHR DER AUSBREITUNG VON COVID-19 BIRGT



UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN

VOR COVID-19

ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSHILFE LAG 2019 BEI 147,4 MRD. USD

FAST UNVERÄNDERT GEGENÜBER 2018

DOCH DIE HILFE FÜR AFRIKA STIEG UM

1,3% GEGENÜBER 2018

UND DIE HILFE FÜR DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER STIEG UM

2,6% GEGENÜBER 2018



AUSLÄNDISCHE DIREKTINVESTITIONEN DÜRFTEN 2020 UM BIS ZU 40% SINKEN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

RÜCKÜBERWEISUNGEN

IN LÄNDER MIT NIEDRIGEM UND MITTLEREM EINKOMMEN - EINE LEBENSADER FÜR VIELE ARME HAUSHALTE - WERDEN VORAUSSICHTLICH FALLEN



554 MRD. USD

2019

445 MRD. USD

2020



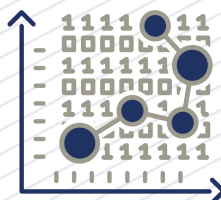
BREITBAND-INTERNET-ANSCHLÜSSE ÜBER FESTNETZ

JE 100 EINWOHNER (2019)

ENTWICKELTE LÄNDER
33,6

ENTWICKLUNGS-LÄNDER
11,2

INTERNATIONALE FINANZMITTEL FÜR DATEN UND STATISTIK LAGEN 2017 BEI 690 MILLIONEN USD



NUR HALB SO VIEL WIE BENÖTIGT

NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

VOR COVID-19

KINDER ERFAHREN REGELMÄSSIG MEHRERE FORMEN VON GEWALT



FAST

80 % DER KINDER

(1-14 JAHRE)
LITTEN UNTER
PSYCHISCHER ODER
PHYSISCHER AGGRESSION
ZU HAUSE



FAST EIN DRITTEL

DER ERMITTELTEN
OPFER VON
MENSCHENHANDEL
SIND KINDER
(2016)



DATEN AUS 69 LÄNDERN MIT ZUMEIST NIEDRIGEM UND MITTLEREM EINKOMMEN

AUSWIRKUNGEN VON COVID-19

DAS WOHLERGEHEN VON MILLIONEN KINDERN UND JUGENDLICHEN WIRD VON DER KRISE BEEINTRÄCHTIGT



SCHÄTZUNGSWEISE
379 MILLIONEN KINDER
ERHIELTEN KEINE
SCHULSPEISUNGEN,
WEIL SCHULEN WÄHREND
DER PANDEMIE
GESCHLOSSEN WAREN



DIE GLOBALEN
FORTSCHRITTE
BEI DER SENKUNG VON
KINDERARBEIT
DÜRFTEN ERSTMALS
SEIT 20 JAHREN
RÜCKLÄUFIG SEIN



80-JÄHRIGE

STERBEN IM VERGLEICH
ZUM DURCHSCHNITT

5 MAL
HÄUFIGER AM CORONAVIRUS

BESTEHENDE MUSTER DER
DISKRIMINIERUNG
KÖNNTEN DURCH DIE KRISE
ZEMENTIERT WERDEN



30 PROZENT DER MENSCHEN
MIT BEHINDERUNGEN HABEN
DISKRIMINIERUNG ERFAHREN
(2014-2019)



Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Schon vor der Pandemie der Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID-19) stellten sich Fortschritte bei der Erreichung von Ziel 1 langsamer ein, und die Welt war nicht auf Kurs, die extreme Armut bis 2030 zu beenden. Jetzt steht die Welt vor den schlimmsten wirtschaftlichen Verwerfungen seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre. Abermillionen Menschen werden in die Armut zurückfallen, und Jahre stetiger Verbesserungen werden dahin sein. Die immer stärker spürbaren wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie machen mehr denn je deutlich, wie wichtig robuste Sozialschutzsysteme zur



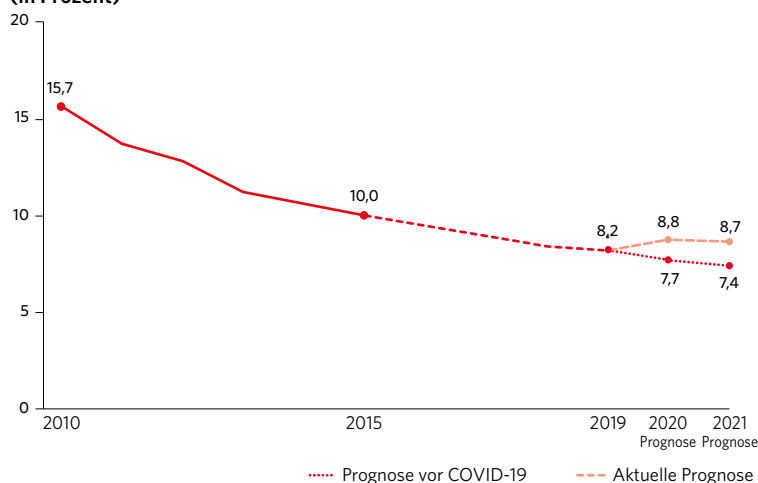
Absicherung der Armen und Schutzbedürftigen sind. Ebenso deutlich ist die Notwendigkeit einer wirksamen Notstandsvorsorge gegen Pandemien und andere Gefahren, die Katastrophen verursachen.

COVID-19 verschiebt die Prognose für das globale Ziel, die extreme Armut zu beenden

Der in extremer Armut lebende Anteil der Weltbevölkerung ist zwischen 2010 und 2015 von 15,7 Prozent auf 10,0 Prozent gesunken, doch hat sich dieser Rückgang verlangsamt. Laut Kurzfristprognosen lag die weltweite Armutsrate 2019 bei 8,2 Prozent.

Schon vor COVID-19 gingen Basisprojektionen davon aus, dass 2030 immer noch 6 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut leben würden und damit das Ziel, die Armut zu beenden, verfehlt würde. Bleibt die Pandemie auf dem derzeit erwarteten Niveau und erholt sich die Wirtschaftstätigkeit noch in diesem Jahr, wird für 2020 eine Armutsrate von 8,8 Prozent prognostiziert. Damit würde die weltweite Armut erstmals seit 1998 steigen und sich dem Niveau von 2017 nähern. Aufgrund von COVID-19 werden schätzungsweise 71 Millionen Menschen mehr als erwartet in extremer Armut leben. Der größte Anstieg der extremen Armut wird für Südasien und Afrika südlich der Sahara erwartet, wo infolge der Pandemie 32 bzw. 26 Millionen mehr Menschen unter die internationale Armutsgrenze fallen werden.

Anteil der Bevölkerung, der von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag lebt – 2010-2015, Kurzfristprognose 2019 sowie Prognose vor und nach COVID-19 (in Prozent)

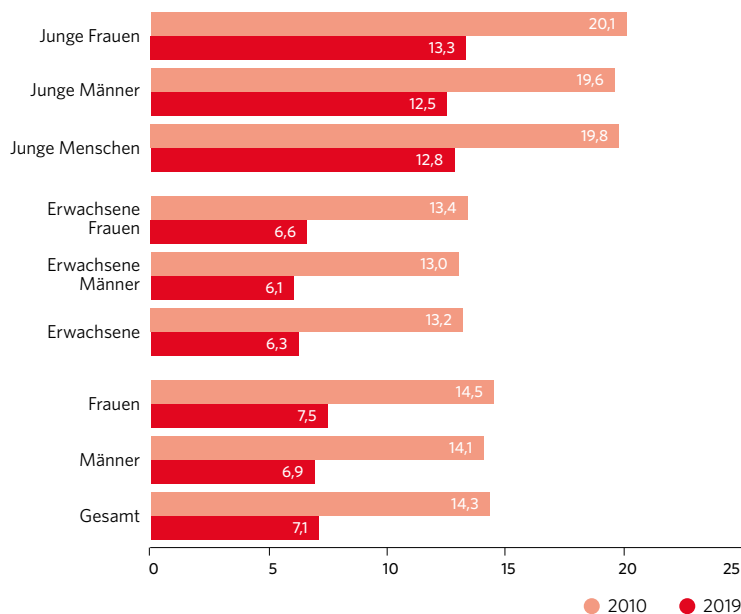


Durch die Pandemie dürfte die Erwerbsarmut deutlich steigen

Der Anteil der Erwerbstätigen, die weltweit in extremer Armut leben, hat sich in den vergangenen zehn Jahren von 14,3 Prozent im Jahr 2010 auf 7,1 Prozent im Jahr 2019 halbiert. Seit 2013 stellen sich Fortschritte jedoch langsamer ein, sodass es zur Erreichung der Zielvorgabe für 2030 stärkerer Anstrengungen bedarf. Zudem dürften die Auswirkungen von COVID-19 Millionen mehr Menschen in die Armut treiben. Im April 2020 waren weltweit 81 Prozent der Arbeitgeber und 66 Prozent der Selbständigen von empfohlenen oder vorgeschriebenen Betriebsschließungen betroffen, was Arbeitsplätze und Einkommen stark beeinträchtigte.

Nachdem das Geschlechtergefälle bei der Erwerbsarmut fast beseitigt war, zeichnen sich jetzt überproportionale Auswirkungen der Pandemie auf Frauen ab. Junge Erwerbstätige, die nicht genug verdienen und geringerwertige Arbeitsplätze besetzen, sind durchweg stärker armutsgefährdet als Erwachsene. 2019 lebten 12,8 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 15 und 24 Jahren in Armut, während es bei den Erwerbstätigen über 24 Jahren 6,3 Prozent waren. Dieser Unterschied ist seit 2000 kaum geschrumpft. Die COVID-19-Krise, die bereits zu einem drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, sinkenden Arbeitseinkommen und Problemen bei der Arbeitsplatzqualität geführt hat, dürfte diese Unterschiede verschärfen.

Anteil der Erwerbstätigen, die von weniger als 1,90 Dollar pro Tag leben – 2010 und 2019 (in Prozent)



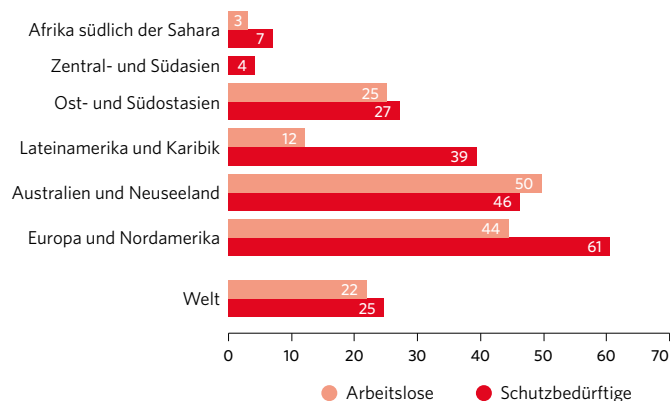
Beim Sozialschutz gibt es hohe regionale Unterschiede, und viele sind der aktuellen Krise schutzlos ausgesetzt

Die COVID-19-Pandemie wird sowohl unmittelbare als auch langfristige wirtschaftliche Folgen für die Menschen in aller Welt haben. Starke Sozialschutzsysteme sind unerlässlich, um die Auswirkungen zu mindern und viele Menschen vor der Armut zu bewahren. Dennoch verfügten 2016 55 Prozent der Weltbevölkerung oder etwa 4 Milliarden Menschen über keinerlei Sozialschutz, und nur 22 Prozent der Arbeitslosen bezogen Arbeitslosengeld. Mit Stand vom Februar 2020 hatten nur 87 Länder gesetzlich verankerte Arbeitslosenschutzprogramme, die in nur 34 dieser Länder auch Selbständige erfassten.

Der Umfang des Arbeitslosenschutzes ist regional sehr unterschiedlich. In Australien und Neuseeland erhält die Hälfte der Arbeitslosen Arbeitslosengeld; in Europa und Nordamerika sind es 44 Prozent. Im Gegensatz dazu erhalten in Afrika südlich der Sahara nur 3 Prozent und in Lateinamerika und der Karibik 12 Prozent der Arbeitslosen entsprechende Zahlungen.

Ähnlich groß sind die regionalen Unterschiede bei der Sozialhilfe für schutzbedürftige Gruppen wie Kinder sowie Menschen im erwerbsfähigen Alter und ältere Menschen, die nicht durch ein beitragspflichtiges System geschützt sind. In Europa und Nordamerika erhalten 61 Prozent der Menschen in diesen Gruppen Barleistungen; in Zentral- und Südasiens hingegen nur 4 Prozent.

Anteil der Schutzbedürftigen, der Sozialhilfe bezieht, und Anteil der Arbeitslosen, der Arbeitslosengeld bezieht – 2016 (in Prozent)



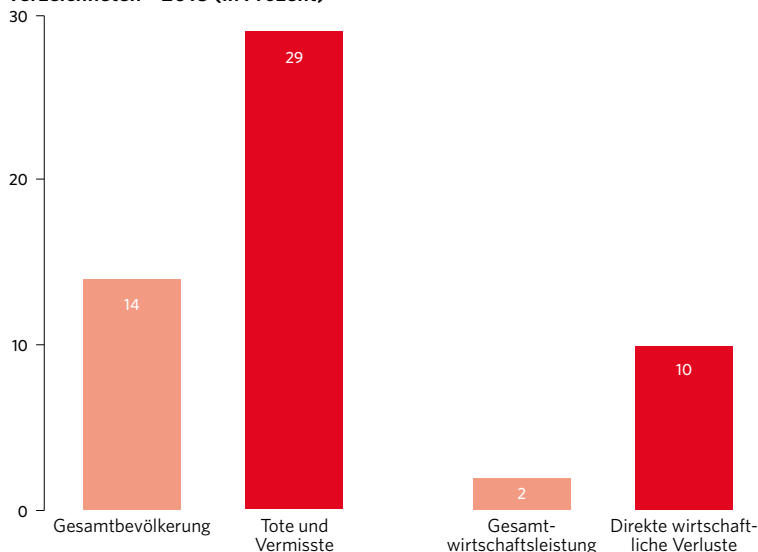
Anmerkung: Die für Nordafrika, Westasien und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) verfügbaren Daten sind nicht angegeben, da sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung erfassen. Die für Zentral- und Südasiens verfügbaren Daten zu Arbeitslosengeld sind nicht angegeben, da sie nur einen geringen Teil der Bevölkerung Südasiens erfassen.

Katastrophen treffen die am wenigsten entwickelten Länder unverhältnismäßig stark

Biologische Gefahren wie COVID-19 und andere Gefahren wie Hurrikane, Überschwemmungen, Erdbeben und Naturbrände verursachen Katastrophen und verschlimmern die Armut. Laut den im Rahmen des Überwachungsprozesses des Sendai-Rahmens gemeldeten neuesten Zahlen aus 80 Ländern kamen 2018 bei Katastrophen 23.458 Menschen ums Leben und 2.164 wurden vermisst. 63 Länder meldeten direkte wirtschaftliche Verluste in Höhe von 23,6 Milliarden Dollar, die zu 73 Prozent (17,1 Milliarden Dollar) auf den Agrarsektor und zu 16 Prozent (3,8 Milliarden Dollar) auf den Wohnungssektor entfielen.

Die am wenigsten entwickelten Länder waren 2018 unverhältnismäßig stark von Katastrophen betroffen. Unter den 80 Ländern, in denen Menschen bei Katastrophen ums Leben kamen und vermisst wurden, waren 17 am wenigsten entwickelte Länder, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung bei 14 Prozent, an den Verlusten jedoch bei mehr als 29 Prozent lag. Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen von Katastrophen waren für die am wenigsten entwickelten Länder im Verhältnis zu ihrer Gesamtwirtschaftsleistung größer. Die 17 am wenigsten entwickelten Länder unter den Ländern, die wirtschaftliche Verluste verzeichneten, erwirtschafteten nur 2 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts, erlitten jedoch 10 Prozent aller direkten wirtschaftlichen Verluste.

Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den katastrophenbedingten menschlichen und wirtschaftlichen Verlusten im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung und am gesamten BIP aller Länder, die Verluste verzeichneten – 2018 (in Prozent)





Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Den Hunger zu beseitigen und die Ernährung zu sichern stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, die die COVID-19-Krise noch verschärft hat. Hunger und Ernährungsunsicherheit nehmen weltweit zu, und Millionen Kinder leiden weiter unter Fehlernährung. Der Konjunkturabschwung und der Wirtschaftsschock, den die pandemiebedingte Rezession ausgelöst hat, wird diese Situation wohl noch verschlimmern. Neben COVID-19 gibt auch die Wüstenheuschreckenplage in sechs ostafrikanischen Ländern und in Jemen – wo ohnehin schon 35 Millionen Menschen unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden – weiter Anlass zur Sorge. Zur Abwehr der Bedrohungen, denen schwä-



chere Bevölkerungsgruppen während der Pandemie ausgesetzt sind, müssen die Länder durch Sofortmaßnahmen den Handelsfluss aufrechterhalten, die Versorgungsketten im Nahrungsmittelbereich stärken und die Agrarproduktion steigern.

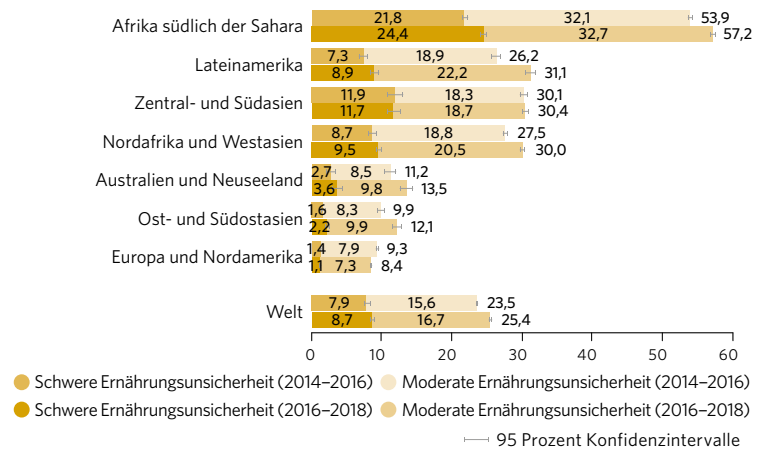
Der jüngste Anstieg der Ernährungsunsicherheit wird sich durch COVID-19 wohl verschlimmern

Seit 2015 liegt die Prävalenz von Unterernährung weltweit fast unverändert bei etwas unter 11 Prozent. Die Gesamtzahl der Hungernden steigt jedoch seit mehreren Jahren in Folge langsam an. 2018 waren mehr als 820 Millionen Menschen unterernährt.

Durch die Beseitigung des Hungers allein kann der Zugang aller Menschen zu ausreichenden und nährstoffreichen Nahrungsmitteln jedoch nicht gewährleistet werden. 2014 litten 23,2 Prozent der Weltbevölkerung unter moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit. 2018 waren es etwa 26,4 Prozent (etwa 2 Milliarden Menschen). Moderate Ernährungsunsicherheit bedeutet in der Regel, dass sich die Betroffenen aufgrund von Engpässen beim Einkommen oder anderen Ressourcen nicht regelmäßig gesund und ausgewogen ernähren können. Den etwa 700 Millionen, die von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, gehen Nahrungsmittel oftmals aus; schlimmstenfalls haben sie an manchen Tagen oder tagelang nichts zu essen. Der jüngste Anstieg der Ernährungsunsicherheit ging hauptsächlich auf eine Verschlechterung der Lage in Afrika südlich der Sahara und in Lateinamerika zurück. Nach Schätzungen für 2016-2018 waren erwachsene Frauen in allen Regionen häufiger von Ernährungsunsicherheit betroffen als Männer.

COVID-19 dürfte die Lage weiter verschlechtern. Nicht nur Konflikte, Klimaschocks und Wanderheuschrecken bedrohen die Ernährungssysteme, sondern auch die Pandemie, da sie die Kaufkraft und die Produktions- und Verteilungskapazitäten für Nahrungsmittel indirekt senkt, was sich auf die schwächsten Bevölkerungsgruppen auswirkt.

Prävalenz moderater oder schwerer Ernährungsunsicherheit – Durchschnittswerte für 2014-2016 und 2016-2018 (in Prozent)

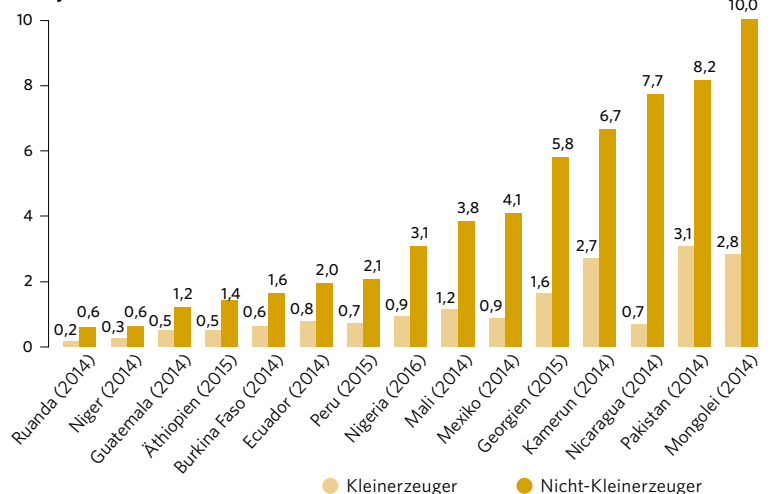


Ohnehin schon benachteiligte kleine Nahrungsmittelproduzenten leiden besonders unter der Pandemie

Kleinbäuerliche Betriebe spielen in der Nahrungsmittelproduktion weltweit eine Schlüsselrolle. Dennoch haben sie beim Zugang zu Grund und Boden und anderen Betriebsmitteln, zu Informationen, Finanzdiensten, Märkten und Chancen immer wieder Schwierigkeiten. In Afrika, Asien und Lateinamerika sind zwischen 40 und 85 Prozent aller Nahrungsmittelproduzenten Kleinerzeuger. Daten aus ausgewählten Ländern zeigen jedoch, dass ihre Produktivität im Durchschnitt systematisch unter der größerer Erzeuger liegt und sie in den meisten Ländern um mehr als die Hälfte weniger verdienen.

Aufgrund der zur Eindämmung des Coronavirus ergriffenen Ausgangsbeschränkungen mussten Unternehmen und lokale Märkte schließen, und kleine Nahrungsmittelproduzenten dürfen Verbraucher oft nicht beliefern.

Durchschnittliches Jahreseinkommen aus der Landwirtschaft – 2014-2016, ausgewählte Länder (konstante Preise in 1.000 US-Dollar (Kaufkraftparität), Basisjahr: 2011)



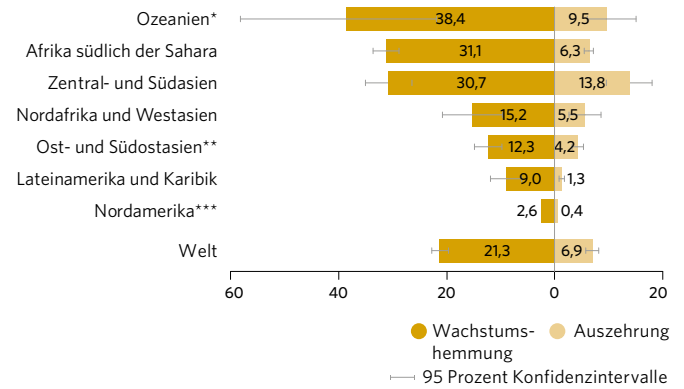
Dringende Maßnahmen sind besonders nötig, um während der Pandemie den Ernährungsstatus der gefährdeten Kinder zu schützen

Chronische Unterernährung oder Wachstumshemmung bei Kindern erhöht ihr Risiko, an einfachen Infektionen zu sterben, und kann auch ihre kognitive Entwicklung beeinträchtigen. Der Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung ging von 32 Prozent im Jahr 2000 auf 23 Prozent im Jahr 2015 und 21 Prozent im Jahr 2019 zurück. Dennoch litten 2019 noch immer 144 Millionen Kinder dieser Altersgruppe unter Wachstumshemmung. Drei Viertel davon lebten in nur zwei Regionen: Südasien (39 Prozent) und Afrika südlich der Sahara (36 Prozent). Zur Erreichung der globalen Zielvorgabe, die Zahl der Kinder mit Wachstumshemmung bis 2025 auf 99 Millionen und bis 2030 auf 82 Millionen zu senken, sind intensivere Anstrengungen erforderlich.

2019 litten 6,9 Prozent (47 Mio.) der Kinder unter 5 Jahren an Auszehrung oder akuter Mangelernährung aufgrund begrenzter Nährstoffaufnahme sowie Infektionen. Dies liegt deutlich über der globalen Zielvorgabe von 5 Prozent für 2025 bzw. 3 Prozent für 2030. Mehr als die Hälfte der Kinder mit Auszehrung lebt in Zentral- und Südasien, der einzigen Region, in der die Prävalenz über 10 Prozent liegt.

In der aktuellen Krise sind Wachstum und Entwicklung dieser Kinder stärker gefährdet, da eine nährstoffreiche Ernährung und unverzichtbare Ernährungsdienste schlechter zugänglich sind.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung und Auszehrung – 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

** ohne Japan

*** Schätzungen nur für die Vereinigten Staaten von Amerika. Keine Angaben zu Konfidenzintervallen.

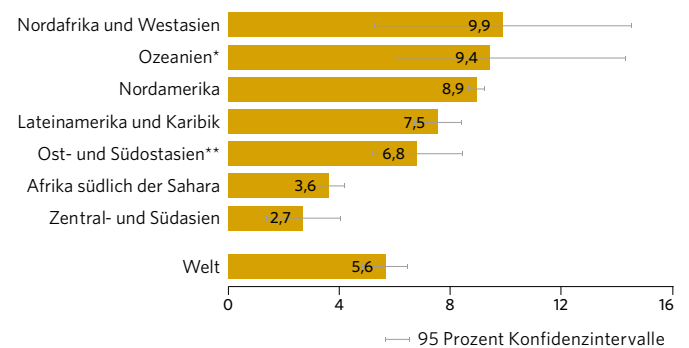
Anmerkung: Europa ist nicht repräsentiert, da keine ausreichenden Daten vorliegen.

Immer mehr Kleinkinder sind übergewichtig – ein Vorbote kommender Gesundheitsprobleme

Übergewicht bei Kindern wird als Problem der globalen öffentlichen Gesundheit betrachtet, da es akute und chronische Krankheiten begünstigt und sowohl die gesunde Entwicklung als auch die wirtschaftliche Produktivität von Menschen und Gesellschaften beeinträchtigt. 2019 waren weltweit 5,6 Prozent (38 Millionen) Kinder unter 5 Jahren übergewichtig. Dies entspricht einer mittleren globalen Prävalenz, die die dringende Notwendigkeit von Präventivmaßnahmen für die jüngste Alterskohorte deutlich macht.

Übergewicht und Auszehrung – die doppelte Last der Fehlernährung – sind in einer Population oft gleichzeitig vertreten. So lag die Prävalenz von Auszehrung 2019 in Nordafrika und Südostasien bei 7,2 bzw. 8,2 Prozent und von Übergewicht bei 11,3 bzw. 7,5 Prozent.

Anteil der übergewichtigen Kinder unter 5 Jahren – 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

** ohne Japan

Anmerkung: Europa ist nicht repräsentiert, da keine ausreichenden Daten vorliegen.

Investitionen in die Landwirtschaft gehen im Verhältnis zu ihrem Beitrag zur Volkswirtschaft weiter zurück

Öffentliche Investitionen in die Landwirtschaft können die Produktivität steigern, private Investitionen anziehen und Armut und Hunger mindern. Das Verhältnis des Agraranteils an den Staatsausgaben zum Agraranteil am BIP (der Agrarorientierungs-Index) sank weltweit von 0,42 im Jahr 2001 auf 0,31 im Jahr 2015 und 0,28 im Jahr 2018. Gleichzeitig fiel der Anteil der Landwirtschaft an der sektoral zuordenbaren Hilfe aller Geber von fast 25 Prozent Mitte der 1980er-Jahre auf lediglich 5 Prozent 2018, insgesamt um 12,8 Milliarden Dollar. Der Grund für sinkende Agrarhilfen liegt darin, dass sich die Geber stärker dem sozialen Sektor zuwenden, beispielsweise der Verbesserung der Regierungsführung, dem Aufbau sozialen Kapitals und der Hilfe für fragile Staaten.

Steigende Nahrungsmittelpreise wurden 2019 vorwiegend in Afrika südlich der Sahara verzeichnet

Aufgrund von Produktionsschocks, makroökonomischen Problemen und anhaltenden Konflikten kam es 2019 vor allem in Afrika südlich der Sahara zu drastischen Steigerungen der Nahrungsmittelpreise. Extreme Wetterverhältnisse in Ostafrika ließen Agrarerträge sinken, behinderten den Transport und führten so zu geringerem Marktangebot und höheren Grundnahrungsmittelpreisen. Starke regionale Exportnachfrage trieb die Preise zusätzlich in die Höhe. In Westafrika schränkte anhaltende Unsicherheit die Marktaktivität weiter ein, was die Nahrungsmittelpreise erhöhte. Im südlichen Afrika stiegen die Preise aufgrund von wetterbedingten Schocks und erheblichen wirtschaftlichen Problemen, darunter die starke Abwertung lokaler Währungen, auf Rekordhöhen. Die Abwertung lokaler Währungen führte auch in anderen Regionen wie Lateinamerika zu hohen Nahrungsmittelpreisen. In der zweiten Märzhälfte und im April 2020 verursachte die COVID-19-Pandemie eine starke Zunahme der Nahrungsmittelnachfrage und Unterbrechungen der Versorgungsketten und löste so in mehreren Ländern einen Anstieg der Nahrungsmittelpreise aus.



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Die Fortschritte in vielen Gesundheitsbereichen hielten bis Ende 2019 zwar an, waren jedoch zu schleppend, um die meisten Zielvorgaben unter Ziel 3 zu erreichen. Die COVID-19-Pandemie vergrößert nun den Rückstand. Der sprunghafte Anstieg der Fallzahlen kostet viele Menschenleben und überlastet zahlreiche Gesundheitssysteme. Die gesundheitliche Grundversorgung und lebensrettende Eingriffe sind beeinträchtigt. Manche Menschen sind nicht in der Lage oder fürchten, Gesundheitseinrichtungen für Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen und selbst dringende medizinische Betreuung aufzusuchen. Dies kann tödliche Folgen haben und droht Jahrzehnte des Fortschritts im



Gesundheitsbereich zunichtezumachen.

Die Pandemie zeigt auch, dass viele Länder für gesundheitliche Notlagen und Impfmaßnahmen nicht gerüstet sind. Dies gilt insbesondere dort, wo die Gesundheitssysteme dem rapide steigenden Bedarf nicht gewachsen sind, weil es an Gesundheitspersonal, medizinischer Ausrüstung und Versorgungsgütern fehlt.

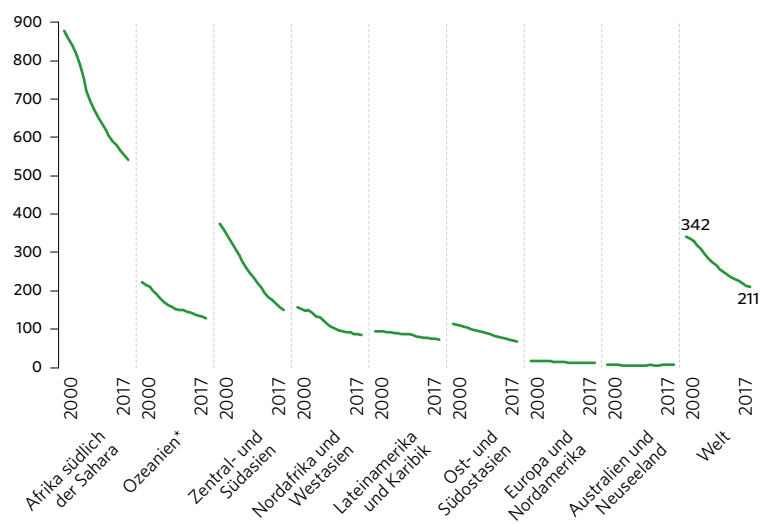
Ohne rasche Gegenmaßnahmen könnte COVID-19 Jahre des Fortschritts bei der Mütter- und Kindersterblichkeit zunichtemachen

Bei der Müttergesundheit wurden Fortschritte erzielt: Die Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 2000 und 2017 weltweit um 38 Prozent von 342 auf 211 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten bei einem durchschnittlichen Rückgang von 2,9 Prozent pro Jahr. Dies ist jedoch nicht einmal die Hälfte des jährlichen Rückgangs von 6,4 Prozent, der zur Erreichung der globalen Zielvorgabe von 70 Todesfällen je 100.000 Lebendgeburten bis 2030 erforderlich wäre. 2017 starben weltweit jeden Tag rund 810 Frauen an vermeidbaren, mit Schwangerschaft und Geburt verbundenen Ursachen. Etwa 86 Prozent dieser Todesfälle entfielen auf Afrika südlich der Sahara und Südasien.

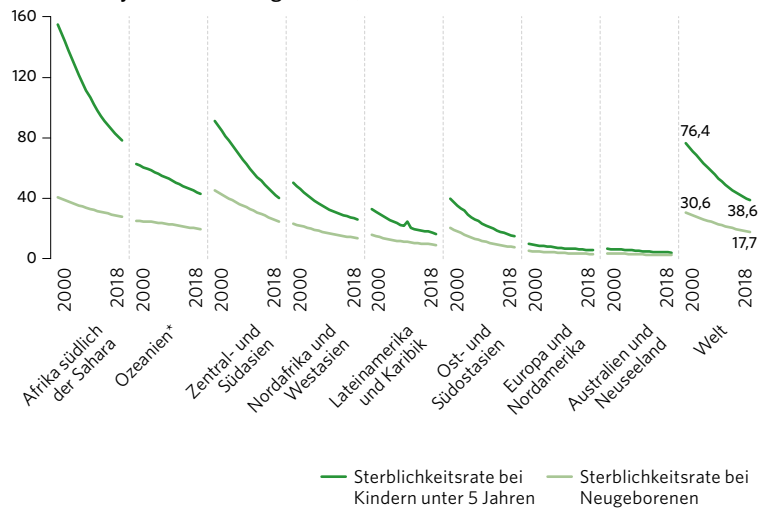
Auch die Senkung der Kindersterblichkeit ist in den letzten 20 Jahren enorm vorangekommen. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren fiel weltweit von 76 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten (2000) auf 42 (2015) und 39 (2018). Die Sterblichkeitsrate von Neugeborenen sank zwischen 2000 und 2018 weltweit von 31 auf 18 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Dennoch starben allein 2018 rund 5,3 Millionen Kinder vor Vollendung ihres 5. Lebensjahrs; fast die Hälfte (2,5 Millionen) von ihnen als Neugeborene in den ersten 28 Lebenstagen. Afrika südlich der Sahara, wo 2018 jedes 13. Kind vor Vollendung des 5. Lebensjahrs starb, verzeichnet weiter die höchste Sterblichkeitsrate in dieser Altersgruppe. Sie liegt um das Sechzehnfache über dem Durchschnitt der Länder mit hohem Einkommen. Bis 2018 hatten 121 Länder die Zielvorgabe erreicht, und 21 weitere sollten es bis 2030 ebenfalls schaffen. In 53 Ländern – zwei Drittel davon in Afrika südlich der Sahara – sind jedoch raschere Fortschritte erforderlich.

Die Pandemie, die weiter die Gesundheitssysteme aushöhlt, Routinegesundheitsdienste beeinträchtigt und den Zugang zu nährstoffreicher Ernährung und unverzichtbaren Ernährungsdiensten einschränkt, wird 2020 wohl nicht nur Zehntausende Mütter, sondern auch Hunderttausende Kinder unter 5 Jahren zusätzlich das Leben kosten. Einer neuen Studie zufolge könnte der Anstieg der Kinder- und Müttersterblichkeit verheerend sein, wenn Routinegesundheitsdienste und Nahrungsmittelzugang beeinträchtigt werden. In 118 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen könnte innerhalb von 6 Monaten die monatliche Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um 9,8 bis 44,8 Prozent und von Müttern um 8,3 bis 38,6 Prozent steigen.

Müttersterblichkeit – 2000-2017 (Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten)



Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen – 2000-2018 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



* ohne Australien und Neuseeland.

Fallen Produkte und Dienste für Familienplanung aus, könnten ungewollte Schwangerschaften rapide zunehmen

Qualifizierte Geburtshilfe bei allen Geburten ist Teil einer bewährten Strategie zur Senkung der Morbidität und Sterblichkeit von Müttern und Neugeborenen. Weltweit ist der Anteil der von medizinischem Fachpersonal begleiteten Geburten von 64 Prozent (2000-2005) auf 81 Prozent (2014-2019) aller Geburten gestiegen, wobei viele Regionen nahezu 100 Prozent erreichten. Dennoch lag dieser Anteil in Afrika südlich der Sahara bei nur 60 Prozent und in Südasien bei 77 Prozent. Gleichzeitig dürfte die jährliche Geburtenzahl in Afrika südlich der Sahara zwischen 2019 und 2030 um 15 Prozent steigen. Damit würden bei gleichbleibender Versorgung 2030 etwa 17 Millionen Geburten in dieser Region nicht von qualifiziertem Personal begleitet.

Wird dem Bedarf an Familienplanung mit modernen Verhütungsmethoden entsprochen und werden so ungewollte und knapp aufeinanderfolgende Schwangerschaften verhindert, so stärkt dies auch die Gesundheit von Müttern und Kindern. Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre), denen moderne Verhütungsmethoden zur Familienplanung zur Verfügung stehen, ist zwischen 2010 und 2020 weltweit leicht angestiegen, nämlich von 75,7 auf 76,8 Prozent. Trotz Fortschritten in den letzten 10 Jahren verwenden nur 55,5 Pro-

zent der Frauen in Afrika südlich der Sahara, die verhüten wollen, moderne Verhütungsmittel. Weltweit liegt diese Zahl bei mehr als 250 Millionen.

Die Geburtenrate bei Jugendlichen ist weltweit rückläufig. Sie fiel von jährlich 48 Geburten je 1.000 Frauen zwischen 15 und 19 Jahren (2010) auf 45 (2015) und 41 (2020). Dazu beigetragen haben Maßnahmen zugunsten eines gesunden und verantwortungsbewussten Fortpflanzungs- und Sexualverhaltens bei Jugendlichen, eine Verringerung der Kinderheiraten und mehr Zugang zu modernen Verhütungsmitteln. Dennoch gibt es regional weiter große Unterschiede: Afrika südlich der Sahara verzeichnet nach wie vor jährlich 101 Geburten je 1.000 Frauen dieser Altersgruppe.

Mit der weiteren Ausbreitung von COVID-19 schließen viele Gesundheitseinrichtungen ganz oder verringern ihr Leistungsangebot. Zudem lassen viele Frauen und Mädchen wichtige Untersuchungen aus Angst vor Ansteckung ausfallen. Darüber hinaus könnten Unterbrechungen der weltweiten Versorgungskette zu Engpässen bei Verhütungsmitteln führen. Dies könnte Abermillionen Frauen den Zugang zu Verhütung nehmen und zu Millionen ungewollter Schwangerschaften führen.

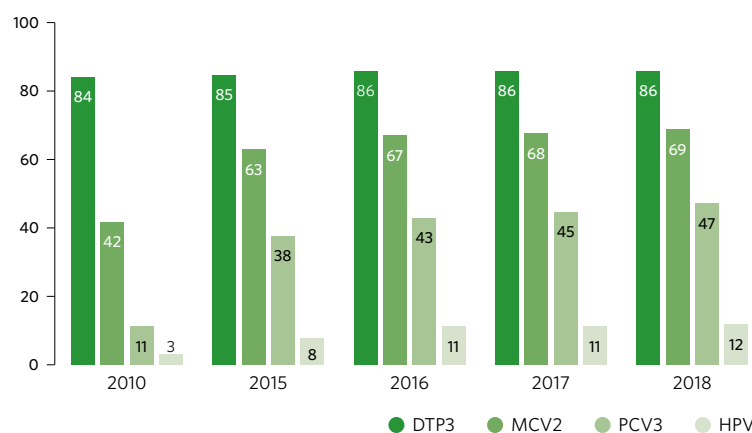
Die COVID-19-Krise hat Impfprogramme für Kinder weltweit ins Stocken gebracht – die Folgen könnten tödlich sein

Es ist weithin anerkannt, dass Impfungen zu den erfolgreichsten und kostengünstigsten Gesundheitsmaßnahmen zählen und Millionen Menschenleben retten. Der Anteil derjenigen, die die erforderlichen drei Dosen des DTP3-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten erhalten haben, stieg zwischen 2000 und 2018 von 72 auf 86 Prozent. Die Durchimpfung mit der zweiten Dosis des Lebendimpfstoffs gegen Masern (MVC2) stieg zwischen 2000 und 2018 von 19 auf 69 Prozent. 2018 erhielten etwa 19,4 Millionen Kinder diese grundlegenden Impfungen nicht im ersten Lebensjahr, was sie einer gravierenden und potenziell tödlichen Erkrankungsgefahr aussetzte. Die weltweite Durchimpfung mit dem Pneumokokken-Konjugatimpfstoff (PCV), der das Risiko einer für Kinder oft tödlichen Lungenentzündung deutlich senken kann, liegt noch bei unter 50 Prozent.

Die COVID-19-Krise hat Impfprogramme für Kinder weltweit ins Stocken gebracht. Seit März 2020 sind Routineimpfungen für Kinder so stark beeinträchtigt wie zuletzt vor der Gründung des Erweiterten Impfprogramms in den 1970er Jahren. Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der 129 Länder, für die Daten vorliegen, meldete im März und April 2020 mäßige bis schwere Beeinträchtigungen oder eine vollständige Aussetzung der Impfprogramme.

Zwei Impfkampagnen sind besonders schwer betroffen: Die Kampagnen gegen Masern wurden in 27 Ländern, die gegen Polio in 38 Ländern ausgesetzt. Mindestens 24 Millionen Menschen in 21 Ländern mit niedrigerem Einkommen laufen Gefahr, nicht gegen Polio, Masern, Typhus, Gelbfieber, Cholera, Rotavirus, humane Papillomviren (HPV), Meningitis A und Röteln geimpft zu werden. Zudem könnten Grenzschließungen aufgrund von COVID-19 in mindestens 26 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu Impfstoffknappheit führen.

Weltweiter Impfschutz, nach Impfstoff – 2010-2019 (in Prozent)



Intensivpflege für Menschen mit nichtübertragbaren Krankheiten ist in Zeiten von COVID-19 noch wichtiger

Die Wahrscheinlichkeit, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren an einer der vier verbreitetsten nichtübertragbaren Krankheiten – Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, Diabetes und chronische Erkrankungen der Atemwege – zu sterben, sank von 22 Prozent (2000) auf 19 Prozent (2010) und 18 Prozent (2016). Das Fortschrittstempo ist so niedrig, weil inner- und außerhalb der Gesundheitssysteme insgesamt nicht genügend Dienste zur Verhütung und Behandlung dieser Krankheiten vorhanden sind, auf die 2016 weltweit 71 Prozent aller Todesfälle zurückgingen. Von den 15 Millionen Menschen, die vorzeitig, also vor Erreichen des 70. Lebensjahrs, an die-

sen Krankheiten starben, lebten 85 Prozent in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Menschen mit nichtübertragbaren Vorerkrankungen tragen ein höheres Risiko eines schweren Verlaufs von COVID-19. Seit Beginn der Pandemie sind Präventions- und Behandlungsdienste für nichtübertragbare Krankheiten jedoch stark eingeschränkt, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen. Viele behandlungsbedürftige Menschen erhalten weder die Gesundheitsversorgung noch die Medikamente, die sie brauchen. Daher müssen wichtige Maßnahmen dringend durchgeführt werden, darunter die Grundversorgung bei akuten, lebensbedrohlichen Erkrankungen.

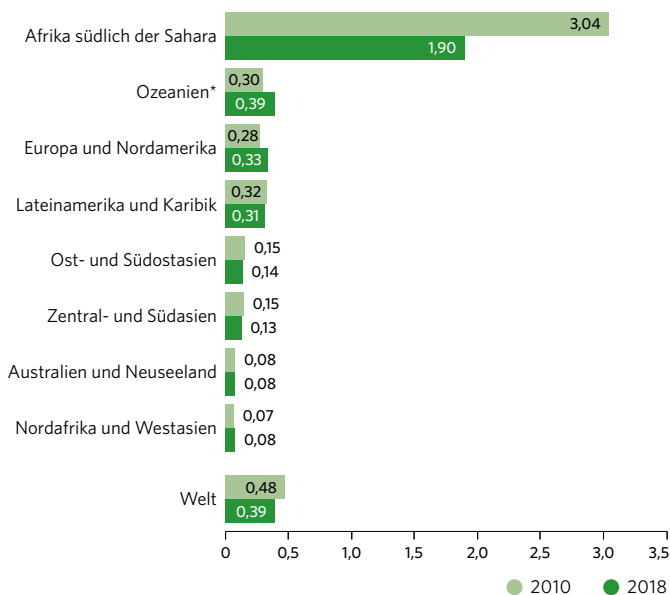
Durch COVID-19 könnten Erkrankungen und Todesfälle aufgrund anderer übertragbarer Krankheiten steigen

Trotz der in vielen Bereichen erzielten Erfolge könnten mit den Dienstausfällen aufgrund von COVID-19 Hunderttausende Menschen mehr an Aids, Tuberkulose, Malaria und vernachlässigten Tropenkrankheiten sterben.

HIV: Die HIV-Inzidenz unter Erwachsenen zwischen 15 und 49 Jahren sank zwischen 2010 und 2018 um 18 Prozent. Die seit 2015 minimalen Fortschritte gefährden jedoch die Erreichung der Zielvorgabe. 2018 lag die HIV-Inzidenz bei 0,24 je 1.000 HIV-negativer Personen; die Zahl der Neuinfektionen wurde auf 1,7 Millionen geschätzt. Durch beharrliche Maßnahmen, HIV-positive Schwangere zu erreichen, sank zwischen 2010 und 2018 die weltweite HIV-Inzidenz bei Kleinkindern um 44 Prozent. Den höchsten Rückgang der Inzidenz bei Erwachsenen verzeichnete im selben Zeitraum Afrika südlich der Sahara mit 37 Prozent. Dennoch entfielen 61 Prozent aller HIV-Neuinfektionen 2018 auf diese Region. Es gilt, Unterbrechungen der Versorgung der Region mit Gesundheitsdiensten und -produkten während der COVID-Pandemie zu mindern und zu beseitigen. Wird nichts getan, so könnte eine sechsmonatige Einstellung der HIV-Dienste, einschließlich antiretroviraler Therapie, in Afrika südlich der Sahara 2020-2021 zu mehr als 500.000 zusätzlichen Todesfällen aufgrund von mit Aids verbundenen Krankheiten wie Tuberkulose führen.

Malaria: Nach vielen Jahren eindrucksvoller Erfolge bei der Verringerung der weltweiten Belastung durch Malaria sind die Fortschritte ins Stocken geraten. Zwischen 2000 und 2014 fiel die Malariainzidenz um 30 Prozent – von 81 auf 57 Fälle je 1.000 Personen – und verharrte bis Ende 2018 auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Die Welt ist nicht auf Kurs, die Zielvorgabe, die Malaria auszumerzen, zu erreichen. Die Ausbreitung von COVID-19 in Ländern mit endemisch auftretender Malaria könnte im Gegenteil die Malariaprävention beeinträchtigen. Jüngste Modelle zeigen, dass die Aussetzung von Präventionskampagnen und schwere Behandlungsausfälle in Afrika südlich der Sahara bis Ende 2020 zu einem 23-prozentigen Anstieg der Fälle und einer Verdoppelung der Todesfälle gegenüber 2018 führen könnten. So könnten allein in dieser Region 769.000 Menschen an Malaria sterben und damit mehr als im Jahr 2000 auf dem Höhepunkt der Malaria-Epidemie weltweit starben.

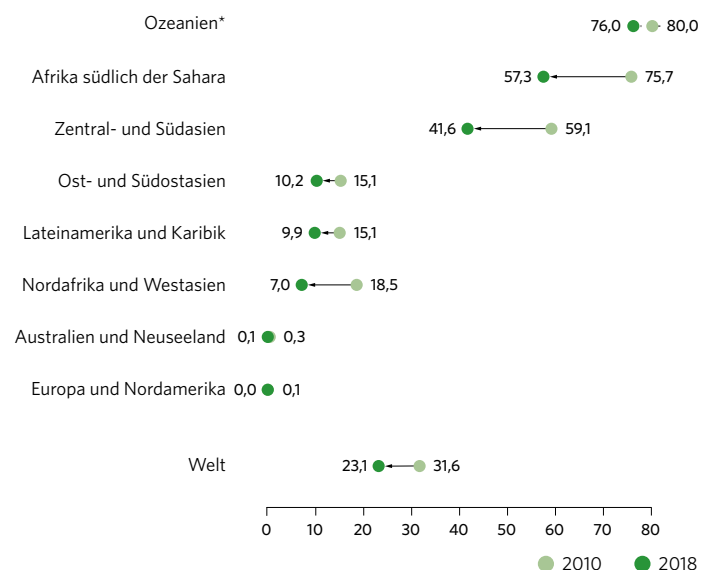
Anzahl der HIV-Neuinfektionen je 1.000 HIV-negativer Personen zwischen 15 und 49 Jahren – 2010 und 2018 (in Prozent)



Tuberkulose (TB): Tuberkulose ist die führende Todesursache durch einen einzelnen Erreger und die zehnthäufigste Todesursache insgesamt. 2018 erkrankten etwa 10 Millionen Menschen, davon 89 Prozent Erwachsene, 63 Prozent Männer und 8,6 Prozent HIV-positive Menschen. Die TB-Inzidenz sank von 172 neuen Fällen und Rückfällen je 100.000 Menschen im Jahr 2000 auf 141 im Jahr 2015 und 132 im Jahr 2018. Die TB-Sterblichkeit bei HIV-negativen Menschen fiel zwischen 2000 und 2018 um 42 Prozent und zwischen 2015 und 2018 um 8 Prozent. Die medikamentenresistente TB ist weiter eine Gefahr: 2018 gab es 484.000 neue Fälle mit Resistenz gegen Rifampicin, das wirksamste Erstlinienmedikament. Bei der Erkennung und Behandlung von TB bestehen weiter große Lücken, und das gegenwärtige Fortschrittstempo reicht nicht aus, um die Zielvorgabe, die Epidemie bis 2030 zu beenden, zu erreichen. Würden aufgrund der COVID-19-Pandemie weltweit über drei Monate hinweg 25 Prozent weniger TB-Fälle als erwartet erkannt, was angesichts der Engpässe in vielen Ländern realistisch erscheint, so wird ein 13-prozentiger Anstieg der TB-Todesfälle prognostiziert. Damit wäre die Welt wieder auf dem TB-Sterblichkeitsniveau von vor 5 Jahren.

Vernachlässigte Tropenkrankheiten: In den letzten zehn Jahren wurden erhebliche Fortschritte bei der Eindämmung, Bekämpfung und Ausrottung dieser Krankheiten erzielt. Insgesamt sank die Zahl der wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten behandlungsbedürftigen Menschen von 2,19 Milliarden (2010) auf 1,80 Milliarden (2015) und 1,76 Milliarden (2018). Die Fortschritte gehen teils darauf zurück, dass in 40 Ländern jeweils zumindest eine dieser Krankheiten ausgerottet wurde. Dennoch benötigen 52 Prozent der Bevölkerung der am wenigsten entwickelten Länder (530 Millionen Menschen) weiter eine entsprechende Behandlung und Betreuung. 2010 waren es noch 78 Prozent gewesen. Eine vorübergehende Aussetzung gemeindefähiger Aktivitäten und andere Störungen aufgrund von COVID-19 könnten die durch jahrelange harte Arbeit und Investitionen in vernachlässigte Tropenkrankheiten erzielten Erfolge zunichtemachen.

Anteil wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten behandlungsbedürftiger Personen an der Gesamtbevölkerung – 2010 und 2018 (in Prozent)



Die Welt bleibt hinter dem Versprechen einer allgemeinen Gesundheitsversorgung bis 2030 zurück

Allgemeine Gesundheitsversorgung bedeutet, dass alle Menschen am Ort und zum Zeitpunkt ihres Bedarfs Zugang zu den für sie notwendigen Gesundheitsdiensten haben, ohne dass ihnen finanzielle Härten entstehen. Sie umfasst die gesamte gesundheitliche Grundversorgung, von der Gesundheitsförderung über Prävention und Behandlung bis zu Rehabilitation und Palliativversorgung. 2017 hatten zwischen 2,5 und 3,7 Milliarden Menschen – rund ein Drittel bis die Hälfte der Weltbevölkerung – eine gesundheitliche Grundversorgung. In den Ländern mit niedrigem Einkommen waren nur 12 bis 27 Prozent der Bevölkerung voll abgesichert. Nach den aktuellen Trends werden bis 2030 nur 39 bis 63 Prozent der Weltbevölkerung Zugang zu einer solchen Versorgung haben.

Die COVID-19-Krise beeinträchtigt weltweit die gesundheitliche Grundversorgung. Bestimmte Dienste wurden ausgesetzt, um Ressourcen für die Behandlung von COVID-19 freizusetzen und das Ansteckungsrisiko zu mindern. Die Nachfrage nach manchen essenziellen Leistungen sank, weil die Betroffenen Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen entlasten wollten. Soll die allgemeine Gesundheitsversorgung bis 2030 verwirklicht werden, müssen Bereitstellung und Nutzung einer gesundheitlichen Grundversorgung erheblich rascher ansteigen.

Die Pandemie hat den weltweiten Mangel an medizinischem Personal und die hohe Belastung der Frauen durch Pflegearbeit aufgedeckt

In den meisten Ländern ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen viel höher als ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Globale Daten für 2013-2018 zeigen, dass Frauen mehr als 76 Prozent des kombinierten Personals in Arzt- und Pflegeberufen stellen, jedoch in den beiden Berufsgruppen sehr unterschiedlich vertreten sind. Frauen stellen knapp über 40 Prozent der Ärzte, jedoch fast 90 Prozent des Pflegepersonals. Neuen Studien zufolge sind Frauen, obwohl sie die Mehrheit der Arbeitskräfte im Gesundheits- und Sozialwesen stellen, auf der oberen Führungsebene oft unterrepräsentiert.

Die Pandemie macht deutlich, dass es in vielen Ländern, insbesondere in den Regionen mit der höchsten Krankheitsbelastung, zu wenig Gesundheitsfachkräfte gibt. In mehr als 40 Prozent aller Länder kommen auf 10.000 Menschen weniger als 10 Ärztinnen oder Ärzte, und in über 55 Prozent der Länder weniger als 40 Krankenpflege-

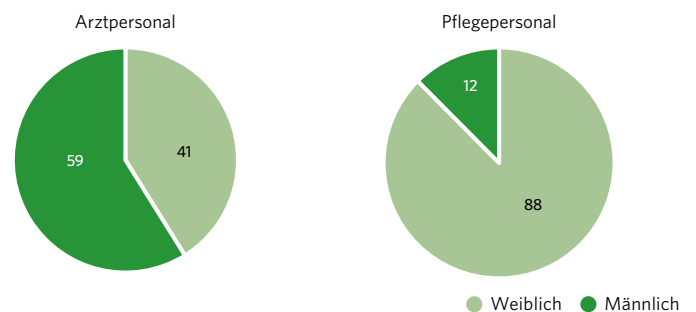
Die steigenden Eigenleistungen für Gesundheitsausgaben werden untragbar und drängen Millionen in extreme Armut

Die Verwirklichung der allgemeinen Gesundheitsversorgung bleibt eine globale Herausforderung. Immer mehr Menschen müssen hohe Gesundheitsausgaben aus eigener Tasche bestreiten, mit steigender Tendenz. Weltweit stieg der Anteil derjenigen, die mehr als 10 Prozent ihres Haushaltsbudgets für Gesundheitsdienste aufwenden, zwischen 2000 und 2015 von 9,4 auf 12,7 Prozent (927 Millionen Menschen). 2015 drängten Eigenleistungen für Gesundheitsausgaben wohl knapp 90 Millionen Menschen in extreme Armut. Etwa 1 Milliarde Menschen, mehrheitlich in Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen, werden 2020 mindestens 10 Prozent ihres Haushaltsbudgets für Gesundheitsversorgung ausgeben. Die durch Schließungen im Zusammenhang mit COVID-19 bedingten Einkommenseinbußen dürften die Lage noch verschlimmern.

Öffentliche Entwicklungshilfe ist für die Finanzierung von Gesundheitsversorgung und medizinischer Forschung und zur Unterstützung nationaler Maßnahmen gegen COVID-19 unabdingbar. Zwischen 2010 und 2018 stieg die öffentliche Entwicklungshilfe aller Geber für die Basisgesundheit real um 41 Prozent auf 10 Milliarden Dollar, doch in letzter Zeit sind Fortschritte ausgeblieben.

und Geburtshelferkräfte. Um die allgemeine Gesundheitsversorgung bis 2030 zu verwirklichen, werden vor allem in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen 18 Millionen zusätzliche Gesundheitsfachkräfte benötigt.

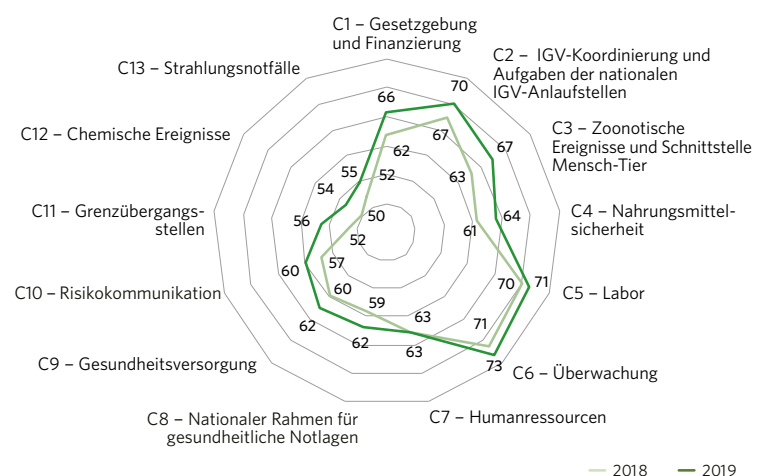
Verteilung von Arzt- und Pflegepersonal nach Geschlecht – 2013-2018 (in Prozent)



COVID-19 zeigt, dass wir uns besser für Notlagen in der öffentlichen Gesundheit rüsten müssen

2019 erstatteten 166 Länder im Rahmen der Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) über ihre Erkennungs-, Melde- und Reaktionsbereitschaft im Fall von gesundheitlichen Notlagen wie der Coronavirus-Pandemie Bericht. Analysen zeigen seit 2018 stetige Fortschritte in nahezu allen Kernkapazitäten mit Ausnahme der Humanressourcen, wo der Wert unverändert bei 63 Prozent liegt. In den meisten Bereichen bleibt noch viel zu tun, doch zeugen die Berichte von 2019 von einem starken politischen Willen zur Erfüllung der Verpflichtungen nach den Internationalen Gesundheitsvorschriften. Sie verdeutlichen auch die Notwendigkeit anhaltender Anstrengungen zur Verbesserung und Aufrechterhaltung von Frühwarnsystemen sowie zur Abschwächung und zum Management der Risiken für die öffentliche Gesundheit im nationalen Kontext. Die Erfahrungen der COVID-19-Krise haben ferner gezeigt, dass die Notfallvorsorge gestärkt, die Reaktionskapazitäten rasch erhöht sowie die sektorübergreifende und die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden müssen.

Punktzahl nach Kapazität gemäß IGV-Berichten – 2018 und 2019



Anmerkung: 2018 erstatteten 191 Länder Bericht; 2019 waren es 166.



Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern



Trotz Fortschritten wird die Welt beim bisherigen Kurs die Bildungsziele für 2030 verfehlen. Vor der Pandemie zeigten Prognosen, dass 2030 über 200 Millionen Kinder keine Schule besuchen und nur 60 Prozent der Jugendlichen die obere Sekundarstufe abschließen würden. Die Pandemie hat die Bildungssysteme weltweit hart und unvermittelt getroffen. Der Großteil aller Schülerinnen und Schüler war von Schulschließungen betroffen, die die Ausbreitung von COVID-19 aufhalten sollten. Unterbrechungen in der Bildung beeinträchtigen die Lernerfolge und die soziale und verhaltensbezogene Entwicklung von

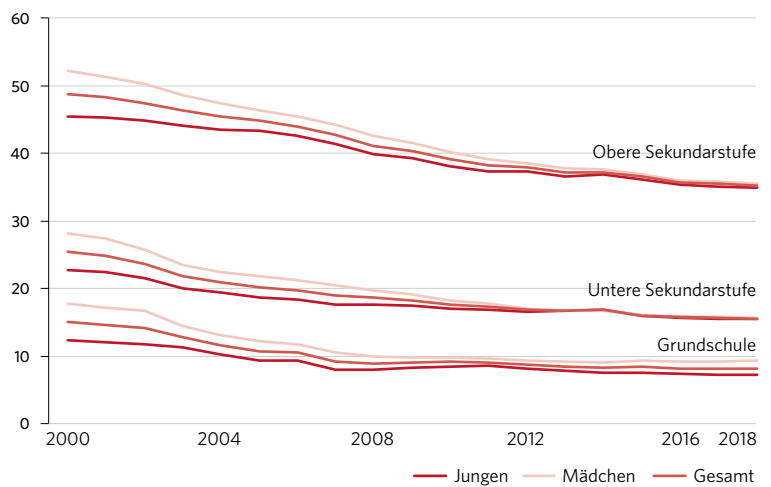
Kindern und Jugendlichen, die, wenn sie aus schwachen und benachteiligten Gemeinschaften kommen, besonders Gefahr laufen, von Bildung ausgeschlossen zu werden. Die Pandemie verschärft die Bildungskrise und die bestehenden Ungleichheiten in diesem Bereich.

Weltweite Schulschließungen könnten jahrelange Fortschritte beim Bildungszugang zurückwerfen

Vor der Coronavirus-Krise war der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die keine Grund- oder Sekundarschule besuchten, von 26 Prozent (2000) auf 19 Prozent (2010) und 17 Prozent (2018) gesunken. Trotz gewisser Fortschritte besuchten 2018 immer noch 258 Millionen Kinder und Jugendliche keine Schule. Drei Viertel von ihnen lebten in Afrika südlich der Sahara und Südasien. Für Mädchen sind die Hürden beim Grundschulbesuch höher als für Jungen. Weltweit gingen 2018 rund 5,5 Millionen mehr Mädchen als Jungen im Grundschulalter nicht zur Schule. In Afrika südlich der Sahara sind Mädchen besonders benachteiligt. Dort kamen 2018 auf 100 Jungen, die nicht die Grundschule besuchten, 128 Mädchen.

Mit der weltweiten Ausbreitung von COVID-19 im Jahr 2020 haben mehr als 190 Länder ihre Schulen landesweit geschlossen. Etwa 90 Prozent aller Schülerinnen und Schüler (1,57 Milliarden) gingen nicht in die Schule. Zwar wird in vier von fünf Ländern, deren Schulen geschlossen sind, Fernunterricht angeboten, doch können derzeit mindestens 500 Millionen Kinder und Jugendliche diese Optionen nicht nutzen. Das schiere Ausmaß der Schulschließungen wird die Fortschritte im Bildungszugang wohl zurückwerfen.

Anteil der Kinder und Jugendlichen, die keine Schule (Grundschule, untere und obere Sekundarstufe) besuchten – 2000-2018 (in Prozent)

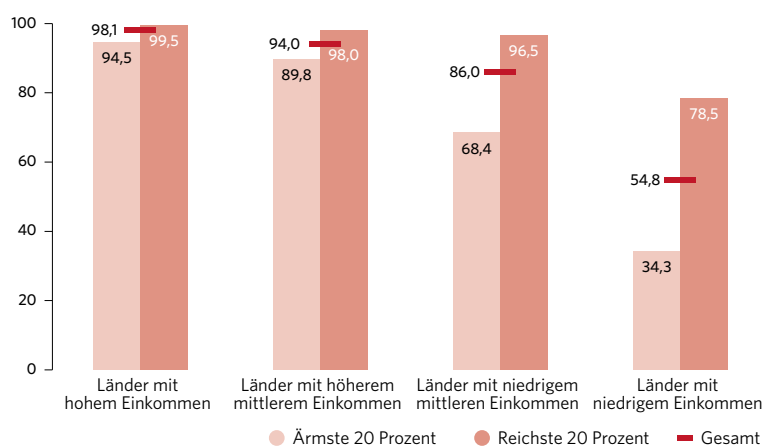


Ohne Gegenmaßnahmen wird COVID-19 für arme Kinder die Hindernisse beim Abschluss ihrer Schulbildung weiter erhöhen

In Ziel 4 geht es darum, Kinder in der Schule zu halten und sicherzustellen, dass sie sie abschließen. 2019 lag die globale Schulabschlussquote für die Grundschule um 85 Prozent (2000: 70 Prozent). Für die untere und die obere Sekundarstufe lag diese Quote bei 73 bzw. 49 Prozent, wobei zwischen den Bevölkerungsgruppen große Unterschiede bestanden. So schließen in Ländern mit niedrigem Einkommen 34 Prozent der Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte, aber 79 Prozent der Kinder aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte die Grundschule ab. Ähnlich weit auseinander lagen die Abschlussquoten für die untere und die obere Sekundarstufe.

Die COVID-19-bedingte monatelange Abwesenheit aus der Schule dürfte sich auf den Bildungserfolg auswirken. Längerfristig ist eine lange Schulabwesenheit mit niedrigeren Bindungs- und Abschlussquoten und schlechteren Lernergebnissen verbunden, insbesondere bei ohnehin benachteiligten Bevölkerungssegmenten wie Schülerinnen und Schülern aus armen Haushalten oder mit Behinderungen.

Grundschulabschlussquote – 2014-2018 (in Prozent)



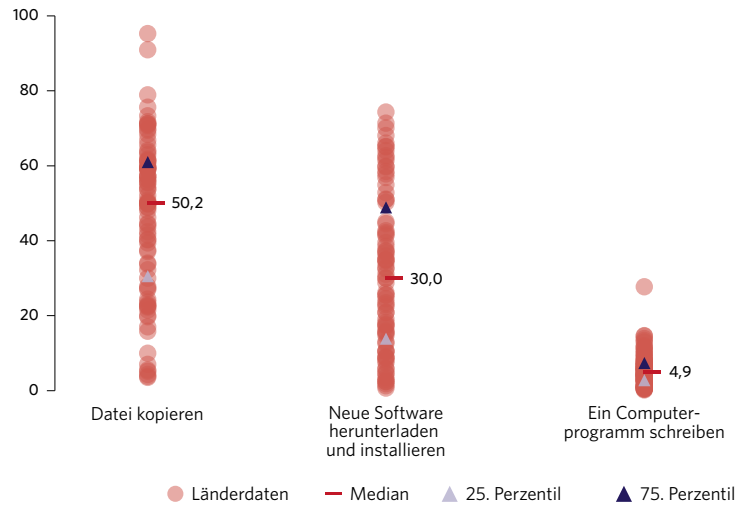
In den ärmsten Ländern ist Fernunterricht für die meisten Schülerinnen und Schüler keine Option

Während der COVID-19-Pandemie bieten viele Schulen Fernunterricht in virtuellen Klassenzimmern an, um die Auswirkungen der Schulschließungen zu mildern. Für manche ist dies eine Option, doch viele können die Möglichkeit nicht nutzen. Für viele ohnehin marginalisierte Schülerinnen und Schüler entsteht so ein zusätzlicher Nachteil, da sie zu Hause keinen Computer und kein Internet haben oder nicht gut genug mit Computern umgehen können.

2019 hatten rund 87 Prozent der Haushalte in Europa Internetzugang, in Afrika dagegen nur 18 Prozent. Auch beim Besitz von Computern zeigt sich die digitale Spaltung: In Europa gab es 2019 in 78 Prozent der Haushalte einen Computer; in Afrika lag der Anteil bei 11 Prozent.

Eine weitere Voraussetzung für erfolgreichen Fernunterricht sind Computerkenntnisse bei Lehrkräften und Eltern. In etwa der Hälfte der 86 Länder, für die Daten vorliegen, besaß weniger als die Hälfte der Bevölkerung grundlegende Computerkenntnisse, etwa wie man eine Datei kopiert. Bei komplexeren Kenntnissen wie dem Herunterladen und Installieren neuer Software und dem Schreiben spezialisierter Computerprogramme lag der Anteil noch niedriger.

Anteil der Bevölkerung mit unterschiedlich fundierten Computerkenntnissen – 2014-2018 (in Prozent)



Schulschließungen bergen zusätzliche Risiken für die Gesundheit und Sicherheit gefährdeter Kinder

Für Millionen Kinder weltweit ist die Schule nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Ort der Sicherheit; ein Ort, an dem sie Gewalt entrinnen und kostenlos Mahlzeiten und Gesundheits- und Ernährungsdienste wie Impfungen, Entwurmung und Nahrungsergänzung mit Eisen erhalten können. Durch die pandemiebedingten Schulschließungen erhielten schätzungsweise 379 Millionen Kinder keine Schulspeisungen. Dies bedeutet für viele Kinder Hunger, der auch ihr Immunsystem schwächen und ihre Fähigkeit, Krankheiten zu überwinden, einschränken kann.

Wie Studien aus früheren Krisen zeigen, können die Schulschließungen und der Wirtschaftsabschwung aufgrund der Pandemie auch

dazu führen, dass Gewalt gegen Kinder, Kinderarbeit, Kinderheirat und frühe Schwangerschaften zunehmen. Auch arbeiten Kinder aus armen Familien oft, um Einbußen im Familieneinkommen auszugleichen. Zudem stellt die verminderte Produktivität berufstätiger Eltern die Familien wie die Gesellschaften vor wirtschaftliche Probleme.

Die Kosten der Pandemiebekämpfung und der durch den Wirtschaftsabschwung verursachte Rückgang der Steuereinnahmen werden voraussichtlich zulasten der Bildungsausgaben der Regierungen und der globalen Hilfe im Bildungsbereich gehen.

Fehlende Grundinfrastruktur wie Handwaschgelegenheiten in den Schulen wird die Überwindung von COVID-19 erschweren

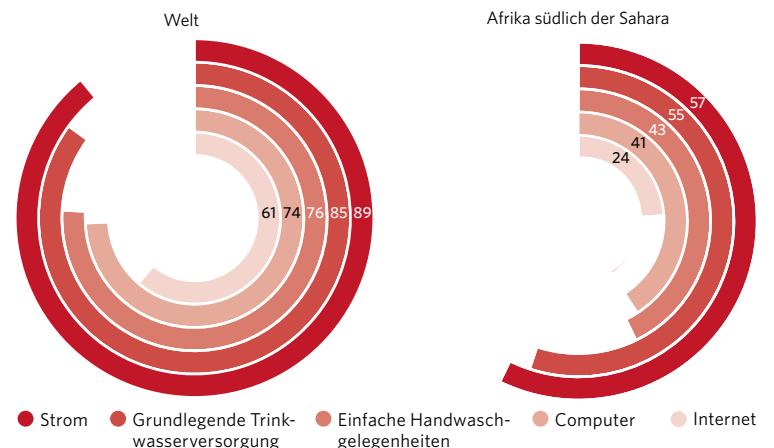
Das Fehlen einfacher Handwaschgelegenheiten in vielen Schulen weltweit bedeutet für Lehrkräfte und Lernende nicht nur ein unsicheres Lernumfeld, sondern auch, dass sie bei der Rückkehr in bislang geschlossene Schulen keine grundlegenden Hygienemaßnahmen einhalten können. Nach den aktuellsten Daten gibt es nur in 65 Prozent der Grundschulen weltweit einfache Handwaschgelegenheiten. Bei den Schulen der unteren und oberen Sekundarstufe liegt der Anteil mit 71 bzw. 76 Prozent etwas höher. Afrika südlich der Sahara steht von allen Regionen vor den größten Herausforderungen, denn dort verfügen nur 38 Prozent der Grundschulen und 43 Prozent der Schulen der oberen Sekundarstufe über einfache Handwaschgelegenheiten.

In vielen Schulen fehlt es auch an anderen Basisressourcen wie Strom, sauberem Trinkwasser, Computern und Internetzugang. Weltweit haben 89 Prozent der Schulen der oberen Sekundarstufe Zugang zu Strom, 85 Prozent zu einer grundlegenden Trinkwasserversorgung, 74 Prozent zu Computern und 61 Prozent zum Internet. Am schlechtesten ist die Ausstattung in Afrika südlich der Sahara: Dort haben nur 57 Prozent dieser Schulen Zugang zu Strom, 55 Prozent zu Trinkwasser, 41 Prozent zu Computern und 24 Prozent zum Internet.

Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer hochwertigen Bildung für alle besteht darin, genug ausgebildete Lehrkräfte zu bekommen. Nach

den aktuellsten vorliegenden Daten verfügten weltweit 85 Prozent der Lehrkräfte in Grundschulen und 86 Prozent der Lehrkräfte in Sekundarschulen über die erforderliche Mindestausbildung. In Afrika südlich der Sahara lag dieser Anteil mit 64 Prozent in der Primarstufe und 50 Prozent in der Sekundarstufe am niedrigsten.

Anteil der Schulen mit Zugang zu grundlegenden Schulressourcen, weltweit und in Afrika südlich der Sahara, obere Sekundarstufe – 2016-2018 (aktuellste Daten) (in Prozent)





Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die internationalen Verpflichtungen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung haben in einigen Bereichen zu Verbesserungen geführt: Kinderheirat und die Verstümmelung weiblicher Genitalien sind in den letzten Jahren zurückgegangen, und der Frauenanteil in der Politik ist höher denn je. Dennoch ist das Versprechen, eine Welt zu schaffen, in der alle Frauen und Mädchen volle Gleichstellung genießen und in der alle rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schranken für ihre Selbstbestimmung abgebaut sind, noch nicht erfüllt. Eine solche Welt ist wohl in noch weitere Ferne gerückt, da die COVID-19-Pandemie Frauen und Mädchen hart trifft. Die Krisenumstände tragen bereits jetzt dazu bei, dass sich Gewalt gegen Frauen und Mädchen häuft,



und sie könnten vermehrt zu Kinderheirat und zur Verstümmelung weiblicher Genitalien führen. Frauen tragen zudem wohl den Großteil der durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten entstehenden zusätzlichen Betreuungsaufgaben. Auch im Kampf gegen das Coronavirus stehen sie an vorderster Front, denn der Frauenanteil in Gesundheits- und Sozialberufen liegt weltweit bei fast 70 Prozent.

COVID-19 erhöht die Gefahr von Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Pandemiebedingte Ausgangssperren halten viele Frauen und Mädchen im Haus, was sie, wenn sie mit einem gewalttätigen Partner zusammenleben, vermehrt dem Risiko häuslicher Gewalt aussetzt. Schon vor der Pandemie waren physische und sexuelle Gewalt gegen Frauen allzu verbreitet. Zwischen 2005 und 2017 in 106 Ländern durchgeführte Umfragen ergaben, dass von den Frauen und Mädchen zwischen 15 und 49 Jahren, die jemals in einer Partnerschaft waren, 18 Prozent in den 12 Monaten vor der Befragung derartige Gewalt durch einen aktuellen oder ehemaligen Intimpartner erfahren hatten. Bereits jetzt zeigen Daten aus mehreren Ländern, dass bei telefonischen Beratungsdiensten, Frauenhäusern und der Polizei mehr Meldungen über häusliche Gewalt eingehen. Dabei ist zu bedenken,

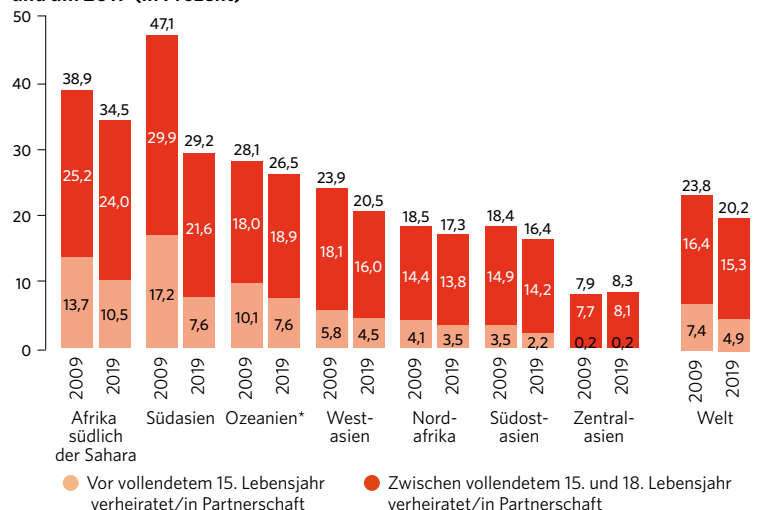
dass weniger als 40 Prozent der Frauen, die Opfer von Gewalt werden, diese Straftat anzeigen oder Hilfe suchen. Sind Frauen mit einem gewalttätigen Partner zu Hause eingeschlossen – in manchen Ländern ohne Mobiltelefon oder Internetzugang –, ist es für sie noch schwieriger, auf sicherem Weg Hilfe zu suchen. Nach Daten aus 66 Ländern für den Zeitraum 2016 bis 2018 lag der Anteil der Frauen, die ein Mobiltelefon besitzen, im Durchschnitt um 6,8 Prozentpunkte unter dem der Männer. Auch werden die Telefone von Frauen häufiger von gewalttätigen oder kontrollierenden Partnern überwacht. Dienstausfälle und Schließungen erschweren von Gewalt betroffenen Frauen zudem den Zugang zu Unterstützung und im Bedarfsfall die Inanspruchnahme medizinischer Betreuung.

COVID-19 könnte die Beendigung der Kinderheirat und der Verstümmelung weiblicher Genitalien zurückwerfen

Eine Heirat vor dem 18. Geburtstag ist eine Menschenrechtsverletzung, die zumeist Mädchen trifft und die lebenslange Nachteile und Entbehrungen bedeuten kann. Um 2019 war jede fünfte Frau (20,2 Prozent) zwischen 20 und 24 Jahren vor ihrem vollendeten 18. Lebensjahr verheiratet, während es 2009 noch etwa jede vierte (23,8 Prozent) war. Der größte Rückgang in diesem Zeitraum entfiel auf Südasien. Heute ist das Risiko einer Kinderheirat in Afrika südlich der Sahara am höchsten. Dort war mehr als jede dritte Frau (34,5 Prozent) zwischen 20 und 24 Jahren vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. Schulschließungen und steigende Armut infolge der Pandemie könnten mehr Mädchen diesem Risiko aussetzen.

Die Verstümmelung weiblicher Genitalien ist ebenfalls eine flagrante Menschenrechtsverletzung. In den 31 Ländern – die Hälfte in Westafrika –, in denen diese Praxis konzentriert ist, wurden ihr mindestens 200 Millionen Mädchen und Frauen unterzogen. Obwohl diese schädliche Praxis rückläufig ist, gibt es immer noch Länder, in denen sie nahezu universell ist und mindestens 9 von 10 Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren beschnitten sind. Selbst in den Ländern, wo die Praxis zurückgegangen ist, wäre aufgrund des Bevölkerungswachstums ein zehnmal höheres Fortschritts-tempo nötig, um die globale Zielvorgabe der Beseitigung bis 2030 zu erreichen. Die COVID-19-bedingte Unterbrechung der Programme zur Erreichung dieser Zielvorgabe könnte Fortschritte gefährden.

Anteil der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren, die vor ihrem vollendeten 15. bzw. 18. Lebensjahr verheiratet waren oder in einer Partnerschaft lebten – um 2009 und um 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

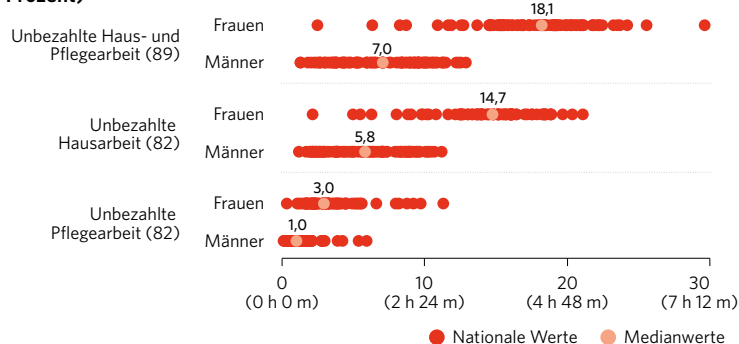
Anmerkung: Die Werte für 2019 beziehen sich auf die neuesten verfügbaren Daten aus 91 Ländern für den Zeitraum 2013-2019, die 77 Prozent aller Frauen zwischen 20 und 24 Jahren erfassen. Die Werte für 2009 beziehen sich auf die neuesten verfügbaren Daten aus diesen Ländern für den Zeitraum 2003-2009. Es sind keine Konfidenzintervalle angegeben, und scheinbare Unterschiede im Zeitverlauf sind möglicherweise nicht statistisch signifikant.

Frauen verbringen mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit als Männer, was sich während der Pandemie verschärfen dürfte

Laut neuesten Daten aus 89 Ländern und Gebieten für den Zeitraum 2001-2018 verbringen Frauen an einem durchschnittlichen Tag etwa dreimal so viel Zeit mit unbezahlter Haus- und Pflegearbeit wie Männer – und oft noch mehr, wenn sie kleine Kinder zu Hause haben. In etwa 75 Prozent der Länder, für die Trenddaten vorliegen, ist ein leichter Rückgang der Zeit, die Frauen im Vergleich zu Männern für unbezahlte Haus- und Pflegearbeit aufwenden, zu beobachten.

Die COVID-19-Krise verändert die Zeitnutzung der Menschen, insbesondere der Frauen, grundlegend – oft mit negativen Auswirkungen auf ihr Wohlbefinden. Eine Umfrage in 17 Ländern zeigt, dass sowohl Frauen als auch Männer während der Schließungen mehr Verantwortung für Hausarbeit, Kinderbetreuung und Familie übernehmen, der Großteil der Arbeit jedoch weiterhin den bestehenden Mustern folgend auf Frauen und Mädchen zurückfällt.

Von Frauen bzw. Männern für unbezahlte Haus- und Pflegearbeit aufgewendete Zeit – 2001-2018 (letzte verfügbare Daten) (aufgewendeter Anteil des Tages in Prozent)



Anmerkung: Die Abbildung beruht auf den für 89 Länder und Gebiete verfügbaren Daten für den Zeitraum 2001-2018. Für jede Art von unbezahlter Arbeit ist in Klammern die Zahl der Länder und Gebiete angegeben, für die die entsprechenden Daten vorliegen.

Frauen sind häufiger in Machtpositionen, doch von der Geschlechterparität ist die Welt noch weit entfernt

Zum 1. Januar 2020 erreichte der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten (Unterhäuser und Einkammerparlamente) 24,9 Prozent und stieg damit über die 22,3 Prozent von 2015. Er lag zwischen mehr als 30 Prozent in Australien und Neuseeland, Lateinamerika und der Karibik und Europa und nur 6,2 Prozent in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland). Daten aus 133 Ländern und Gebieten zeigen, dass Frauen heute besseren Zugang zu kommunalen Entscheidungspositionen haben und 36,3 Prozent der gewählten Sitze in lokalen Vertretungsorganen innehaben. In gesetzgebenden Körperschaften in nationalen Parlamenten haben nur 13 Prozent und in Kommunalverwaltungen nur 15 Prozent der Länder eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter (mindestens 40 Prozent) erreicht. Diese Fortschritte sind weitgehend auf gesetzlich festgelegte Geschlechterquoten zurückzuführen.

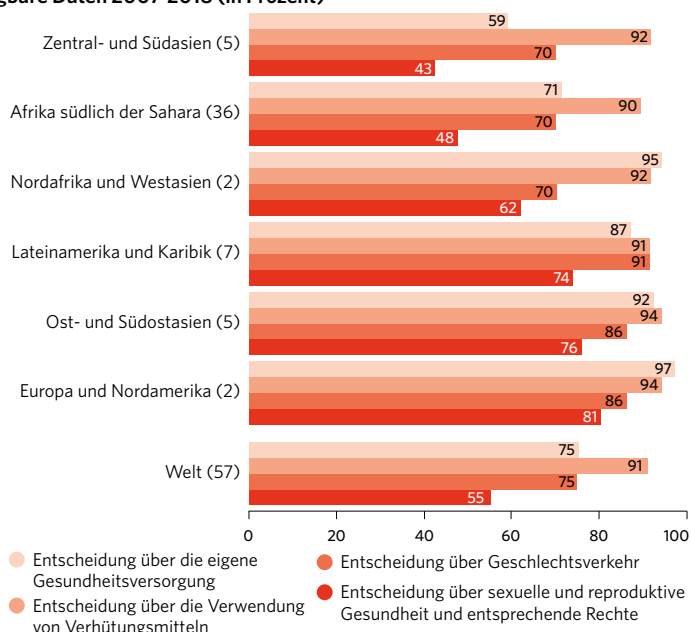
2019 stellten Frauen weltweit 39 Prozent der Arbeitskräfte und die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, bekleideten aber nur 28 Prozent der Führungspositionen (gegenüber 25 Prozent im Jahr 2000). Beim Zugang zu Beschäftigung sind die Hürden für Frauen größer als für Männer, und wenn sie eine Stelle bekommen, sind sie oft von Entscheidungspositionen ausgeschlossen. 2019 waren Führungspositionen in Südostasien zu 41 Prozent, in Nordamerika zu 40 Prozent, in Nordafrika jedoch nur zu 8 Prozent mit Frauen besetzt. Im Kontext von COVID-19 ist es entscheidend, dass Frauen in für die Pandemie relevanten Führungspositionen gerecht vertreten sind, damit sich bestehende Ungleichheiten nicht verschärfen und damit vor und nach der Pandemie geschlechtsspezifische Dimensionen und Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter in die Gesetze, Konjunkturpakete und Etats zur Bekämpfung und Überwindung von COVID-19 einbezogen werden.

Frauen fehlt es sogar bei ihrer eigenen reproduktiven Gesundheit an Entscheidungsmacht

Nach Daten für den Zeitraum 2007-2018 zu verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen aus 57 Ländern entscheidet etwas mehr als die Hälfte aller Frauen (55 Prozent) selbst über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre entsprechenden Rechte, wobei sie mit 91 Prozent bei der Nutzung von Verhütungsmitteln die größte Entscheidungsfreiheit haben. Über ihre Gesundheitsversorgung oder über Geschlechtsverkehr können allerdings nur drei Viertel der Frauen selbst entscheiden.

In anderen Bereichen gibt es ermutigende Fortschritte: 2019 hatten 75 erfasste Länder 73 Prozent der erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften erlassen, um den vollen und gleichberechtigten Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den entsprechenden Rechten zu garantieren. Die Daten zu HIV waren besonders ermutigend. Im Durchschnitt hatten die Länder 87 Prozent der für Beratung und Tests, 91 Prozent der für Behandlung und Betreuung und 96 Prozent der für Vertraulichkeit im Zusammenhang mit HIV erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften erlassen. Gleichzeitig hatten die Länder 79 Prozent der Gesetze und sonstigen Vorschriften erlassen, die für Verhütungsdienste, einschließlich Sterilisierung, die volle und freie Zustimmung der Betroffenen in Kenntnis der Sachlage voraussetzen.

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und ihre entsprechenden Rechte selbst entscheiden – letzte verfügbare Daten 2007-2018 (in Prozent)



Anmerkung: Die Zahl der in der jeweiligen Regionalgruppe erfassten Länder, für die vergleichbare Erhebungsdaten vorliegen, ist in Klammern angegeben.



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Die Coronavirus-Krise hat die entscheidende Bedeutung von Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene für den Schutz der menschlichen Gesundheit in den Vordergrund gerückt. Doch trotz gewisser Fortschritte entbehren Milliarden Menschen in aller Welt weiter dieser Grundversorgung. Es muss sofort gehandelt werden, um den Zugang zu Wasser, Sanitär- und Hygienesdiensten zu verbessern und so Ansteckungen zu verhüten und die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen.

Wasser ist nicht nur für die Gesundheit, sondern auch für Armutsminderung, Ernährungssicherung, Frieden, Menschenrechte, Ökosysteme und Bildung unverzichtbar. Wasserknappheit und -verunreinigung, geschädigte Wasserökosysteme und mangelnde Zusammenarbeit



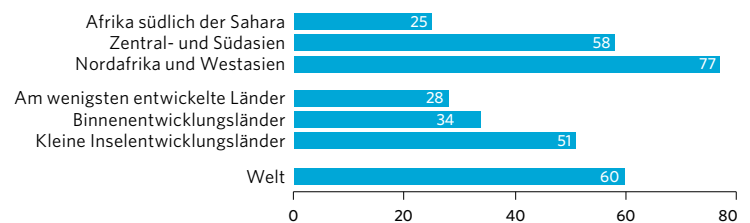
in grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten werden jedoch in den Ländern zunehmend zum Problem. Auch Finanzierungslücken und schwache staatliche Systeme verhindern in vielen Ländern Fortschritte in diesem Bereich. Wenn das Fortschrittstempo nicht drastisch steigt, werden die Zielvorgaben für Ziel 6 bis 2030 verfehlt.

Zur Eindämmung von COVID-19 und anderen Krankheiten ist es unabdingbar, die Defizite in Wasser- und Sanitärversorgung und Hygiene zu beheben

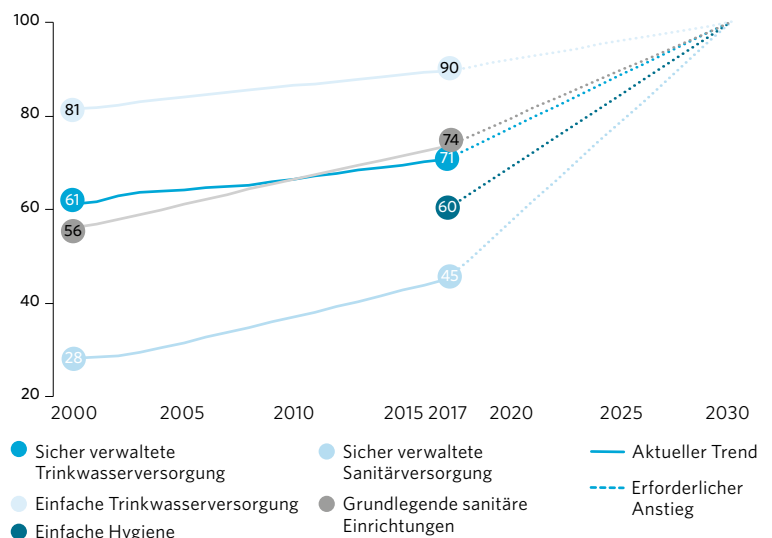
Der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung nutzt, stieg zwischen 2000 und 2017 von 61 auf 71 Prozent. Dennoch hatten weltweit noch immer 2,2 Mrd. Menschen keine sicher verwaltete und 785 Mio. von ihnen auch keine einfache Trinkwasserversorgung. Der Bevölkerungsanteil, der eine sicher verwaltete Sanitärversorgung nutzt, stieg zwischen 2000 und 2017 von 28 auf 45 Prozent. Dennoch entbehrten 4,2 Mrd. Menschen weltweit nach wie vor einer sicher verwalteten Sanitärversorgung. Von diesen Menschen hatten 2 Mrd. keine sanitäre Basisversorgung, und 673 Mio. verrichteten ihre Notdurft im Freien.

Händewaschen ist eine der billigsten, einfachsten und wirksamsten Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. 2017 hatten nur 60 Prozent der Menschen zu Hause eine einfache Gelegenheit zum Händewaschen mit Wasser und Seife; in den am wenigsten entwickelten Ländern nur 28 Prozent. Damit konnten sich 2017 etwa 3 Mrd. Menschen zu Hause nicht hygienisch die Hände waschen. Die regionalen Unterschiede sind enorm: In Afrika südlich der Sahara hatten 75 Prozent der Bevölkerung (767 Mio. Menschen) keine einfache Handwaschgelegenheit. In Zentral- und Südasien waren es 42 Prozent (807 Mio.) und in Nordafrika und Westasien 23 Prozent (116 Mio.). Wasser- und Sanitärversorgung und Hygienesdienste fehlen zum Teil auch dort, wo Menschen medizinische Betreuung suchen. So hatte 2016 ein Viertel der Gesundheitseinrichtungen weltweit in ihren Behandlungsräumen keine einfache Wasserversorgung, ein Fünftel keine Sanitärversorgung und zwei Fünftel weder Wasser und Seife noch Händedesinfektionsmittel auf Alkoholbasis. Auch in 47 Prozent aller Schulen fehlten Gelegenheiten zum Händewaschen mit Wasser und Seife. Die Schließung dieser Lücken ist für eine wirksame Gesundheitsversorgung und die Eindämmung von COVID-19 entscheidend.

Anteil der Bevölkerung, der zu Hause eine Gelegenheit zum Händewaschen mit Wasser und Seife hat – 2017 (in Prozent)



Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu einfachen bzw. sicher verwalteten Wasser-, Sanitär- und Hygienesdiensten – 2000-2017 – und zur Erreichung der Zielvorgaben erforderlicher Anstieg (2017-2030) (in Prozent)



Die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Gewässern muss rascher wachsen

Über 60 Prozent des weltweiten Süßwassers kommt aus grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist eine Voraussetzung für die umweltverträgliche Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen und eine friedliche regionale Integration. Daten aus 67 von 153 Anrainerstaaten grenzüberschreitender Gewässer zeigen, dass nationale grenzüberschreitende

Wassereinzugsgebiete zwischen 2017 und 2018 im Schnitt nur zu 59 Prozent von einer operativen Vereinbarung erfasst waren. Nur 17 Länder gaben an, dass alle ihre grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebiete von einer solchen Vereinbarung erfasst seien. Um in allen diesen Einzugsgebieten für operative Zusammenarbeit zu sorgen, bedarf es erheblicher Anstrengungen.

In vielen Regionen droht alarmierender Wasserstress die weitere nachhaltige Entwicklung zu untergraben

Hoher Wasserstress entsteht, wenn vom Süßwasser aus natürlichen Quellen zu viel entnommen wird. Er kann verheerende Umweltfolgen haben und die nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen. Ungebremschter Wasserstress kann zu Wasserknappheit und bis 2030 zur Vertreibung von etwa 700 Millionen Menschen führen. Global ist der Wasserstress mit 17 Prozent gefahrlos, doch verbirgt der Durchschnittswert enorme regionale Unterschiede. In Nordafrika und in Zentral- und Südasien liegt der Wasserstress bei über 70 Prozent, gefolgt von West- und Ostasien mit Werten zwischen 45 und 55 Prozent.

Eine effizientere Wassernutzung senkt das Wasserstressrisiko und erhöht die wirtschaftliche und ökologische Resilienz. Global gesehen stieg die Effizienz der Wassernutzung zwischen 2015 und 2017 von 37,80 auf 46,30 Dollar pro m³. Die Schätzwerte reichen von 0,20 Dollar pro m³ in Ländern, deren Volkswirtschaft hauptsächlich von der Landwirtschaft abhängt, bis 1.197 Dollar pro m³ in hochindustrialisierten, dienstleistungsorientierten Volkswirtschaften. Für eine effizientere Wassernutzung ist es besonders wichtig, die Wasserproduktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen.

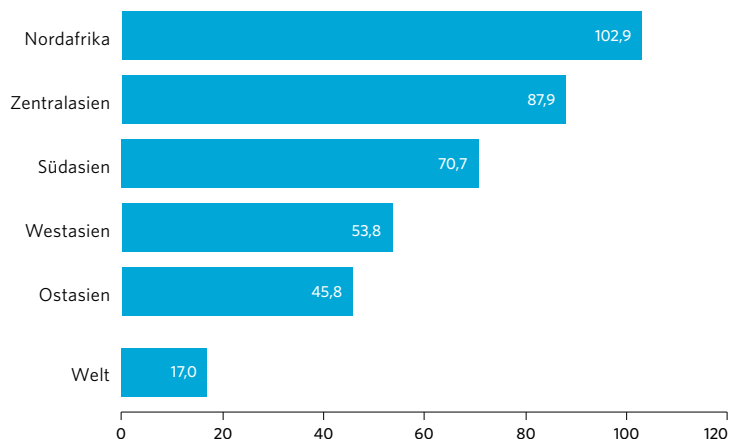
Ärmste Länder mit Süßwassermangel sind anfälliger für Klimawandel und Wasserknappheit

Süßwasserökosysteme bieten natürlichen Raum für menschliche Siedlungen. Ihr Nutzen umfasst unter anderem Transport, natürliche Reinigung, Bewässerung, Hochwasserschutz und Lebensraum für eine reiche Vielfalt von Arten. Doch Bevölkerungswachstum, eine intensivere Landwirtschaft, Verstädterung und Industrieproduktion schädigen überall auf der Welt die Süßwasservorkommen und bedrohen Ökosysteme und die Existenzgrundlagen der Menschen. Süßgewässer bedecken weltweit etwas mehr als 2,1 Prozent der Landfläche, sind jedoch ungleich verteilt. So bedecken sie in den entwickelten Ländern 3,5 Prozent der Landfläche, in den Entwicklungsländern hingegen nur 1,4 Prozent. In den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselentwicklungsländern sind diese Werte mit 1,2 bzw. 1 Prozent deutlich niedriger, was ihre Anfälligkeit für Klimaänderungen und Wasserknappheit erhöht.

Ein globaler Rahmen für die Bewirtschaftung von Wasserressourcen weist Umsetzungsmängel auf

Die integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen ist ein globaler Rahmen, der Politiken, Institutionen, Bewirtschaftungsinstrumente und Finanzierung für die umfassende, kooperative Bewirtschaftung von Wasserressourcen umfasst. 60 Prozent der 172 Länder, die 2018 Bericht erstatteten, bezeichneten ihren Umsetzungsgrad als sehr niedrig, niedrig oder moderat niedrig. Diese Länder werden die Zielvorgabe, bis 2030 eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umzusetzen, wohl nicht erreichen. 2018 lag der Umsetzungsgrad für eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen global im Schnitt bei 49 Prozent. Mit einem sehr niedrigen bis moderat niedrigen Umsetzungsgrad geht die Umsetzung in rund 90 Prozent der Länder Lateinamerikas und der Karibik, Zentral- und Südasiens und Ozeaniens (ohne Australien und Neuseeland) und in 50 bis 70 Prozent der Länder in Afrika südlich der Sahara, Ost- und Südostasien, Nordafrika und Westasien besonders langsam voran. Vor allem im Bereich der Mobilisierung von Staatseinnahmen für eine nachhaltige Finanzierung sind in diesen Ländern raschere Fortschritte erforderlich.

Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zum Süßwasservorkommen, Subregionen mit hohem und sehr hohem Wasserstress – 2017 (in Prozent)

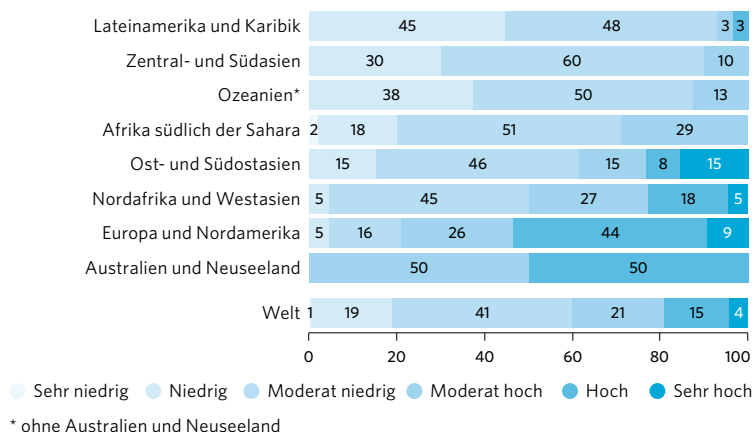


Die für Ziel 6 verfügbaren Finanzmittel reichen nicht aus, um den Bedarf der Länder zu decken

Die für den Wassersektor zugesagte öffentliche Entwicklungshilfe, die zwischen 2016 und 2017 um 38 Prozent gestiegen war, sank 2018 gegenüber dem Vorjahr um 9 Prozent. Die Mittelzusagen für Wasser- und Sanitärversorgung sind weiter gestiegen, jedoch lag der Anstieg zwischen 2017 und 2018 bei 3 Prozent, während er im Vorjahr noch 19 Prozent betragen hatte. Laut Daten aus 20 sich entwickelnden Ländern und Hoheitsgebieten besteht zwischen den zur Erreichung der nationalen Wasser-, Sanitär- und Hygieneziele erforderlichen und den verfügbaren Mitteln eine Finanzierungslücke von 61 Prozent. Damit weitere Fortschritte im Hinblick auf Ziel 6 erzielt werden können, ist es unabdingbar, dass die Geber ihre Mittelzusagen erhöhen.

Positiv ist, dass die öffentliche Entwicklungshilfe für den Wassersektor zwischen 2017 und 2018 um 6 Prozent auf 9,4 Milliarden Dollar gestiegen ist, obwohl die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe um 1,9 Prozent sank. Die für den Wasser- und Abwassersektor ausgezahlten Mittel sind um 9 Prozent gestiegen. Darunter fällt ein Anstieg um 346 Millionen Dollar für große Trinkwassersysteme und für Politik und Verwaltung im Wassersektor in Afrika südlich der Sahara.

Anteil der Länder nach Umsetzungsgrad der integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen – 2018 (in Prozent)





Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Die Welt kommt den Zielvorgaben in Bezug auf nachhaltige Energie weiter näher, doch reichen die Anstrengungen nicht aus, um Ziel 7 bis 2030 zu erreichen. Energieeffizienz und der Zugang zu Elektrizität konnten etwas erhöhet werden. Dennoch fehlt Millionen Menschen weltweit diese Grundversorgung noch immer, und Fortschritte bei sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen sind ins Stocken geraten, was die Gesundheit von Milliarden Frauen und Kindern beeinträchtigt.

Die COVID-19-Pandemie macht noch deutlicher, wie dringend notwendig eine bezahlbare und verlässliche Energieversorgung ist – für die Behandlung in Krankenhäusern und Gesundheitseinrichtungen, für die Versorgung von Gemeinschaften mit sauberem Wasser und



lebenswichtigen Informationen und für den Fernunterricht für Kinder, die nicht zur Schule gehen können. Gleichzeitig wird die Krise die Erreichung von Ziel 7 zurückwerfen. Die Energieversorgung könnte durch unterbrochene Versorgungsketten Schaden nehmen und durch Einkommenseinbußen für manche unerschwinglich werden. Zudem dürfte der freie Fall der Erdölpreise das Wachstum erneuerbarer Energien bremsen.

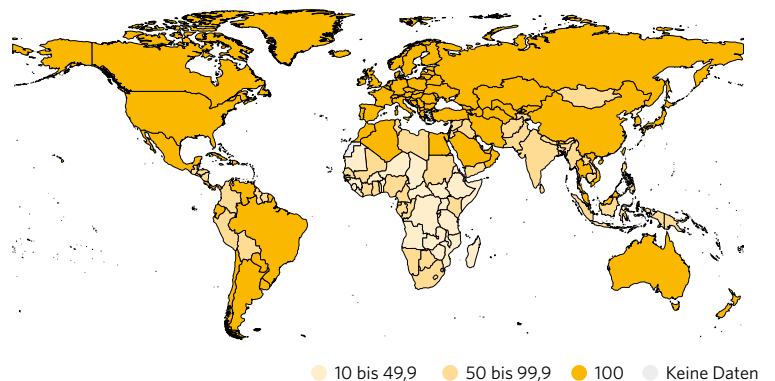
Defizite im Elektrizitätsbereich sind zunehmend auf Afrika südlich der Sahara konzentriert

Zwischen 2010 und 2018 stieg der Anteil der Weltbevölkerung mit Stromzugang von 83 auf 90 Prozent, also um mehr als eine Milliarde Menschen. Doch hatten 2018 noch immer 789 Millionen Menschen – von denen 85 Prozent in ländlichen Gebieten lebten – keinen Strom. In Lateinamerika und der Karibik und in Ost- und Südostasien stieg der Zugang dank anhaltend großer Fortschritte bis 2018 auf über 98 Prozent. Das Defizit konzentriert sich zunehmend auf Afrika südlich der Sahara und betrifft dort etwa 548 Millionen Menschen oder 53 Prozent der Bevölkerung.

Die COVID-19-Pandemie macht die Notwendigkeit verlässlicher und bezahlbarer Elektrizität noch deutlicher. Laut einer 2018 in sechs afrikanischen und asiatischen Ländern durchgeführten Erhebung hatte ein Viertel der erfassten Gesundheitseinrichtungen keine Stromversorgung und bei einem weiteren Viertel gab es ungeplante Versorgungsunterbrechungen, sodass sie unverzichtbare Gesundheitsdienste nur eingeschränkt bereitstellen konnten. In 28 Prozent der Gesundheitszentren wurden Geräte durch schadhafte Anschlüsse und Spannungsschwankungen beschädigt. Diese Defizite schwächen die Reaktion der Gesundheitssysteme auf die Coronavirus-Krise zusätzlich.

Um die Zielvorgabe des allgemeinen Zugangs zu Elektrizität bis 2030 zu erreichen, muss die jährliche Steigerungsrate bei den Stromanschlüssen für 2019-2030 von derzeit 0,82 auf 0,87 Prozentpunkte wachsen. Beim aktuellen Fortschrittstempo hätten 2030 noch immer etwa 620 Millionen Menschen keinen Strom. Die Beeinträchtigungen durch COVID-19 sind in diesen Schätzungen jedoch nicht berücksichtigt.

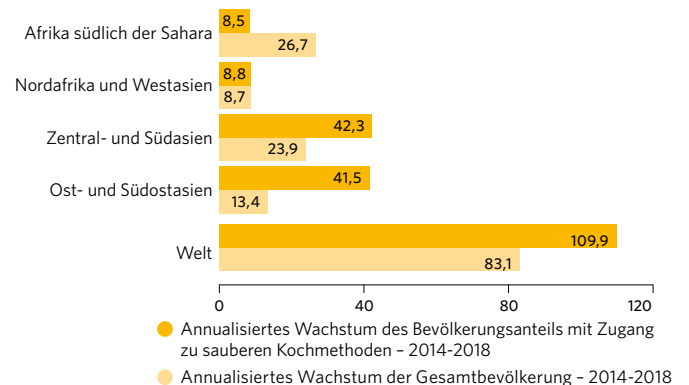
Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2018 (in Prozent)



Schleppende Fortschritte bei sauberen Kochmethoden gefährdet die Gesundheit von fast 3 Milliarden Menschen

Der Anteil der Weltbevölkerung mit Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen stieg von 56 Prozent (2010) auf 60 Prozent (2015) und 63 Prozent (2018). Etwa 2,8 Milliarden Menschen haben weiter keinen Zugang – eine Zahl, die sich über die vergangenen 20 Jahre kaum verändert hat. In mehreren Regionen Asiens gab es vielversprechende Verbesserungen. In Afrika südlich der Sahara überstieg jedoch der jährliche Bevölkerungszuwachs 2014-2018 die Zahl der Menschen, die Zugang erhielten, um 18 Millionen. Schleppende Fortschritte bei sauberen Kochmethoden sind ein gravierendes weltweites Problem mit Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Mit den aktuellen und geplanten Maßnahmen hätten 2030 noch immer 2,3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberen Kochmethoden. Damit wäre weiter fast ein Drittel der Weltbevölkerung, zumeist Frauen und Kinder, schädlicher Luftverunreinigung im Haushalt ausgesetzt.

Annualisiertes Wachstum der Gesamtbevölkerung und des Bevölkerungsanteils mit Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen – 2014-2018 (in Millionen Menschen)



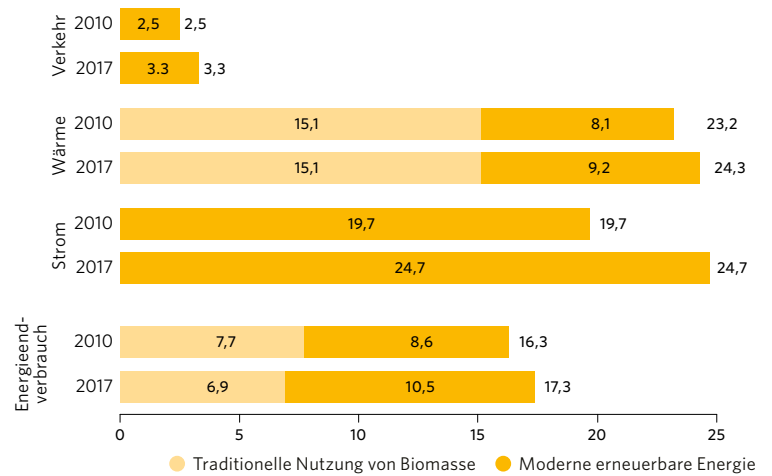
Zur Erreichung langfristiger Klimaschutzziele müssen erneuerbare Energien stärker gefördert werden

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch stieg von 16,3 Prozent (2010) auf 17,0 Prozent (2015) und 17,3 Prozent (2017), was hauptsächlich auf den wachsenden Verbrauch moderner erneuerbarer Energien zurückging, deren Anteil zwischen 2010 und 2017 von 8,6 auf 10,5 Prozent stieg.

Der größte Zuwachs bei der Nutzung erneuerbarer Energie kam dank der raschen Ausweitung von Solar- und Windenergie aus dem Elektrizitätssektor. Im Wärme- und Verkehrssektor, die zusammen 80 Prozent des Energieendverbrauchs ausmachen, lag der Anteil erneuerbarer Energie jedoch weit hinter seinen Möglichkeiten. Zur Erreichung der Zielvorgabe, den Anteil erneuerbarer Energie deutlich zu erhöhen, muss die Nutzung moderner erneuerbarer Energien in allen Sektoren rascher steigen.

Afrika südlich der Sahara hatte 2017 den höchsten Anteil erneuerbarer Energie am gesamten Energieverbrauch, was jedoch zu 85 Prozent auf die traditionelle Nutzung von Biomasse zurückging. Lateinamerika und die Karibik hatten aufgrund ihrer extensiven sektorübergreifenden Nutzung von Wasserkraft und moderner Bioenergie von allen Regionen den höchsten Anteil an modernen erneuerbaren Energien.

Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch und nach Endnutzung – 2010 und 2017 (in Prozent)

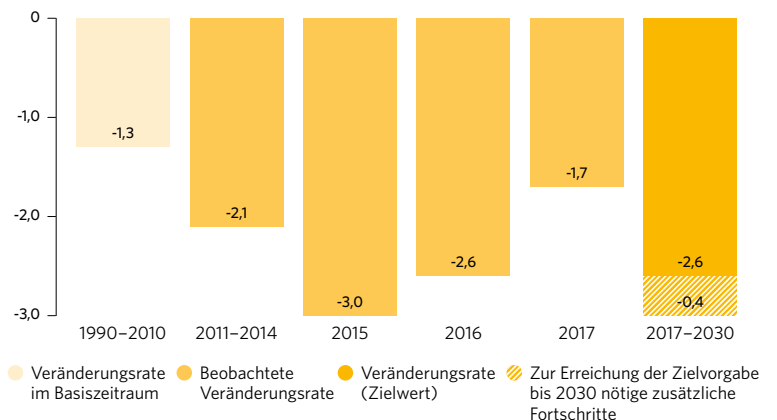


Die Steigerung der Energieeffizienz – der Schlüssel zur Senkung der Treibhausgasemissionen – bleibt hinter der Zielvorgabe zurück

Um das globale Klimaschutzziel einer Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen, ist die Steigerung der Energieeffizienz entscheidend. Die Primärenergieintensität, definiert als gesamter Energieverbrauch je BIP-Einheit, lag 2017 global bei 5,0 Megajoule pro Dollar und verbesserte sich damit gegenüber 2016 um 1,7 Prozent, was jedoch die geringste jährliche Verbesserung seit 2010 darstellt. Dennoch lag die jährliche Steigerungsrate zwischen 2010 und 2017 mit 2,2 Prozent über dem historischen Trend.

Nach der Zielvorgabe soll die historische Steigerungsrate der Energieeffizienz, die zwischen 1990 und 2010 bei 1,3 Prozent lag, bis 2030 verdoppelt werden. Nach vorläufigen Schätzungen sollte diese Rate für 2018 und 2019 1,3 bzw. 2,0 Prozent betragen. Damit läge sie für den Zeitraum 2010-2019 bei etwa 2,1 Prozent jährlich und damit unter dem Zielwert von 2,6 Prozent. Die Erreichung der Zielvorgabe erfordert ab jetzt bis 2030 eine jährliche Steigerungsrate von mindestens 3,0 Prozent – kein leichtes Unterfangen.

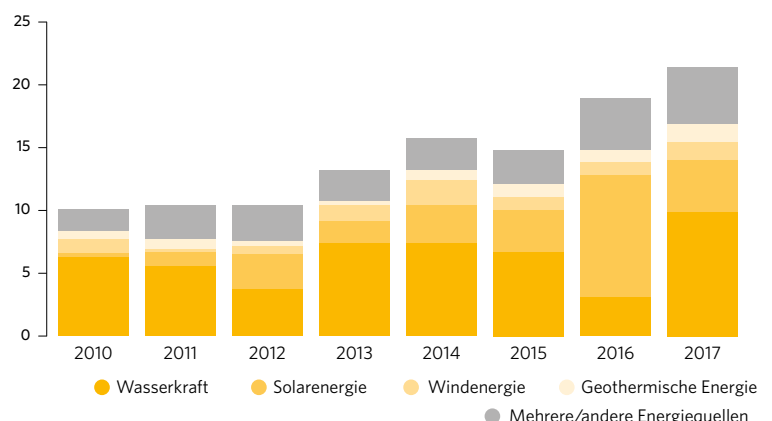
Wachstumsrate der Primärenergieintensität – 1990-2017 und Zielwert 2017-2030 (in Prozent)



Der Anstieg der internationalen Finanzierung für erneuerbare Energien ist ermutigend, doch fließt nur ein Bruchteil in die ärmsten Länder

2017 flossen 21,4 Milliarden Dollar an internationalen öffentlichen Finanzmitteln zugunsten von sauberen und erneuerbaren Energien in die Entwicklungsländer. Das sind 13 Prozent mehr als 2016 und doppelt so viel wie 2010. Von diesen Investitionen flossen 2017 46 Prozent in Wasserkraft, 19 Prozent in Solarenergie, 7 Prozent in Windenergie und 6 Prozent in geothermischer Energie. Die Fortschritte sind ermutigend, doch flossen nur 12 Prozent dieser Mittel in die am wenigsten entwickelten Länder, die am weitesten von der Erreichung der Zielvorgaben entfernt sind. Es gilt, Finanzmittel gezielt in die Länder zu lenken, die sie am nötigsten brauchen.

Internationale Finanzströme zur Unterstützung sauberer und erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern, nach Technologie – 2010-2017 (in Milliarden Dollar zu Preisen und Wechselkursen von 2017)





Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Nach der globalen Konjunkturflaute 2009 konnten die Arbeitsproduktivität und die Arbeitslosenquote weltweit verbessert werden, wenn auch die regionalen Unterschiede groß sind. Zehn Jahre später (2019) ließ die Weltwirtschaft erneut nach und verzeichnete selbst vor der Pandemie, die abrupte und tiefgreifende Veränderungen verursacht hat, das niedrigste Wachstum seit 2008-2009. 2020 treffen die negativen Auswirkungen der Coronavirus-Krise die globalen Arbeitsmärkte und insbesondere die Beschäftigten in der informellen Wirtschaft, Selbständige, Tagelöhner und die Beschäftigten in den störanfälligsten Sektoren. Weltweit steht der höchste Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem Zweiten Weltkrieg zu erwarten. Gleichzeitig gefährdet die Krise ernsthaft die Sicherheit am Arbeitsplatz und die Gesundheit



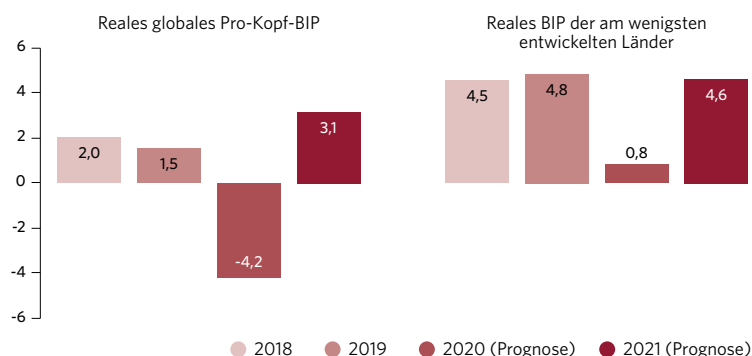
der Beschäftigten und sie kann das Risiko von Kinderarbeit erhöhen. Die Politik muss dringend handeln, um Unternehmen zu unterstützen, die Arbeitsnachfrage zu erhöhen und Arbeitsplätze – insbesondere für die verwundbarsten Menschen – zu erhalten und so produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer zu erreichen.

In den am wenigsten entwickelten Ländern wuchs die Wirtschaft zwar rasch, doch der Zielwert von 7 Prozent wurde schon vor der Pandemie deutlich unterschritten

2018 stieg das reale Pro-Kopf-BIP weltweit um 2,0 Prozent. Dies war auch die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate zwischen 2010 und 2018. Der anhaltende Anstieg in diesem Zeitraum ging vornehmlich auf die großen Fortschritte in Ost- und Südostasien sowie in Zentral- und Südasiens zurück. 2019 fiel die Wachstumsrate auf 1,5 Prozent, und 2020 treibt die Coronavirus-Pandemie die Welt in die schlimmste Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren. Das reale Pro-Kopf-BIP dürfte 2020 um 4,2 Prozent sinken und dann 2021 wieder um 3,1 Prozent steigen.

In den am wenigsten entwickelten Ländern lag die Wachstumsrate des realen BIP 2018 bei 4,5 und 2019 bei 4,8 Prozent. 2020 dürfte sie pandemiebedingt auf 0,8 Prozent sinken und 2021 wieder auf 4,6 Prozent steigen. Damit bleiben die am wenigsten entwickelten Länder hinter der Zielvorgabe eines jährlichen Wachstums des realen BIP von mindestens 7 Prozent zurück.

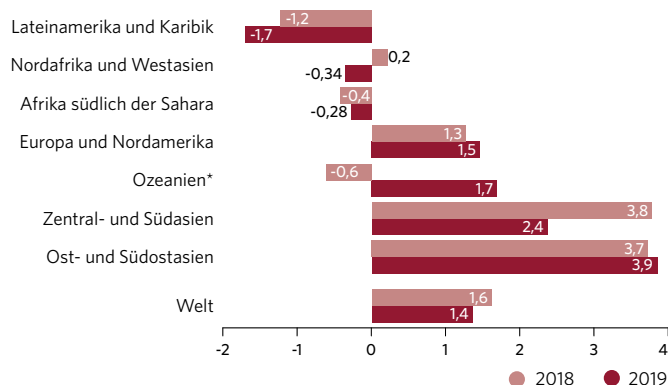
Jährlicher Zuwachs des globalen realen Pro-Kopf-BIP und jährlicher Zuwachs des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern – 2018-2021 (in Prozent)



Die Coronavirus-Krise könnte den stetigen Anstieg der globalen Arbeitsproduktivität bremsen

Weltweit ist die durchschnittliche Leistung pro Beschäftigten – ein Maß der Arbeitsproduktivität – seit 2000 stetig gestiegen. Dieser Anstieg riss nur während der Konjunkturflaute 2009 kurzzeitig ab. 2018 lag die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität bei 1,6 Prozent und 2019 bei 1,4 Prozent. Dabei gab es jedoch erhebliche regionale Unterschiede: Während die Arbeitsproduktivität in Lateinamerika und der Karibik, Nordafrika und Westasien sowie Afrika südlich der Sahara 2019 sank, stieg sie überall sonst, und besonders rasch in Ost- und Südost- sowie Zentral- und Südasiens. Der durch die Coronavirus-Krise verursachte weltweite Rückgang der Arbeitsstunden und der Konjunktur könnte das Wachstum der Arbeitsproduktivität 2020 beeinträchtigen.

Jährliche Wachstumsrate des realen BIP pro Beschäftigten – 2018 und 2019 (in Prozent)

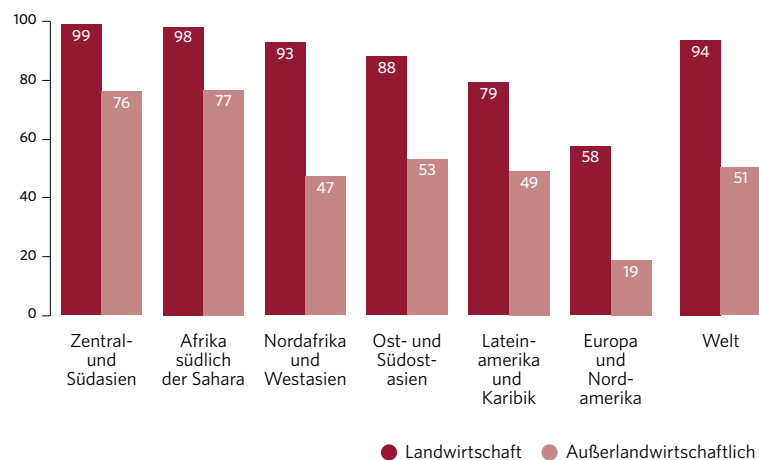


* ohne Australien und Neuseeland

Die Pandemie wird die in der informellen Wirtschaft Beschäftigten besonders hart treffen

2016 lag der Anteil der informellen Beschäftigung weltweit bei alarmierend hohen 61 Prozent. Informelle Beschäftigungsverhältnisse wirken sich oft negativ auf Verdienst, Arbeitszeit, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Arbeitsbedingungen allgemein aus. 2016 lag die informelle Beschäftigung im Agrarsektor mit 94 Prozent weit höher als die außerhalb des Agrarsektors (51 Prozent). Auch in bestimmten Regionen wie Afrika südlich der Sahara (89 Prozent) und Zentral- und Südasiens (86 Prozent) waren informelle Beschäftigungsverhältnisse häufiger. Die durch die Coronavirus-Krise bedingte Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung könnte etwa 1,6 Milliarden Beschäftigte in der Schattenwirtschaft – die Hälfte aller Beschäftigten weltweit – hart treffen. Schätzungen zufolge ist das Einkommen der informell Beschäftigten im ersten Krisenmonat weltweit um 60 und in manchen Regionen um bis zu 81 Prozent gesunken. Signifikante politische Maßnahmen sind dringend nötig, um Unternehmen, insbesondere kleinere, und Beschäftigte in der Schattenwirtschaft zu schützen und so menschenwürdige Arbeit für alle bis 2030 zu verwirklichen.

Anteil informeller Beschäftigung nach Sektor – 2016 (in Prozent)

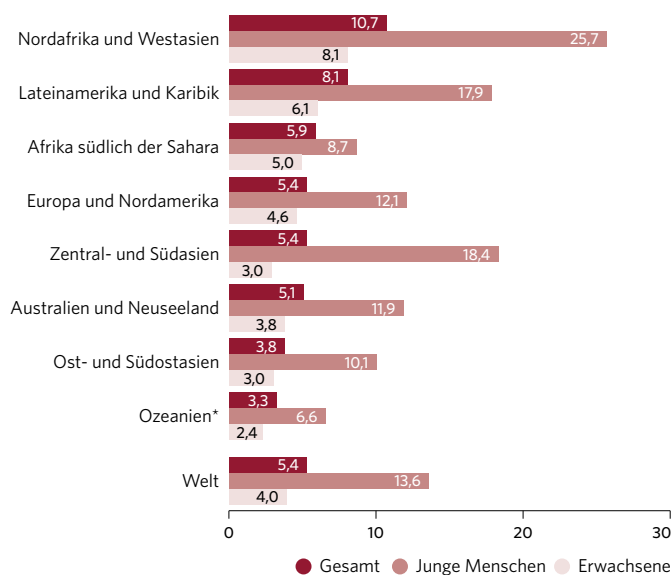


Je nach den politischen Maßnahmen könnte die weltweite Arbeitslosigkeit 2020 einen historischen Höchstwert erreichen

2019 lag die globale Arbeitslosenquote bei 5 Prozent. In Nordafrika und Westasien war sie mit 11 Prozent besonders hoch, und für Frauen betrug sie 9 Prozentpunkte mehr als für Männer. Auch war sie 2019 in allen Regionen für junge Beschäftigte erheblich höher als für Erwachsene, und sie lag in 40 der 59 Länder, für die aktuelle und vergleichbare Daten vorliegen, für Menschen mit Behinderungen höher.

Die Pandemie dürfte sich in verheerender Weise auf die globale Arbeitslosigkeit auswirken. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation könnten die weltweiten Arbeitsstunden im zweiten Quartal 2020 um 10,7 Prozent fallen. Dies entspricht etwa 305 Millionen Vollzeitbeschäftigten, die eine 48-Stunden-Woche arbeiten. Letztlich wird der Anstieg der globalen Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres davon abhängen, wie wirksam politische Maßnahmen Arbeitsplätze erhalten und die Arbeitsnachfrage mit Einsetzen der Erholungsphase erhöhen.

Arbeitslosenquote für Jugendliche und Erwachsene – 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz werden mit der Rückkehr dorthin noch problematischer

In Zeiten von COVID-19 sind Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, ein Kernbestandteil menschenwürdiger Arbeit, wichtiger denn je. Beschäftigte haben ein Anrecht darauf, sich am Arbeitsplatz sicher zu fühlen. Viele von ihnen sind jedoch übermäßigen Risiken ausgesetzt. 9 der 71 Länder, für die ab 2010 Daten vorlagen, meldeten mehr als 10 arbeitsbezogene Todesfälle pro 100.000 Beschäftigten. Diese Daten zeigen auch, dass Migrantinnen und Migranten bei der Arbeit mehr Risiken ausgesetzt sind als einheimische Beschäftigte. In drei Vierteln der Länder mit aktuellen und vergleichbaren Daten erleiden sie auch häufiger Arbeitsunfälle mit Todes- oder Verletzungsfolge.

Ausreichende Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen und die Förderung eines günstigen Arbeitsumfelds sind für die Sicherheit der Beschäftigten grundlegend. Dies gilt insbesondere für Gesundheitsfachkräfte und diejenigen, die während der Pandemie grundlegende Dienste erbringen. Zudem muss die Politik gewährleisten, dass bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz alle nötigen Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Beschäftigten und Kundschaft getroffen werden.

Der Tourismus steht vor beispiellosen Herausforderungen, und für viele kleine Inselentwicklungsländer ist die neue wirtschaftliche Realität hart

Im Zeitraum 2008-2018 stieg der Anteil des Tourismus am gesamten BIP in 43 der 70 Länder, die Daten vorlegten. Dies zeigt die wachsende Bedeutung des Tourismus in der Weltwirtschaft und sein Potenzial, zu einem anhaltenden, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstum beizutragen. Mit den Grenzsicherungen, Reiseverboten und Ausgangssperren ist der Tourismus eine der von COVID-19 am stärksten betroffenen Branchen. Je nachdem, wann Reisebeschränkungen aufgehoben und Grenzen geöffnet werden, könnte die internationale Reisetätigkeit 2020 gegenüber dem Vorjahr um 60 bis 80 Prozent sinken. Etwa 55 Prozent der Tourismusaufgaben im Einreiseverkehr und 68 Prozent im Ausreiseverkehr entfallen auf die Länder mit den meisten COVID-19-Fällen. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Krise auf diese Länder werden auf andere Länder übergreifen, insbesondere auf die kleinen Inselentwicklungsländer und -hoheitsgebiete, die stark auf den internationalen Tourismus aus den betroffenen Ländern angewiesen sind.

Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung ist es entscheidend, inklusive und nachhaltige Industrien zu fördern und weiter in materielle Infrastruktur, Innovation und Forschung zu investieren. Die weltweiten Investitionen in Forschung und Entwicklung steigen, und mehr Mittel fließen in die wirtschaftliche Infrastruktur der Entwicklungsländer. Auch hat die Intensität der globalen CO₂-Emissionen abgenommen, und bei der Anbindung an Mobilfunknetze wurden beeindruckende Fortschritte erzielt. Die Verarbeitungsindustrie wächst jedoch langsamer, und in den am wenigsten entwickelten Ländern geht die Industrialisierung nach wie vor zu schleppend voran. Die Pandemie hat die Verarbeitungsindustrie und das Transportwesen hart getroffen und zu Unterbrechungen der globalen Wertschöpfungs-



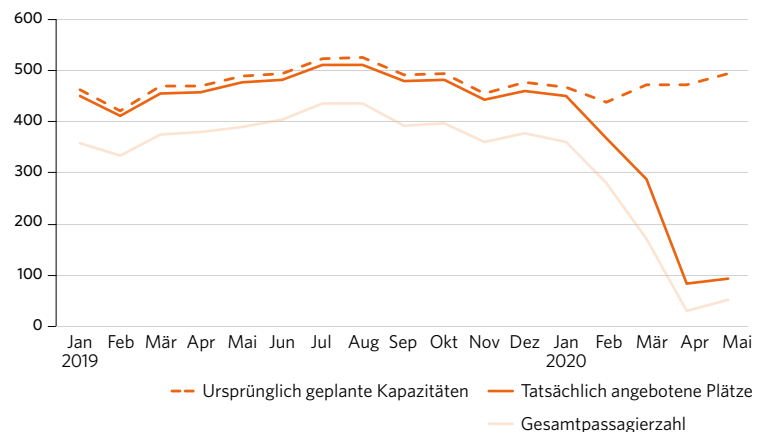
ketten und der Warenversorgung sowie zu Arbeitsplatzverlusten und Arbeitszeitverkürzungen in diesen Sektoren geführt. In den Entwicklungsländern sind Arbeitsplätze in der Verarbeitungsindustrie eine wesentliche Einkommensquelle und für die Armutsbekämpfung entscheidend. Die Auswirkungen von COVID-19 haben diese Sektoren derart ins Wanken gebracht, dass sie die Fortschritte in Bezug auf Ziel 9 und andere Ziele aufzuhalten oder sogar umzukehren drohen.

Die Luftfahrtindustrie, ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, hat den wohl drastischsten Abschwung ihrer Geschichte erfahren

Der Luftverkehr ist ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. 2016 lag die direkte und indirekte globale Wirtschaftsleistung des Luftverkehrs bei etwa 2,7 Billionen Dollar oder 3,6 Prozent des globalen BIP. COVID-19 hat die Luftfahrtindustrie hart getroffen. Durch strenge Reisebeschränkungen der Regierungen und Bedenken bei den Reisenden blieben im April 2020 etwa 90 Prozent der Flugzeuge am Boden, und die Nachfrage nach Flugreisen sank fast auf Null. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 sind die Passagierzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 51,1 Prozent gefallen. Nach Schätzungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation vom 5. Juni 2020 könnten die Passagierzahlen 2020 durch die Pandemie insgesamt um 2,29 bis 3,06 Milliarden zurückgehen, wodurch Fluggesellschaften im Vergleich zum Normalbetrieb zwischen 302 und 400 Milliarden Dollar an Bruttobetriebseinnahmen einbüßen würden. Nur durch koordinierte globale Anstrengungen kann eine sichere und nachhaltige Erholung

der Luftfahrtindustrie erreicht werden, die wiederum die Erholung anderer Sektoren wie Tourismus und Handel beschleunigen wird.

Kapazitäten und Passagierzahlen im Luftverkehr – Januar 2019 bis Mai 2020 (in Millionen)



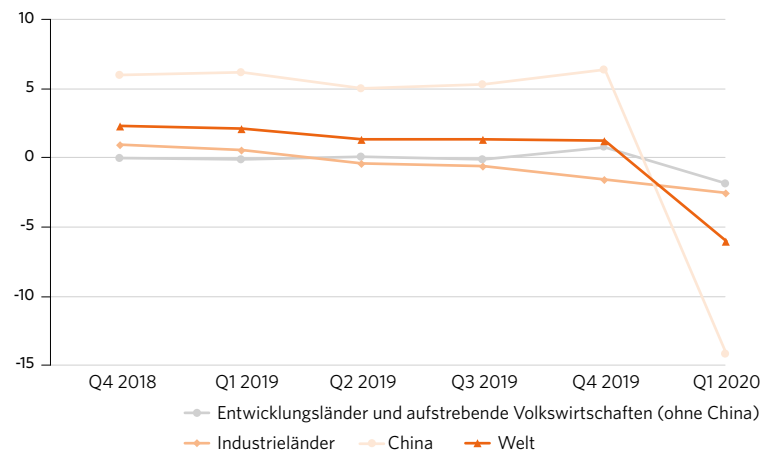
Das ohnehin langsame Wachstum der Verarbeitungsindustrie ist infolge der Pandemie eingebrochen

Das globale Wachstum der Verarbeitungsindustrie verlangsamte sich 2018 und ging 2019 aufgrund von Zöllen und Handelsspannungen zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften der Welt in allen Regionen und Ländergruppen weiter zurück. In den am wenigsten entwickelten Ländern stieg der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP zwischen 2010 und 2019 von 10,0 auf 12,4 Prozent. Mit dieser Wachstumsrate ist jedoch die Zielvorgabe, den Anteil der Industrie am BIP bis 2030 zu verdoppeln, nicht zu erreichen. Zudem lag die Pro-Kopf-Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe 2019 in den am wenigsten entwickelten Ländern bei nur 132 Dollar und damit weit hinter Europa und Nordamerika mit 4.856 Dollar.

Das Herunterfahren der Wirtschaft ließ die weltweite Produktionsleistung im ersten Quartal 2020 um 6 Prozent fallen. In China, dem weltgrößten Industrieproduzenten, führte COVID-19 im ersten Quartal des Jahres zu einem Rückgang der Produktionsleistung um beispiellose 14,1 Prozent. Der weltweite Einbruch in der Verarbeitungs-

industrie, die als Motor des Wirtschaftswachstums insgesamt gilt, hat einschneidende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Vierteljährliche Wachstumsrate der Produktionsleistung im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahrs – viertes Quartal 2018 bis erstes Quartal 2020 (in Prozent)



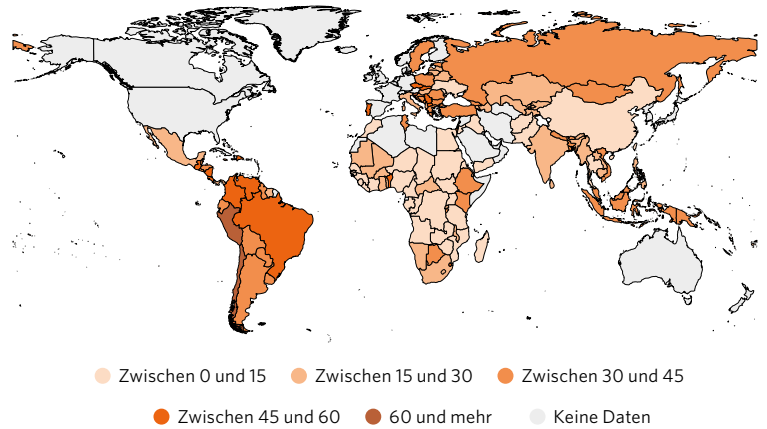
Zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft benötigen kleine Gewerbe- und Industriebetriebe dringend besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen

In Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften sind kleine Industrieunternehmen wichtige Arbeitgeber. Sie sind für Einkommensschaffung und Armutsminderung von zentraler Bedeutung und werden bei der Erholung der Weltwirtschaft nach COVID-19 eine entscheidende Rolle spielen. Aufgrund ihrer geringen Größe und ihrer begrenzten Ressourcen sind sie jedoch besonders gefährdet, und ihre Kapazitäten reichen nicht aus, um unerwartete Schocks wie die aktuelle Krise ohne staatliche Hilfe zu bewältigen.

Für Kleinunternehmen ist der Zugang zu Krediten besonders wichtig, damit sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und sich in lokale und globale Wertschöpfungsketten integrieren können. In den Entwicklungsländern haben 34,7 Prozent der Kleinunternehmen (verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungssektor) Zugang zu Krediten oder Kreditlinien. In Afrika südlich der Sahara waren es nach neuesten Daten nur 22,9 Prozent, in Lateinamerika und der Karibik hingegen fast die Hälfte. Damit kleine und mittlere Unternehmen während und nach der Krise überleben und florieren können, müssen sie unbedingt durch

Konjunkturpakete und Zugang zu Finanzdienstleistungen unterstützt werden.

Anteil der Kleinunternehmen im verarbeitenden Gewerbe mit einem Kredit oder einer Kreditlinie – Erhebungsdaten zwischen 2006 und 2018 (in Prozent)



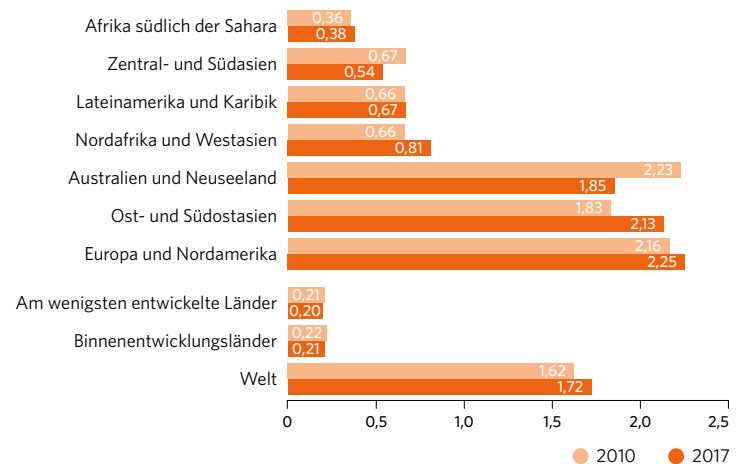
Trotz der Fortschritte der vergangenen Jahre muss, auch zur Überwindung von COVID-19, rascher in Forschung und Entwicklung investiert werden

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind weltweit weiter rasant gestiegen und erreichten 2017 2,2 Billionen Dollar (Kaufkraftparität), gegenüber 1,4 Billionen Dollar 2010 und 741 Milliarden Dollar 2000. Während Europa und Nordamerika bei Forschung und Entwicklung führend sind und 2017 47,6 Prozent der weltweiten Investitionen tätigten, holen Ost- und Südostasien rasch auf und erhöhten ihren Anteil an diesen Investitionen von 22,6 Prozent im Jahr 2000 auf 40,4 Prozent im Jahr 2017. Relativ gesehen stieg der in Forschung und Entwicklung investierte Anteil des globalen BIP zwischen 2010 und 2017 von 1,62 auf 1,72 Prozent. Dieser Anteil ist jedoch regional extrem unterschiedlich und liegt zwischen 2,25 Prozent in Europa und Nordamerika und 0,38 Prozent in Afrika südlich der Sahara. Für die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer lag er bei etwa 0,20 Prozent.

COVID-19 hat deutlich gezeigt, wie wichtig höhere und eventuell auch beschleunigte Investitionen in Forschung und Entwicklung sind. Es bedarf höherer Investitionen in die pharmazeutische Industrie und in neue Technologien wie künstliche Intelligenz, die bei der Entwicklung

von Medikamenten und Impfstoffen und bei der Verwaltung der damit verbundenen Dienste und Ressourcen helfen können.

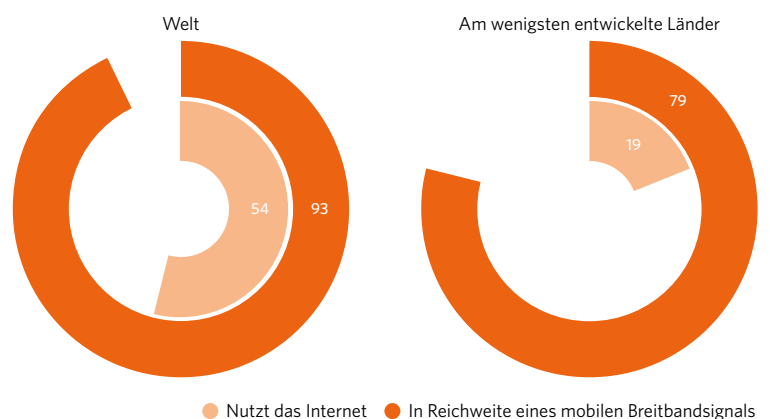
Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am BIP – 2010 und 2017 (in Prozent)



Mobilfunkverbindungen sind fast überall verfügbar, aber etwa die Hälfte der Weltbevölkerung ist offline, vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern

COVID-19 zwingt viele Menschen, von zu Hause aus zu arbeiten, zu lernen, gesundheitlichen Rat zu suchen und Kontakte zu pflegen, so dass Digitaltechnologien und Internet-Anbindung mehr denn je Teil unseres Alltags sind. Mobilfunkverbindungen ermöglichen flexiblen Internetzugang, insbesondere dort, wo Breitband-Internet über Festnetz nicht verfügbar oder unerschwinglich ist. Die Dichte der Mobilfunknetze ist rasch gestiegen. 2019 lebte fast die gesamte Weltbevölkerung (97 Prozent) in Reichweite eines Mobilfunksignals und 93 Prozent in Reichweite eines mobilen Breitbandsignals. In den am wenigsten entwickelten Ländern ist diese Abdeckung zwischen 2015 und 2019 von 51 auf 79 Prozent hochgeschneit. Allerdings nutzen nur ca. 53 Prozent der Weltbevölkerung tatsächlich das Internet. Die meisten Menschen, die offline sind, leben in den am wenigsten entwickelten Ländern. Dort nutzen nur 19 Prozent das Internet, während es in den entwickelten Ländern 87 Prozent sind. Diese Diskrepanz geht auf die Kosten der Internetnutzung und mangelnde Kompetenzen zurück.

Anteil der Bevölkerung, der in Reichweite eines mobilen Breitbandsignals lebt und das Internet nutzt – Schätzungen für 2019 (in Prozent)





Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Trotz positiver Zeichen wie geringerer Einkommensungleichheit in einigen Ländern und präferenzierter Handelsregelungen für Länder mit niedrigerem Einkommen besteht die Ungleichheit in ihren verschiedenen Formen fort. Die COVID-19-Krise verschärft die Ungleichheit, da sie die verwundbarsten Menschen, die zudem oft verstärkter Diskriminierung ausgesetzt sind, am härtesten trifft. Die mittelbaren Schadenswirkungen der Pandemie dürften für die ärmsten Länder



besonders groß sein und noch zunehmen, wenn aufgrund einer weltweiten Rezession weniger Entwicklungsressourcen fließen.

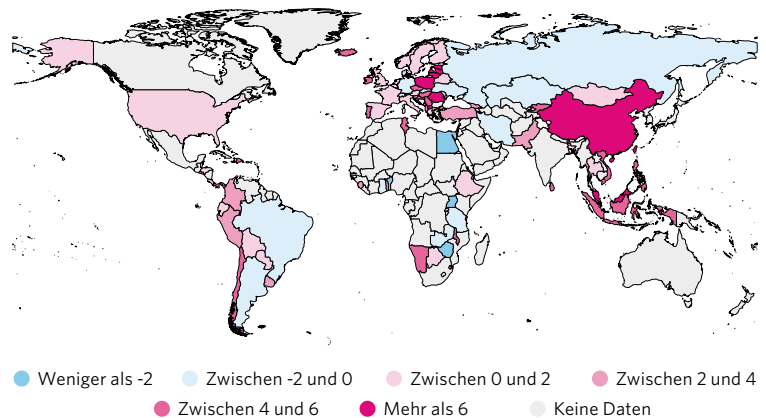
In den einzelnen Ländern steigt das Realeinkommen der Ärmsten, hält jedoch mit dem wachsenden Wohlstand der Reichen nicht Schritt

Niemanden zurückzulassen bedeutet, dass Menschen mit niedrigerem Einkommen am allgemeinen Wirtschaftswachstum eines Landes teilhaben und davon profitieren können. Inwieweit geteilter Wohlstand in einem Land Realität wird, lässt sich am Wachstum des Haushaltseinkommens (oder des Konsums) der ärmsten 40 Prozent seiner Bevölkerung messen. Das Realeinkommen dieser Gruppe wuchs in 73 der 90 Länder, für die für 2012-2017 vergleichbare Daten vorlagen, und stieg zudem in mehr als der Hälfte dieser Länder (49) stärker als der nationale Gesamtdurchschnitt, was auf einen Rückgang der Ungleichheit hindeutet. Dennoch entfielen in allen Ländern, für die Daten vorlagen, weniger als 25 Prozent des Gesamteinkommens auf die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung, auf die reichsten 10 Prozent hingegen mindestens 20 Prozent des Gesamteinkommens.

Ost- und Südostasien, wo das Einkommen der ärmsten 40 Prozent jährlich um durchschnittlich 4,9 Prozent wuchs, kam dem geteilten Wohlstand am raschesten näher. In den Ländern Afrikas südlich der Sahara war der Zuwachs geringer, doch erschwerte die begrenzte Datenlage (für nur 15 Länder) den Vergleich. Eine bessere Datenerhebung ist gerade jetzt besonders wichtig, damit die Länder fest-

stellen können, ob die Ärmsten von den wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 unverhältnismäßig stark betroffen sind, und gegebenenfalls gegensteuern können.

Annualisiertes Pro-Kopf-Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung – 2012-2017 (in Prozent)



Frauen mit Behinderungen sind mehrfachen und einander überschneidenden Formen der Diskriminierung ausgesetzt

Nach Daten für 2014-2019 aus 31 Ländern gaben fast ein Fünftel der Befragten an, aus mindestens einem der in den internationalen Menschenrechtsnormen angeführten Gründe persönlich diskriminiert worden zu sein. Frauen werden zudem häufiger diskriminiert als Männer. 30 Prozent der Menschen mit Behinderungen gaben an, persönlich diskriminiert worden zu sein. Bei den Frauen mit Behinderungen lag dieser Anteil noch höher, wobei sie als wichtigsten Diskriminierungsgrund nicht die Behinderung selbst nannten, sondern Religion, ethnische Zugehörigkeit und Geschlecht. Dies zeigt, wie dringend ein Vorgehen gegen mehrfache und einander überschneidende Formen von Diskriminierung ist. Die COVID-19-Pandemie kann dazu führen, dass sich bestehende Diskriminierungs- und Stigmatisierungsmuster noch stärker verfestigen. Aus vielen Ländern wird bereits gemeldet, dass verschiedene Gruppen diskriminiert werden.

Die Erwerbstätigen erhalten einen geringeren Anteil an der von ihnen miterzielten Wirtschaftsleistung

2017 lag das weltweite Arbeitseinkommen bei etwa 51 Prozent des globalen BIP. Der Anteil des Arbeitseinkommens am BIP, der sowohl Einkommen aus abhängiger Beschäftigung als auch aus selbständiger Tätigkeit berücksichtigt, gibt an, ob ein höheres Volkseinkommen zu einem höheren materiellen Lebensstandard für die Erwerbstätigen führt. Dieser Anteil lag 2004 weltweit bei 54 Prozent und ist seither rückläufig, was darauf hindeutet, dass die Erwerbstätigen einen geringeren Anteil an der von ihnen miterzielten Wirtschaftsleistung erhalten.

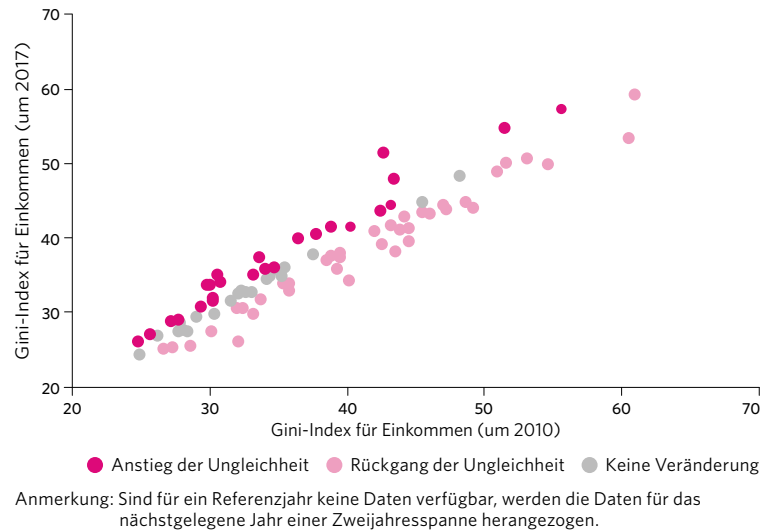
Auch ist er von Region zu Region sehr unterschiedlich. 2017 entfiel etwas mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung Nordafrikas und Westasiens (36 Prozent) auf das Arbeitseinkommen. Am anderen Ende des Spektrums waren Europa und Nordamerika, wo dieser Anteil bei fast 58 Prozent lag.

Die Einkommensungleichheit sinkt in einigen Ländern, ist jedoch insgesamt weiter hoch

Zur Messung der Einkommensungleichheit wird oft der Gini-Index herangezogen. Er bewegt sich zwischen 0 und 100, wobei 0 bedeutet, dass das Einkommen zwischen allen Menschen gleich verteilt ist, während 100 den Extremfall abbildet, dass eine Person das gesamte Einkommen bezieht. Von den 84 Ländern mit Daten verzeichneten 38 zwischen 2010 und 2017 einen Rückgang von mindestens einem Prozentpunkt beim Gini-Index für das verfügbare Einkommen (oder die Konsumausgaben), das heißt, dass sich die Ungleichheit in diesen Ländern verringert hat. In 25 der Länder, für die Daten vorlagen, stieg die Einkommensungleichheit im selben Zeitraum jedoch an.

Obwohl die Einkommensungleichheit in den allermeisten Ländern, in denen der Gini-Index 2010 über 40 gelegen hatte, zurückgeht, ist sie in vielen Ländern nach wie vor hoch. In 65 der 166 Länder, für die Daten vorhanden waren, lag der Gini-Index nach neuesten Zahlen noch immer über 40 und in 17 Ländern sogar über 50. Mit einem Gini-Index von unter 25 verzeichneten Slowenien und Tschechien die niedrigste Einkommensdisparität.

Gini-Index für das verfügbare Einkommen (oder die Konsumausgaben) nach Land – um 2010 und 2017



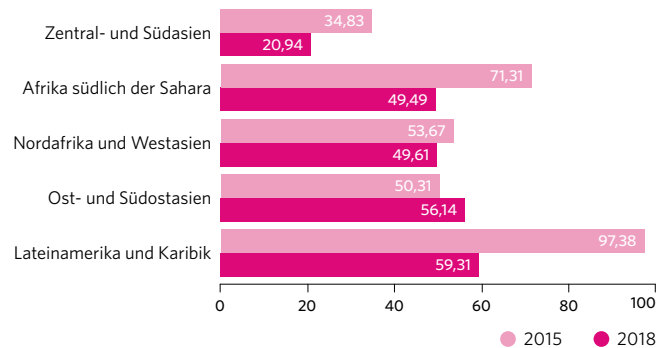
Die weltweite Rezession könnte Hilfszahlungen an Entwicklungsländer drosseln

Nach 420 Milliarden Dollar 2017 und 314 Milliarden Dollar 2015 flossen 2018 von den Geberländern des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, multilateralen Organisationen und anderen wichtigen Gebern für Entwicklungszwecke insgesamt 271 Milliarden Dollar (laufende Preise) in Entwicklungsländer. 61 Prozent davon (166 Milliarden Dollar) entfielen auf die öffentliche Entwicklungshilfe. Lateinamerika und die Karibik erhielten mit 59 Milliarden Dollar den größten Anteil an den gesamten Mittelzuflüssen, doch ist der Betrag gegenüber 97 Milliarden Dollar im Jahr 2015 stark gesunken. Die Mittelzuflüsse an Ost- und Südostasien verzeichneten einen leichten Nominalanstieg von 50 Milliarden Dollar (2015) auf 56 Milliarden Dollar (2018).

Nach Prognosen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung könnte das globale BIP im Fall einer zweiten Welle von COVID-19-Infektionen 2020 um bis zu 7,6 Prozent sinken, wodurch die von den Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungs-

hilfe angesetzte öffentliche Entwicklungshilfe unter Druck geraten könnte. Nach der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 flossen weniger Ressourcen in die Entwicklung, was sich mit der weltweiten Rezession wiederholen könnte.

Gesamte Mittelzuflüsse zugunsten der Entwicklung an Entwicklungsländer, nach Empfängerregion – 2015 und 2018 (in Milliarden Dollar zum Gegenwartswert)

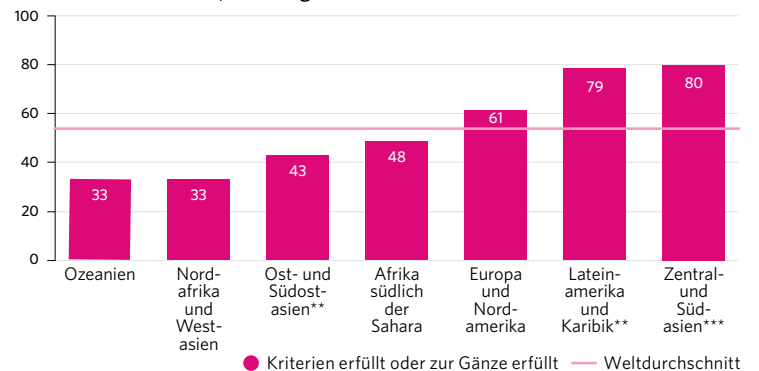


Die meisten Regionen sind noch weit von einer angemessenen Migrationspolitik entfernt

Weltweit verfügen 54 Prozent der Länder über ein umfassendes Bündel politischer Maßnahmen zur Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität von Menschen (Grundlage: 111 Länder, für die im September 2019 Daten vorlagen). Dies bedeutet, dass sie eigenen Angaben zufolge für mindestens 80 Prozent der Unterkategorien jedes der sechs Politikbereiche dieses Indikators politische Maßnahmen ergriffen haben. Der Anteil der Länder mit einem umfassenden Bündel politischer Maßnahmen liegt in Zentral- und Südasien mit 80 Prozent und in Lateinamerika und der Karibik mit 79 Prozent am höchsten und beträgt in Ozeanien und Nordafrika und Westasien nur 33 Prozent.

In den sechs Bereichen sind Maßnahmen zur Förderung von Zusammenarbeit und Partnerschaften und zur Erleichterung einer sicheren, geordneten und regulären Migration am weitesten verbreitet; mehr als drei Viertel der Regierungen gaben an, dass sie die Kriterien erfüllten oder zur Gänze erfüllten. Der Anteil der Regierungen, die ein breites Spektrum politischer Maßnahmen melden, liegt im Bereich der Rechte und des sozioökonomischen Wohlergehens von Migrantinnen und Migranten mit 55 beziehungsweise 59 Prozent am niedrigsten.

Anteil der Regierungen, die nach eigenen Angaben die Kriterien für das Vorhandensein eines umfassenden Bündels politischer Maßnahmen zur Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität von Menschen erfüllen, nach Region – 2019 (in Prozent)



Anmerkung: Ausgehend von 111 Ländern, für die zum 1. September 2019 Daten vorlagen.

** Daten liegen für weniger als 50 Prozent der Länder vor.

*** Daten liegen für weniger als 50 Prozent der Länder und weniger als 50 Prozent der Bevölkerung vor.



Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Über 90 Prozent der COVID-19-Fälle treten in städtischen Gebieten auf. Am härtesten trifft die Pandemie die Schwächsten, darunter die 1 Milliarde Menschen, die in den dicht besiedelten informellen Siedlungen und Slums der Welt leben. Schon vor dem Auftreten des neuen Coronavirus brachte die rasche Urbanisierung für die 4 Milliarden Menschen in den Städten der Welt zunehmende Luftverunreinigung, unzulängliche Infrastrukturen und Dienstleistungen und eine ungeplante Ausdehnung der Städte mit sich. Sichere öffentliche Verkehrsmittel, eine zuverlässige Grundversorgung und öffentliche Freiflächen sind jetzt besonders wichtig, um die Gesundheit und die Lebensgrundlagen der Menschen in den Städten zu sichern. Erfolgsbeispiele



für die Eindämmung von COVID-19 zeigen die bemerkenswerte Widerstands- und Anpassungsfähigkeit städtischer Gemeinschaften bei der Einstellung auf neue Normen. Die Städte werden die Pandemie überstehen, doch ob sie auf die nächste Krise vorbereitet sind, wird davon abhängen, ob sie genug Fortschritte hin zu einer datengestützten, inklusiven und nachhaltigen Stadtentwicklung erzielen können.

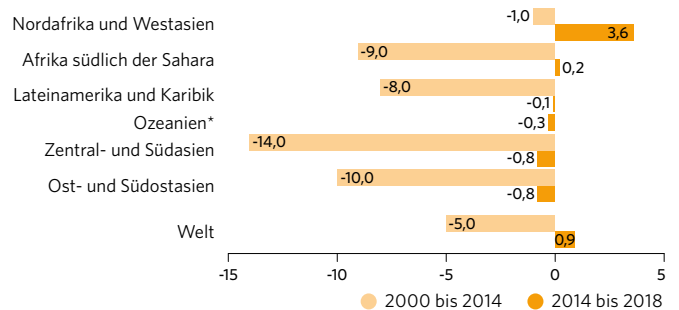
Nach globalen Fortschritten steigt der Anteil der Slumbewohner nun, und COVID-19 erhöht ihre Verwundbarkeit

Die Auswirkungen von COVID-19 erhöhen die Verwundbarkeit der in städtischen Slums und informellen Siedlungen lebenden Menschen. Viele dieser Menschen leiden ohnehin schon unter unzulänglichen Wohnverhältnissen mit begrenztem oder ohne Zugang zu Grundinfrastruktur und -diensten, darunter Wasser- und Sanitärversorgung und Abfallentsorgung. Die Auswirkungen überfüllter öffentlicher Verkehrsmittel und eingeschränkter Gesundheitseinrichtungen auf diese Gemeinschaften waren katastrophal und ließen sie zu Epizentren innerhalb von Epizentren werden. Viele Menschen, die in den Städten der Entwicklungsländer leben, arbeiten im informellen Sektor, und Ausgangsbeschränkungen sind für sie existenzgefährdend.

Dank konzertierter Anstrengungen von nationalen Regierungen, Stadtverwaltungen und anderen Akteuren sank der Anteil der in Slums lebenden Stadtbevölkerung deutlich – von 28 Prozent im Jahr 2000 auf 23 Prozent im Jahr 2014. Leider hat sich dieser Trend ins Gegenteil verkehrt, da die Schaffung von Wohnraum, Infrastruktur und Dienst-

leistungen nicht mit der raschen Urbanisierung Schritt hält. Der Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung stieg 2018 auf 24 Prozent (mehr als 1 Milliarde Menschen). Grund dafür sind gestiegene Zahlen in Nordafrika, Westasien und Afrika südlich der Sahara.

Veränderungen des Anteils der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern – 2000 bis 2014 und 2014 bis 2018 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

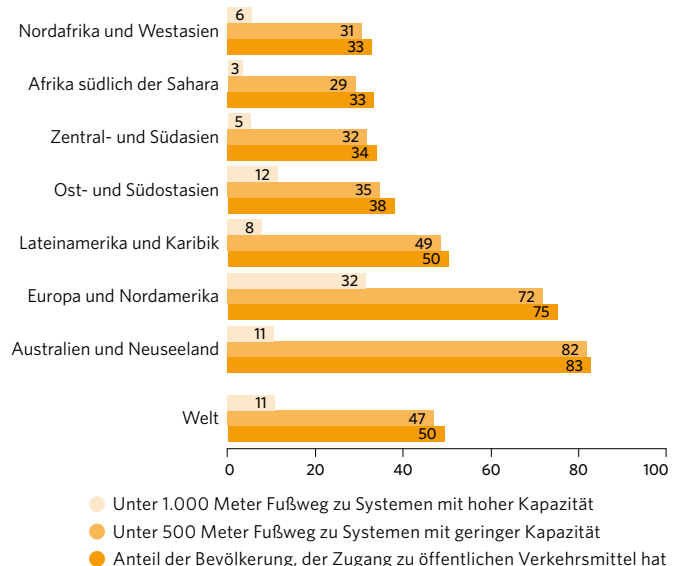
Die Städte der Welt brauchen mehr öffentliche Verkehrsmittel

Zuverlässige, barrierefreie und erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel verringern Umweltverschmutzung und Verkehrsaufkommen und fördern Produktivität und Inklusion. Nach Daten von 2019 für 610 Städte in 95 Ländern hat nur die Hälfte der globalen Stadtbevölkerung bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Zugänglichkeit bemisst sich am Anteil der Bevölkerung, der höchstens 500 m zu Fuß von Verkehrssystemen mit niedriger Beförderungskapazität (Busse und Straßenbahnen) und höchstens 1.000 m von Systemen mit hoher Kapazität (Züge, U-Bahnen und Fähren) entfernt ist. In vielen Städten sind zudem informelle Transportsysteme weit verbreitet, die oft nicht regelmäßig verkehren und nicht sicher genug sind. Durch kurzfristige Schwerpunktinvestitionen in einen straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr lässt sich der Zugang zu öffentlichen Verkehrssystemen mit niedriger Beförderungskapazität verbessern.

Solange die Pandemie andauert, müssen Städte teils zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen einführen, um das erhöhte Risiko einer Übertragung des Coronavirus in vollen öffentlichen Verkehrsmitteln einzudämmen. Globale Daten machen deutlich, dass der Zugang zu öffentlichen Verkehrssystemen mit guter Anbindung an Fuß- und

Radwege durch langfristige Mobilitätspläne und gezielte Investitionen verbessert werden muss.

Anteil der städtischen Bevölkerung mit bequemem Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln – 2019 (in Prozent)

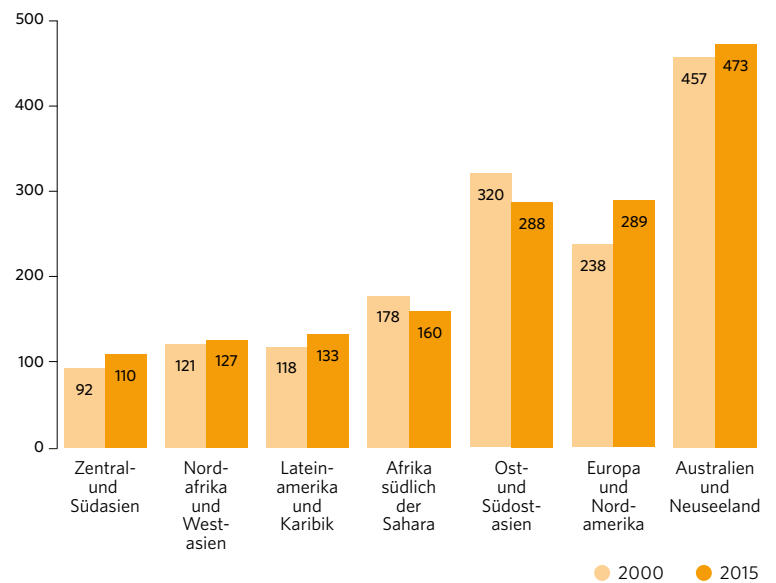


Abgesehen von ihren verheerenden Folgen hat die Pandemie ein Umdenken in Bezug auf unsere Städte angestoßen

Wie wir unsere städtischen Gebiete planen und entwickeln und mit Infrastruktur und Dienstleistungen ausstatten, Risiken mindern und auf die Bedürfnisse der wachsenden Bevölkerung eingehen, bestimmt langfristig das Wohlergehen der Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus Daten von 2019, die im Rahmen einer repräsentativen globalen Stichprobe in 755 Städten in 95 Ländern erhoben wurden, geht hervor, dass die meisten städtischen Gebiete zwischen 1990 und 2015 eine allgemeine Zunahme der bebauten Fläche pro Person verzeichneten. Die Städte expandierten also rascher als ihre Bevölkerung wuchs. In einigen Städten ist diese rasche Expansion das Ergebnis einer ungeplanten Ausdehnung und macht die Bereitstellung von Dienstleistungen teurer und ineffizient. Die bebauten Fläche pro Kopf ist in allen Regionen außer Afrika südlich der Sahara und Ost- und Südostasien im Durchschnitt stetig gestiegen.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Stadtplanung unerlässlich ist, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern und die Anfälligkeit der Menschen gegenüber anderen Gefahren wie Naturkatastrophen herabzusetzen. Im Mai 2020 verfügten 154 der 194 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen über eine Form der nationalen Städteplanung. Viele nationale Regierungen und Stadtverwaltungen überarbeiten diese Pläne nun, um der nächsten Pandemie vorzubeugen.

Bebaute Fläche pro Kopf – 2000 und 2015 (Quadratmeter pro Person)

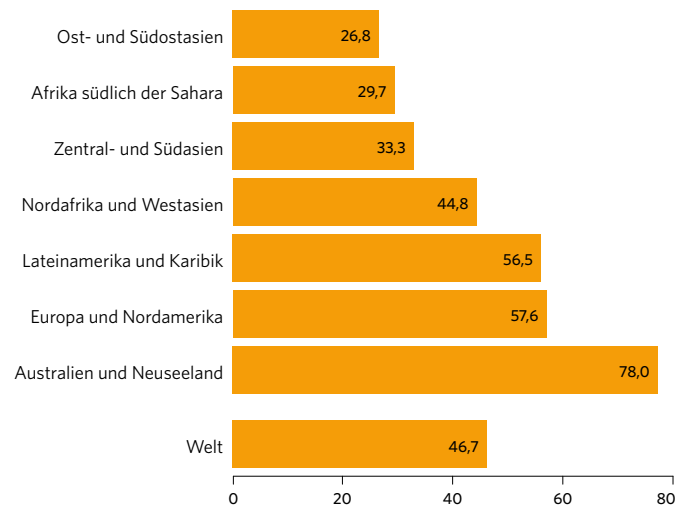


Öffentliche Freiflächen in den Städten der Welt fördern Gesundheit und Produktivität, doch ist der Zugang oft beschränkt

Mit den Ausgangsbeschränkungen in Städten sind öffentliche Freiflächen noch stärker gefragt. Wie beim öffentlichen Personennahverkehr trägt auch der gleichberechtigte Zugang zu Freiflächen und öffentlichen Räumen zu mehr Produktivität und besserer Gesundheit bei. Vor allem Freiflächen, auf denen Handel stattfinden kann, sind für die informelle Wirtschaft, die die Existenzgrundlage vieler Menschen bildet, unverzichtbar.

Nach Daten von 2019 für 610 Städte in 95 Ländern betrug der Anteil des für Straßen und Freiflächen genutzten Raums im Weltdurchschnitt nur etwa 16 Prozent. Davon entfiel auf Straßen etwa die dreifache Fläche wie auf öffentliche Freiflächen wie Parks und Flussuferanlagen. Im Durchschnitt hatten 46,7 Prozent der Bevölkerung Zugang zu öffentlichen Freiflächen (mit einem Fußweg von höchstens 400 Metern entlang eines Straßennetzes). Zwischen den Regionen bestehen große Unterschiede: Während in Ost- und Südostasien nur 26,8 Prozent der Menschen diesen Zugang hatten, waren es in Australien und Neuseeland 78 Prozent. Innerhalb der Länder war der Zugang in kleineren Städten durchweg eher gegeben als in Großstädten.

Anteil der Bevölkerung mit höchstens 400 Metern Fußweg zu öffentlichen Freiflächen – 2019 (in Prozent)



Blauer Himmel über einigen der am stärksten verschmutzten Städte der Welt lässt erahnen, was machbar ist

2016 entsprach die Atemluft von 90 Prozent der Stadtbevölkerung weltweit nicht dem Richtwert der Weltgesundheitsorganisation für die Feinstaubkonzentration (PM_{2,5}). Im selben Jahr litt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung unter einer Luftverunreinigung, die um mindestens das 2,5-Fache über dem Richtwert lag. Zudem stieg zwischen 2010 und 2016 für die Hälfte der Weltbevölkerung die Feinstaubbelastung und sank die Luftqualität.

Die Verunreinigung der Außenluft dürfte 2016 weltweit 4,2 Millionen vorzeitiger Todesfälle verursacht haben. In einigen Städten haben die durch COVID-19 bedingten Einschränkungen zu einem deutlichen Rückgang bestimmter Luftschadstoffe geführt, da Fabri-

ken geschlossen wurden und weniger Autos fahren. Diese Verbesserung ist jedoch wohl nur eine vorübergehende Atempause in einer auf lange Sicht gesundheitsschädlichen Situation. Sobald die Einschränkungen gelockert werden, wird die Luftverunreinigung wieder auf den Stand von vor der Pandemie steigen, wie es in einigen Ländern bereits zu sehen ist. Es ist gut möglich, dass die Werte sogar schlechter werden, wenn während der Pandemie oder in der Phase danach Umweltsetze und -normen gelockert oder aufgehoben werden, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Den Vereinten Nationen und den Regierungen kommt gemeinsam eine wichtige Rolle dabei zu, dies zu verhindern.

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen



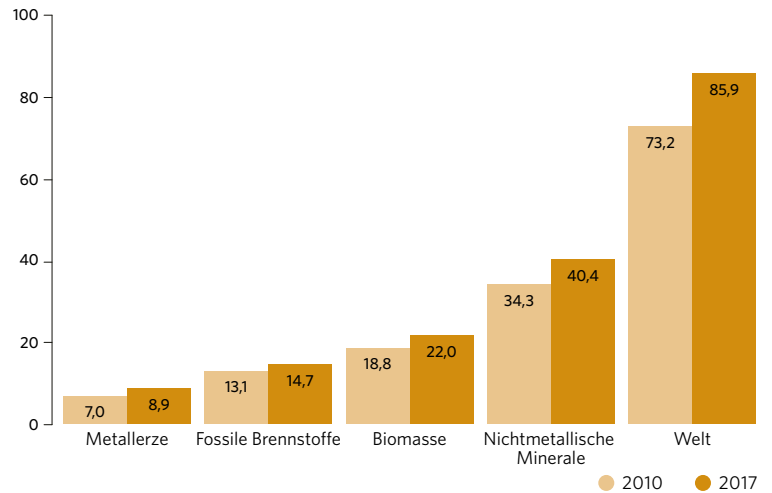
Konsum und Produktion sind der Motor der Weltwirtschaft, zerstören aber durch die nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen die Gesundheit der Erde. Der globale Material-Fußabdruck wächst rascher als Bevölkerung und Wirtschaftsleistung. Höherer Ressourceneffizienz in manchen Ländern steht höhere Materialintensität in anderen Ländern gegenüber. Subventionen für fossile Brennstoffe sind nach wie vor ein Problem. Viel zu viele Nahrungsmittel gehen entlang der Versorgungskette verloren. Das Müllaufkommen wächst – auch durch die pandemiebedingten zusätzlichen medizinischen Abfälle. COVID-19 bietet Gelegenheit, die wirtschaftliche Erholung so zu pla-

nen, dass aktuelle Trends umgekehrt und unsere Konsum- und Produktionsmuster nachhaltiger werden. Gelingt dieser Übergang, so bedeutet das eine höhere Ressourceneffizienz, ein Lebenszyklusmodell für die Wirtschaftstätigkeit und ein aktives Zusammenwirken im Rahmen multilateraler Umweltübereinkünfte.

Die nicht nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen setzt sich weltweit fort

In den letzten beiden Dekaden ist global die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen immer rascher gestiegen. Diese Abhängigkeit lässt sich am Material-Fußabdruck messen, also der Menge an Primärstoffen, die benötigt wird, um den Grundbedarf an Nahrung, Kleidung, Wasser, Wohnraum, Infrastruktur und in anderen Lebensbereichen zu decken. Er ist ein Indikator dafür, wieviel Druck die Umwelt aushalten muss, um das Wirtschaftswachstum zu tragen und die materiellen Bedürfnisse der Menschen zu decken. Zwischen 2010 und 2017 wuchs der globale Material-Fußabdruck um 17,4 Prozent von 73,2 Mrd. Tonnen auf 85,9 Mrd. Tonnen. Dieser Anstieg erfasste alle Arten von Materialien, besonders nichtmetallische Minerale (fast die Hälfte des globalen Fußabdrucks), was auf Wachstum in Infrastruktur und Bauwesen hindeutet. 2015 lag der Material-Fußabdruck pro Kopf in Ländern mit hohem Einkommen zehnmal so hoch wie in Ländern mit niedrigem Einkommen. Wir müssen dringend handeln, um die Rohstoffabhängigkeit zu senken und Wiederverwertung und Kreislaufwirtschaft zu fördern und so Umweltauswirkungen zu verringern.

Material-Fußabdruck nach Art des Materials – 2010 und 2017 (in Milliarden Tonnen)



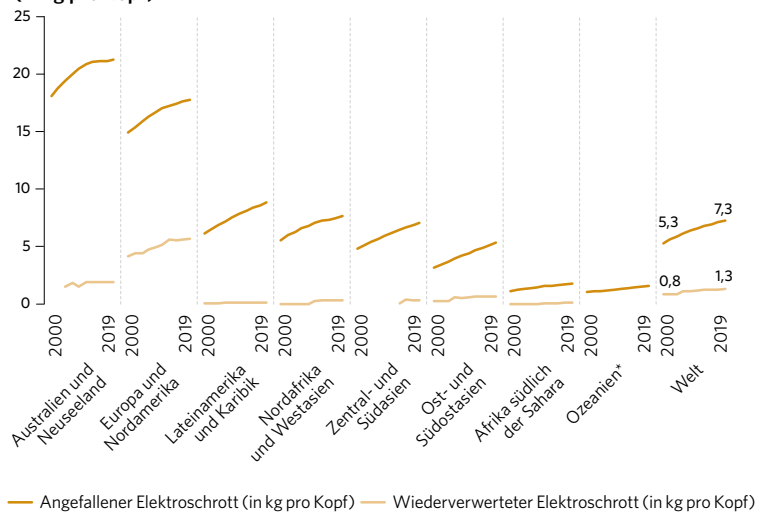
Die Menge des erzeugten Elektroschrotts steigt weit schneller als die Wiederverwertungsquote

Durch die Entsorgung von Elektroschrott ist ein rasch wachsender Abfallstrom entstanden, der durch steigenden Konsum, kurze Produktlebenszyklen und niedrige Reparaturquoten gespeist wird. Elektroschrott enthält wertvolle wie gefährliche Materialien. Zwischen 2010 und 2019 stieg sein Aufkommen weltweit von 5,3 auf 7,3 kg pro Kopf und Jahr und damit viel schneller als seine umweltgerechte Wiederverwertung, die nur von 0,8 auf 1,3 kg pro Kopf und Jahr stieg.

In einkommensstarken Regionen ist zwar eine Infrastruktur für die Entsorgung von Elektroschrott vorhanden, doch die Sammelraten liegen im Durchschnitt weit unter 50 Prozent. Die in diesem Schrott enthaltenen Materialien werden oft als wiederverwendbare Güter eingestuft und können auch in Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen exportiert werden. In vielen dieser Länder gibt es jedoch noch keine oder keine ausreichende Infrastruktur zum Umgang mit dem vor Ort anfallenden und dem rechtswidrig importierten Elektroschrott. Er wird dort meist im informellen Sektor bearbeitet und entweder offen verbrannt oder im Säurebad aufgelöst, was die Umwelt verschmutzt und zum Verlust wertvoller und knapper Ressourcen führt. Zudem leiden die Erwachsenen und Kinder, die an solchen

Orten leben, arbeiten und spielen, oft unter schweren gesundheitlichen Folgen.

Aufkommen und Wiederverwertung von Elektroschrott – 2010 und 2019 (in kg pro Kopf)

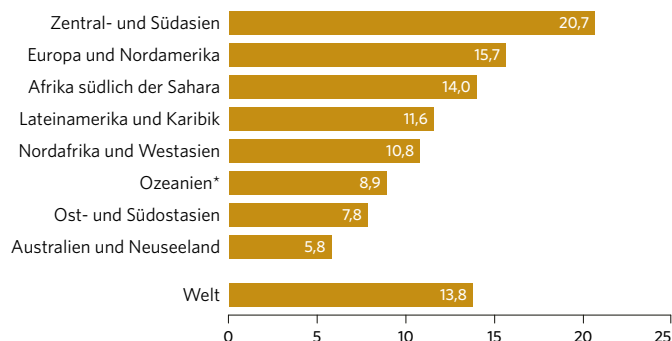


* ohne Australien und Neuseeland

Ein erheblicher Anteil der Nahrungsmittel geht vor dem Endverbrauch entlang der Versorgungskette verloren

Die Verminderung von Nahrungsmittelverlusten und -verschwendung kann ökologische Nachhaltigkeit fördern, da sie Produktionskosten senkt und Nahrungsmittelsysteme effizienter macht. Sie kann auch Ernährungssicherheit und Ernährung verbessern. Zwar lässt sich der Anteil der in Einzelhandel und Endverbrauch verschwendeten Nahrungsmittel noch nicht schätzen, doch der Anteil, der nach der Ernte und während Transport, Lagerung und Verarbeitung verloren geht, liegt weltweit bei 13,8 Prozent (über 400 Mrd. Dollar pro Jahr). Regionale Schätzungen zeigen, dass der Nahrungsmittelverlust in Zentral- und Südasien mit 20,7 Prozent am höchsten ist, gefolgt von Europa und Nordamerika mit 15,7 Prozent. In Australien und Neuseeland sind die Verluste mit 5,8 Prozent am geringsten. Die Länder müssen gezielt an kritischen Punkten der Wertschöpfungskette ansetzen, um unnötige Verluste und Verschwendung von Nahrungsmitteln zu verringern.

Anteil der Nahrungsmittelverluste – 2016 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

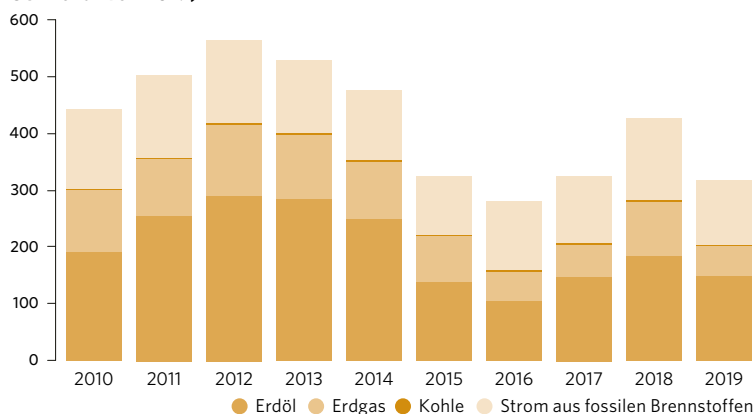
Obwohl die Klimakrise immer dringlicher wird, subventionieren Regierungen weiter die Fossilbrennstoffindustrie

Subventionen für fossile Brennstoffe verursachen irreparablen Schaden, indem sie Anreize für treibhausgasintensive Tätigkeiten schaffen. Zu den negativen Folgen gehören Luftverunreinigung und Erderwärmung. Die Subventionierung fossiler Brennstoffe kann auch zu erhöhter COVID-19-Sterblichkeit beitragen, da ein Zusammenhang zwischen Luftverunreinigung, Atemwegserkrankungen und der Schwere des Verlaufs von COVID-19 besteht. 2018 stiegen diese Subventionen weltweit auf über 400 Milliarden Dollar und damit fast auf den Stand von 2014, fielen 2019 jedoch um etwa 27 Prozent, was in erster Linie auf niedrigere Brennstoffpreise zurückging.

Die Subventionen für Erdöl, Erdgas und Strom aus fossilen Brennstoffen dürften 2020 aufgrund schwacher Nachfrage weiter sinken, doch steht ihre Fortführung dem globalen Ziel entgegen, den Höchststand der Treibhausgasemissionen rasch zu überwinden. Besonders in einer Zeit, in der viele Regierungen aufgrund von COVID-19 Mittel für die Finanzierung umfangreicher Hilfs- und Konjunkturmaßnahmen benötigen, könnte eine Reform dieser Subventionen ein wertvolles Mittel

im politischen Instrumentarium für die Neuzuweisung knapper öffentlicher Ressourcen sein.

Subventionen für fossile Brennstoffe – 2010 bis 2019 (in Milliarden konstanter US-Dollar von 2019)



Es ist an der Zeit, dass die Länder die Grundsätze des nachhaltigen Wirtschaftswachstums umsetzen

Nachhaltigere Konsum- und Produktionsmuster bringen alle Nachhaltigkeitsziele voran. Im Zeitraum 2017-2019 meldeten 79 Länder und die Europäische Union mindestens ein nationales Politikinstrument, das zur Durchführung des Zehnjahres-Programmrahmens für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster beigetragen hat. 70 Prozent dieser Instrumente werden als relevant für die Nachhaltigkeitsziele mit starker wirtschaftlicher Zielsetzung (etwa die Ziele 8 und 9) angesehen. Paradoxe Weise sind nur 10 Prozent aller 2019 gemeldeten Instrumente wirtschaftlicher und finanzieller Art, was eine begrenzte Umsetzung der im Zehnjahres-Programmrahmen dargelegten Vision erkennen lässt. 40 Prozent aller Instrumente mit quantifizierten Zielvorgaben bezwecken die Verringerung der Treibhausgasemissionen.

Die Länder sind klar entschlossen, gemeinsam eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft zu schaffen – unter anderem durch multilaterale Zusammenarbeit zur Beschleunigung von Verhaltensänderungen in allen Handelsströmen und Wertschöpfungsketten, die Abstimmung ambitionierter nationaler Politiken und letztendlich die Schaffung von Vorteilen für alle Menschen. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu gewährleisten, sind wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern sowie Daten zur Wirkung politischer Strategien entscheidend.

Die Unternehmen müssen Qualitätsmängel bei ihren Nachhaltigkeitsberichten beheben

Immer mehr Unternehmen nutzen Nachhaltigkeitsberichte, um ihr Bekenntnis zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu demonstrieren. Derzeit laufen Initiativen, mit denen ein vereinbarter und abgestimmter Katalog von Indikatoren für einheitliche und vergleichbare Nachhaltigkeitsberichte erstellt werden soll. Seit 2017 ist die Gesamtqualität dieser Berichte global gestiegen. Der Anteil der Berichte über Umwelt, Soziales, Institutionen und Verwaltungsführung, der den Mindestanforderungen des Indikators 12.6.1 der Nachhaltigkeitsziele (Anzahl der Unternehmen, die Nachhaltigkeitsberichte veröffentlichen) genügt, hat sich beinahe verdoppelt. Doch gehen die Unternehmen bislang in vielen dieser Berichte kaum auf bestimmte kritische Aspekte der Bereiche Umwelt, Soziales und Verwaltungsführung ein. Dazu gehören Wassernutzung, Abfall und Emissionen, Geschlechtergleichstellung, Schulungen zu Fragen der Korruptionsbekämpfung sowie Ausgaben für die Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten. Auch waren zwischen den Ländern und Regionen große Unterschiede festzustellen. In Ostasien, Lateinamerika und der Karibik sowie in Europa und Nordamerika enthielt ein größerer Teil der von den Firmen vorgelegten Berichte Basisdaten, die den Mindestanforderungen entsprachen. In anderen Regionen, insbesondere in Afrika, Zentralasien und Ozeanien, war die Berichterstattung noch sehr lückenhaft.



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen



Die Klimakrise hält unvermindert an, und die Weltgemeinschaft scheut davor zurück, den vollen Einsatz zu zeigen, der für ihre Abwendung erforderlich ist. 2019 stand als das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen am Ende des wärmsten Jahrzehnts (2010-2019) und brachte allen Kontinenten enorme Naturbrände, Hurrikane, Dürren, Überschwemmungen und andere Klimakatastrophen. Hält der aktuelle Trend an, wird die Erdtemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um bis zu 3,2° C steigen. Um das im Übereinkommen von Paris geforderte Ziel von maximal 1,5° C – oder sogar 2° C – zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen ab 2020 jährlich um 7,6 Prozent sinken. Trotz des drastischen Rückgangs der menschlichen Aktivitäten im Gefolge der COVID-19-Krise werden die Emissionen 2020 wohl nur um 6 Prozent sinken und das Ziel damit verfehlen und dürften nach Aufhebung der Beschränkungen wieder steigen.

Wenn die Welt nicht sofort und energisch handelt, werden die Auswirkungen des Klimawandels weitaus verheerender sein als die der aktuellen Pandemie. Regierungen und Unternehmen sollten die aus der Krise gewonnenen Erkenntnisse und Chancen nutzen, um die zur Verwirklichung des Übereinkommens von Paris und des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge 2015-2030 erforderlichen Übergangsprozesse schneller zu vollziehen, unsere Beziehung zur Umwelt neu zu definieren und einen Systemwandel und tiefgreifende Veränderungen herbeizuführen, um emissionsarme und klimaresiliente Volkswirtschaften und Gesellschaften zu schaffen.

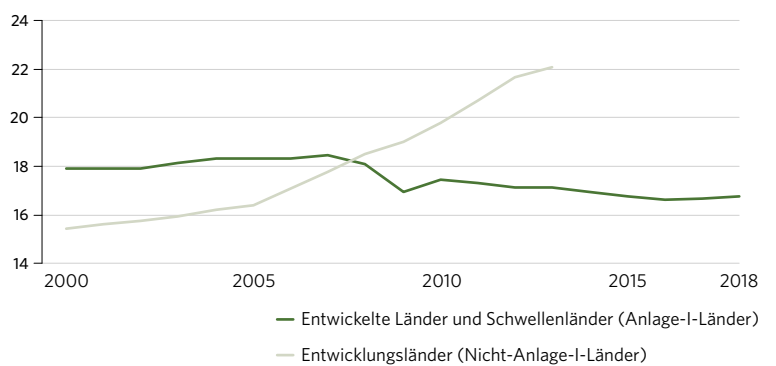
Die Welt ist weit davon entfernt, das Ziel des Übereinkommens von Paris zu erreichen, und katastrophale Veränderungen sind absehbar

Um die Gefahr eines ausufernden Klimawandels zu mindern, wird im Übereinkommen von Paris eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C gefordert. Dafür müssen die weltweiten Emissionen ihren Höhepunkt so bald wie möglich erreichen, bis 2030 gegenüber dem Stand von 2010 rasch um 45 Prozent sinken und dann weiter stark abfallen, um bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen. Gemessen an den derzeitigen national festgelegten Beiträgen ist die Welt weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Die globalen Treibhausgasemissionen der entwickelten Länder und der Transformationsländer sind im Zeitraum 2000-2018 um 6,5 Prozent gesunken. Unterdessen sind die Emissionen der Entwicklungsländer zwischen 2000 und 2013 um 43,2 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist weitgehend auf die stärkere Industrialisierung und die erhöhte Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP) zurückzuführen.

gelegt. Bis 2020 sollen die Vertragsparteien die bestehenden national festgelegten Beiträge aktualisieren oder neue übermitteln und dabei erheblich ambitioniertere Klimaschutzmaßnahmen vorschlagen. Die COVID-19-Pandemie, die weltweit die Wirtschaftstätigkeit gedrosselt und die Normalität ausgesetzt hat, bietet den Ländern Gelegenheit, ihre Prioritäten zu überdenken und im Rahmen der Überwindung der Krise ihre Volkswirtschaften umweltfreundlicher und klimaresilienter zu machen.

Zum 31. März 2020 hatten 189 Vertragsparteien das Übereinkommen von Paris ratifiziert. 186 Vertragsparteien (185 Länder und die Europäische Union) hatten dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen ihre ersten national festgelegten Beiträge übermittelt, und drei ihre zweiten. Des Weiteren hatten Vertragsparteien 17 langfristige Strategien, 18 nationale Anpassungspläne und 2 Anpassungsmittelungen vor-

Gesamtmenge der Treibhausgasemissionen der entwickelten und der Entwicklungsländer (in Gigatonnen CO₂-Äquivalent)



In den Klimaschutz fließen jetzt deutlich mehr Finanzmittel, doch die Investitionen in fossile Brennstoffe sind nach wie vor höher

Im Zeitraum 2013-2014 flossen weltweit 584 Milliarden Dollar in den Klimaschutz, 2015-2016 hingegen 681 Milliarden Dollar und damit 17 Prozent mehr. Der starke Zuwachs ging hauptsächlich auf hohe private Neuinvestitionen in erneuerbare Energien zurück, die den größten Anteil an den gesamten klimabezogenen Finanzströmen ausmachten. Mit insgesamt 781 Milliarden Dollar übertrafen die Investitionen in fossile Brennstoffe im Energiesektor 2016 jedoch weiter die Klimaschutzinvestitionen in alle Sektoren. Für einen kohlenstoffarmen,

klimaresilienten Übergang sind viel höhere jährliche Klimaschutzinvestitionen erforderlich.

Die Finanzmittel, die die entwickelten Länder den Entwicklungsländern für den Klimaschutz zur Verfügung stellten, stiegen 2016 um 14 Prozent auf fast 38 Milliarden Dollar. Der Schwerpunkt lag mit 24,3 Milliarden Dollar weiter auf der Abschwächung des Klimawandels, gefolgt von der Anpassung an den Klimawandel mit 5,6 Milliarden Dollar und Querschnittsfragen mit 5,1 Milliarden Dollar.

Die meisten Entwicklungsländer haben begonnen, Pläne zur Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel auszuarbeiten

Nationale Anpassungspläne helfen den Ländern, das globale Anpassungsziel des Übereinkommens von Paris zu erreichen, nämlich die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und die Verringerung der Anfälligkeit gegenüber Klimaänderungen. 2019 hatten mindestens 120 der 153 Entwicklungsländer und damit 29 mehr als im Vorjahr an der Formulierung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne gearbeitet. 18 Länder, darunter fünf am wenigsten entwickelte Länder und vier kleine Inselentwicklungsländer, haben ihre fertigen Pläne dem Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vorgelegt; viele weitere sind noch im Planungsstadium.

Die Planerstellung wird vom Grünen Klimafonds über sein Programm zur Unterstützung im Bereich der Leistungsbereitschaft und Vorsorge sowie vom Fonds für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC-Fonds) mitfinanziert. Bis Dezember 2019 hatten 81 Länder 83 Projektvorschläge mit einem beantragten Fördervolumen von insgesamt 203,8 Millionen Dollar beim Grünen Klimafonds eingereicht. 29 dieser Länder (35 Prozent) zählten zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Insgesamt wurden 40 Vorschläge genehmigt, darunter 14 (35 Prozent) aus am wenigsten entwickelten Ländern. Bis zum 3. Oktober 2019 waren 12 Vorschläge eingegangen und damit weniger als in den Vorjahren (2018: 22, 2017: 42). Der LDC-Fonds genehmigte überdies neun Vorschläge zur Unterstützung der Formulierung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne.

Maßnahmen der Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind und die derzeit an der Formulierung und Umsetzung nationaler Anpassungspläne arbeiten – Dezember 2019¹ (Anzahl der Länder)

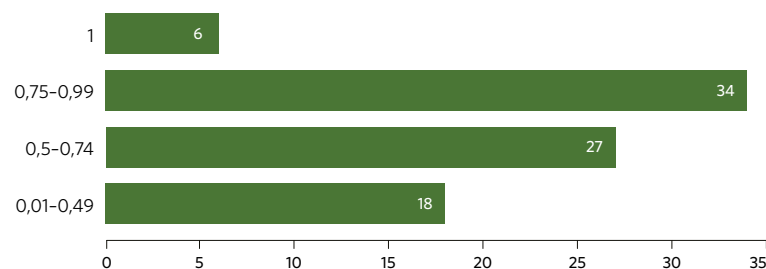


Trotz der klaren Relevanz der Katastrophenvorsorge kam diese für 2020 befristete Zielvorgabe nur langsam voran

Klimaänderungen bewirken immer häufigere und schwerere Naturkatastrophen, die 2018 über 39 Millionen Menschen trafen und Menschenleben forderten, Existenzgrundlagen zerstörten und wirtschaftliche Verluste verursachten. Ziel des Sendai-Rahmens für Katastrophenvorsorge 2015-2030 ist es, durch klare Zielvorgaben und prioritäre Maßnahmen im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung Katastrophenrisiken zu verringern und abzuwenden. Zielvorgabe e) des Sendai-Rahmens (Schaffung nationaler und lokaler Strategien zur Katastrophenvorsorge) ist bis 2020 zu erreichen. Bis April 2020 hatten 85 Länder (etwas über 40 Prozent) eigenen Angaben zufolge ihre nationalen Katastrophenvorsorgestrategien zumindest teilweise am Sendai-Rahmen ausgerichtet, sechs davon voll. 2018 gaben 55 Länder an, dass zumindest einige ihrer Kommunalverwaltungen über lokale Katastrophenvorsorgestrategien verfügen, die wenigstens teilweise den nationalen Strategien folgen.

Die Länder arbeiten entschlossen daran, den Risiken von Pandemien wie COVID-19 entgegenzutreten, indem sie in ihre nationalen und lokalen Katastrophenvorsorgestrategien auch das Management biologischer Risiken aufnehmen.

Ausrichtung der nationalen Katastrophenvorsorgestrategien der 85 berichtserstattenden Länder am Sendai-Rahmen – 2015-2019, nach dem Grad der Ausrichtung, angegeben in Werten zwischen 0 und 1 (Anzahl der Länder)



¹ <https://www4.unfccc.int/sites/NAPC/Pages/NAPProgress2019.aspx>.



Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Die Ozeane sind die Grundlage allen Lebens auf unserem Planeten und regulieren das weltweite Klimasystem. Als größtes Ökosystem der Erde bieten sie fast einer Million bekannter Arten Lebensraum und bergen ein enormes noch zu erforschendes Potenzial. Die Ozeane und die Fischerei helfen nach wie vor, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedürfnisse der Weltbevölkerung zu decken. Obwohl die Erhaltung der Ozeane entscheidend wichtig ist, wurden sie durch jahrzehntelange unverantwortliche Ausbeutung in alarmierendem Maß geschädigt. Derzeit reichen die Anstrengungen zum Schutz wichtiger Meereslebensräume und der Kleinfischerei sowie die Investitionen in die Meereswissenschaft nicht aus, den dringenden

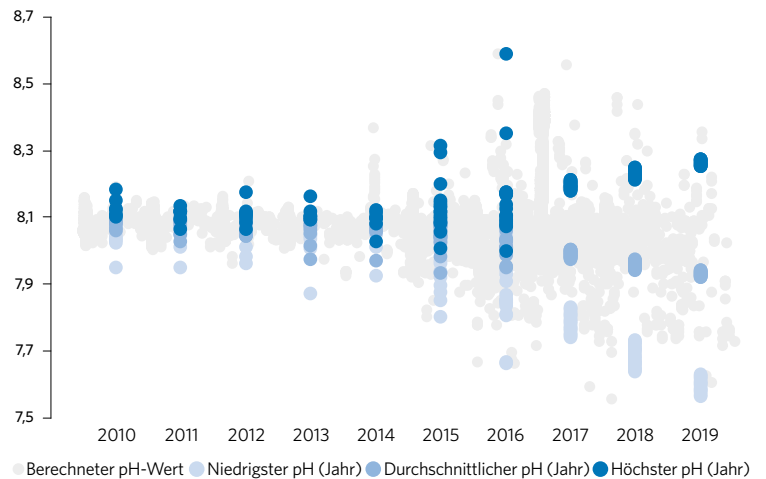


Schutzbedarf dieser riesigen und doch fragilen Ressource zu decken. Der COVID-19-bedingte drastische Rückgang menschlicher Tätigkeit ist zwar tragisch, gibt aber den Ozeanen die Chance zur Erholung. Er bietet auch Gelegenheit, einen Pfad nachhaltiger Regenerierung einzuschlagen, der die Existenzgrundlagen für die kommenden Jahrzehnte in Harmonie mit der natürlichen Umwelt sichert.

Die anhaltende Versauerung der Ozeane bedroht die Meeresumwelt und die Ökosystemleistungen der Ozeane

Die Ozeane sind die größte Kohlenstoffsенke der Erde. Sie absorbieren rund 23 Prozent der jährlich vom Menschen verursachten CO₂-Emissionen und helfen, die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen. Durch das absorbierte CO₂ ist jedoch der Säuregehalt des Meerwassers gestiegen, wie der Abfall des pH-Wertes um 26 Prozent gegenüber der vorindustriellen Zeit zeigt. Die Versauerung der Ozeane gefährdet Korallenriffe und andere wichtige Arten, die die Basis der marinen Nahrungskette bilden, und beeinträchtigt die Ökosystemleistungen der Ozeane, darunter Fischerei und Aquakultur, Küstenschutz, Verkehr und Tourismus. Je höher der Säuregehalt des Meerwassers, desto geringer seine Fähigkeit, CO₂ aus der Atmosphäre aufzunehmen und den Klimawandel abzumildern. Laut einem neuen Datenportal zur Ozeanversauerung sind sowohl die Variabilität des pH-Wertes (auf bis zu 10-30 Prozent in den letzten fünf Jahren) als auch der Säuregehalt der Ozeane gestiegen. Letzterer könnte bis Ende dieses Jahrhunderts um 100 bis 150 Prozent steigen, was Auswirkungen auf die Hälfte aller Meereslebewesen hätte.

Aus globalen Messungen errechnete pH-Werte an der Meeresoberfläche (niedrigster, durchschnittlicher und höchster Wert) – 1. Januar 2010 bis 8. Januar 2020



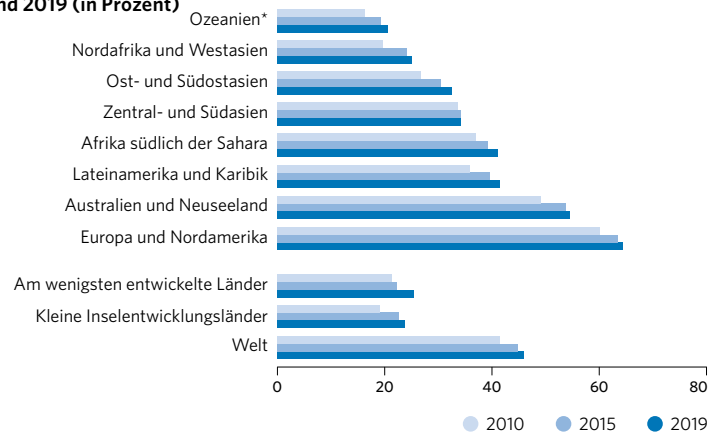
Die Meeresumwelt wird jetzt stärker geschützt, doch gilt es, die für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete unter Schutz zu stellen

Meeresschutzgebiete sind für die nachhaltige Entwicklung der Ozeane unverzichtbar. Sie sichern gefährdete Arten und Ökosysteme, bewahren die Artenvielfalt und beugen potenziellen Konflikten zwischen Nutzern vor, indem sie bestimmte erlaubte Aktivitäten festlegen. Im Dezember 2019 standen mehr als 17 Prozent (24 Millionen km²) der Gewässer innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (0 bis 200 Seemeilen vor der Küste) unter Schutz. Die unter Schutz stehende Fläche hat über die Jahre erheblich zugenommen und sich seit 2010 mehr als verdoppelt.

Die Schutzgebietsnetze müssen weiter und stärker auf für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete ausgedehnt werden. Der durchschnittliche Anteil ausgewiesener Schutzgebiete in jedem für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiet stieg weltweit von 30,5 Prozent (2000) auf 44,8 Prozent (2015) und 46,0 Prozent (2019). Dies ist ein erheblicher Fortschritt, doch sind viele für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete nur teilweise oder gar nicht als Schutzgebiete ausgewiesen. Die am wenigsten entwickelten

Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer liegen mit 25,4 Prozent bzw. 23,7 Prozent nach wie vor zurück.

Durchschnittlicher Anteil jedes für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiets, der als Schutzgebiet ausgewiesen ist, nach geografischer Region – 2010, 2015 und 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

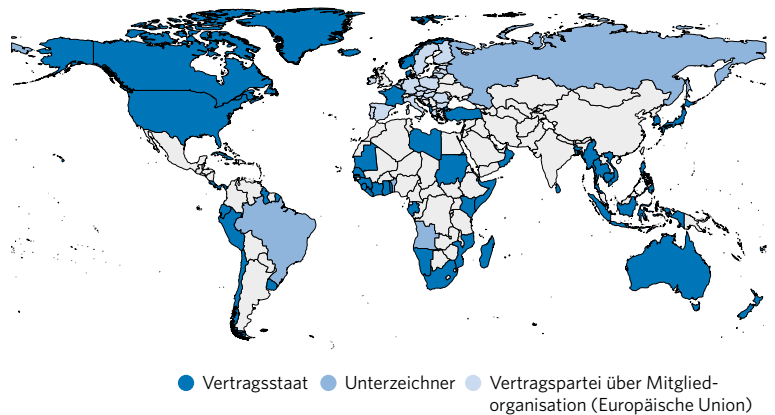
Die Länder schränken den illegalen Fischfang zwar durch ein rechtsverbindliches internationales Übereinkommen ein, müssen aber noch mehr konzertierte Maßnahmen ergreifen

Die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei bedroht weltweit die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der Fischerei und erschwert den Ländern eine wirksame Fischereibewirtschaftung. Die Annahme und Durchführung einschlägiger internationaler Übereinkünfte ist für die Eindämmung dieser zerstörerischen Praxis zentral. Zum 14. Februar 2020 hatte das Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen – das erste rechtsverbindliche internationale Übereinkommen, das sich gezielt gegen diese Art der Fischerei richtet – 66 Vertragsparteien (einschließlich der Europäischen Union), gegenüber 58 im Vorjahr.

Eigenen Angaben zufolge sind die Länder bei der Durchführung der empfohlenen Maßnahmen gegen die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei insgesamt gut vorangekommen. Beinahe 75 Prozent von ihnen erreichten 2020 einen hohen Stand der Durchführung der einschlägigen internationalen Übereinkünfte, gegenüber 70 Prozent im Jahr 2018. Trotz der beeindruckenden Fortschritte ist ein weiteres konzertiertes globales Vorgehen erforderlich, damit die illegale,

ungemeldete und unregulierte Fischerei die Nachhaltigkeit der Fischerei weltweit nicht mehr bedroht.

Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen sind (per Februar 2020)



Nachhaltige Fischerei ist für die Existenzsicherung von Gemeinschaften in den am stärksten benachteiligten Ländern unabdingbar

Eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände ist unverzichtbar, damit die Erträge aus Fischerei und Aquakultur Armut, Hunger und Fehlernährung lindern und Wirtschaftswachstum schaffen können. In den letzten Jahren lag der Beitrag der nachhaltigen Fischerei zum globalen BIP bei etwa 0,1 Prozent pro Jahr, was auf zwei gegenläufige Entwicklungen zurückging, nämlich die stetig steigende Wertschöpfung des Fischerei- und Aquakultursektors und die sinkende Nachhaltigkeit der weltweiten Fischbestände. Deutlich höher war der Beitrag der nachhaltigen marinen Fangfischerei zum BIP in den kleinen Inselentwicklungsländern in Ozeanien und in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo Fischerei für lokale Gemeinschaften und indigene Völker überlebenswichtig ist. In diesen beiden Ländergruppen lag der Anteil der nachhaltigen Fischerei am BIP im Zeitraum 2011-2017 durchschnittlich bei 1,55 bzw. 1,11 Prozent.

In der Kleinfischerei tätige Menschen tragen viel zur Wirtschaft mancher Entwicklungsländer bei, werden jedoch weiter marginalisiert

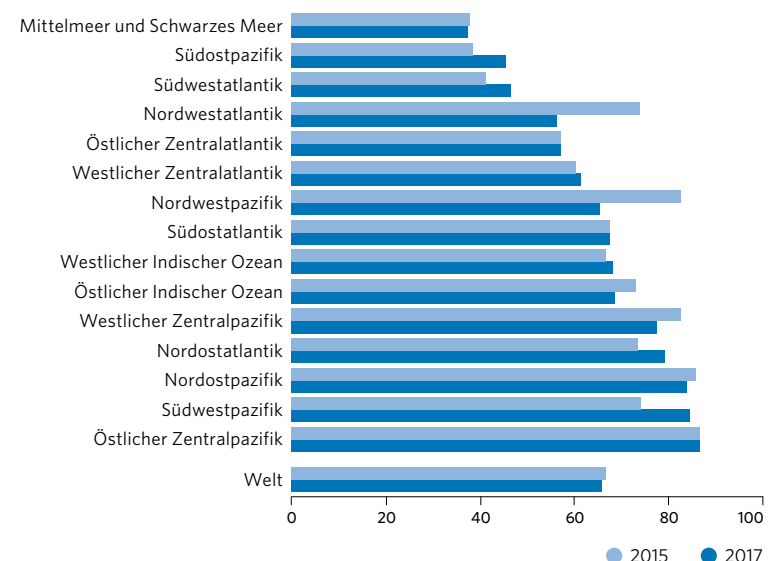
Über die Hälfte der Fischereiproduktion in den Entwicklungsländern stammt aus der Kleinfischerei, doch die dort tätigen Menschen gehören weiter zu den am stärksten marginalisierten Nahrungsmittelproduzenten. Auch gibt es Anzeichen dafür, dass die COVID-19-Krise ihre Existenzgrundlagen schon jetzt schmälert, da Meeresfrüchte weltweit weniger nachgefragt werden und aufgrund von Transporteinschränkungen nicht auf die Märkte gelangen. Zugleich spielen Kleinproduzenten in der Nahrungsmittelversorgung lokaler Gemeinschaften eine tragende Rolle. Es ist wichtiger denn je, dass die Länder die Kleinfischerei und ihren maßgeblichen Beitrag zu nachhaltigen Ernährungssystemen unterstützen. Erreichen lässt sich dies durch konkrete Initiativen zur Umsetzung der international vereinbarten Freiwilligen Leitlinien für die Sicherung einer nachhaltigen Kleinfischerei im Kontext der Ernährungssicherheit und der Armutsbeseitigung.

Eine Pause in der Überausbeutung der weltweiten Fischbestände reicht wohl nicht aus, um den Zusammenbruch bestimmter Bestände abzuwenden

Der Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen ist von 90,0 Prozent im Jahr 1974 auf 66,7 Prozent im Jahr 2015 und 65,8 Prozent im Jahr 2017 gesunken. Trotz dieses anhaltenden Abwärtstrends hat sich der Rückgang in den letzten Jahren verlangsamt. Das ist zwar ermutigend, aber nicht genug, um den mittelfristigen Zusammenbruch bestimmter globaler Fischbestände zu verhindern, wenn nicht umfassendere Maßnahmen ergriffen werden, um die biologische Nachhaltigkeit dieser Bestände wiederherzustellen.

2017 wiesen das Mittelmeer und das Schwarze Meer weiter den niedrigsten Anteil nachhaltig befischter Bestände auf (37,5 Prozent), gefolgt vom Südostpazifik (45,5 Prozent) und dem Südwestatlantik (46,7 Prozent). Am höchsten lag dieser Anteil mit über 83 Prozent im östlichen Zentralpazifik, im Südwestpazifik und im Nordostpazifik. Während im Südwestpazifik eine Verbesserung um 10,5 Prozentpunkte gegenüber 2015 zu verzeichnen war, gab es im Nordwestpazifik und Nordwestatlantik deutliche Rückgänge um 17,3 bzw. 17,7 Prozentpunkte.

Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen, nach Meeresregion – 2015 und 2017 (in Prozent)





Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodende-

gradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Bei der Erhaltung der Landökosysteme ist Nachhaltigkeit noch nicht in Sicht. Waldgebiete schrumpfen weiter bestürzend rasch, Schutzgebiete sind oft nicht an Orten, die für ihre biologische Vielfalt bekannt sind, und Arten sind weiter vom Aussterben bedroht. Auch eröffnen der rasante Anstieg von Straftaten im Zusammenhang mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, Flächennutzungsänderungen wie Entwaldung sowie Eingriffe in Lebensräume Hauptübertragungswege für neue Infektionskrankheiten wie COVID-19, die die öffentliche Gesundheit und die Weltwirtschaft bedrohen.



Zur Umkehr dieser Entwicklungen sind beherzte Anstrengungen im Gang. Dazu gehören die Ausweitung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und die Ausweisung zusätzlicher Land-, Süßwasser- und Berggebiete als Schutzgebiete. Die Länder wenden zunehmend Programm-, Gesetzgebungs- und Rechnungslegungsgrundsätze an, um die biologische Vielfalt und die Ökosysteme zu schützen. Um gestärkt aus der Pandemie hervorgehen zu können, müssen diese Fortschritte gefestigt und ausgebaut werden. Ebenso wichtig ist es, das Bewusstsein für die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur zu fördern, um ein harmonischeres Zusammenleben zu gewährleisten.

Wilderei und ähnliche Straftaten gefährden sowohl Tierarten als auch die menschliche Gesundheit, auch durch neue tödliche Krankheiten

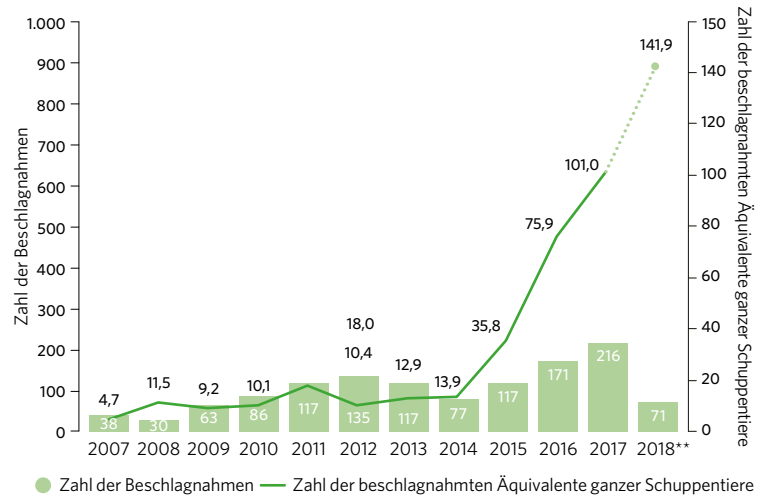
75 Prozent der neuen Infektionskrankheiten wie Vogelgrippe und Ebola sind Zoonosen; sie werden von wildlebenden Tieren auf den Menschen übertragen. Die Übertragung erfolgt durch Kontakt von Menschen mit befallenen Wildtieren – besonders dann, wenn Menschen in natürliche Lebensräume vordringen und durch Aktivitäten wie den illegalen Handel mit wildlebenden Tieren Ökosysteme stören.

In Afrika und Asien vorkommende Schuppentiere sind die am häufigsten illegal gehandelten wilden Säugetiere der Erde. Sie zählen zu den wahrscheinlichen Zwischenwirten bei der Übertragung des Coronavirus von Wildfledermäusen auf den Menschen. Das Fleisch von Schuppentieren wird auf Lebendtiermärkten verkauft, wo das Coronavirus auf den Menschen übersprungen sein könnte.

Die Zahl der Äquivalente ganzer Schuppentiere, die aus dem illegalen Handel beschlagnahmt wurden, hat sich seit 2014 verzehnfacht. Beschlagnahmt wird jedoch nur ein Bruchteil der getöteten Tiere. Zwischen 2014 und 2018 wurde weltweit das Äquivalent von 370.000 Schuppentieren beschlagnahmt, was darauf hindeutet, dass Millionen der Tiere getötet wurden und in den Handel gelangt sind, obwohl der legale Handel mit allen acht Arten im Januar 2017 verboten wurde. Derzeit stammen die beschlagnahmten Schuppentiere vor allem aus West- und Zentralafrika und sind für asiatische Märkte bestimmt.

Straftaten wie Wilderei und illegaler Tierhandel gefährden die Gesundheit des Ökosystems und die biologische Vielfalt. Sie können auch die menschliche Gesundheit, die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherheit beeinträchtigen, wie wir es gerade erleben.

Zahl der beschlagnahmten Äquivalente ganzer Schuppentiere (in Tausend) und Zahl der Beschlagnahmen pro Jahr – 2007-2018



Anmerkung: Die Zahl der Äquivalente ganzer Schuppentiere bezieht sich auf Beschlagnahmen von lebenden wie toten Schuppentieren sowie deren Schuppen und Fleisch und von Trophäen.

** Die Datenerhebung für 2018 ist noch nicht abgeschlossen.

Bodendegradation trifft Milliarden Menschen, lässt Arten aussterben und verstärkt den Klimawandel

Ein Fünftel der Landfläche der Erde (über 2 Mrd. Hektar) ist geschädigt – fast die kombinierte Fläche Indiens und der Russischen Föderation. Bodendegradation trifft rund 3,2 Mrd. Menschen, lässt Arten aussterben und verstärkt den Klimawandel. Für 2000-2015 zeigten globale Trends bei der Bodenbedeckung einen Nettoverlust natürlichen und seminaturalen Bodens. Dies ging auf direkte und indirekte Faktoren zurück, darunter Entwaldung, nicht nachhaltige Agrarmethoden, Verstädterung, Grundbesitzrechte und Armut. Flächennutzungsänderungen, eine der Hauptursachen für Bodendegradation, sind auch einer der Hauptübertragungswege für neue Infektionskrankheiten.

Bis Anfang 2020 hatten sich 123 Länder zur Festlegung freiwilliger Zielvorgaben zur Erreichung der „Bodendegradationsneutralität“ verpflichtet, einer in der Agenda 2030 angenommenen globalen Zielvorgabe, und 60 Länder hatten sich diese Zielvorgaben offiziell zu eigen gemacht. Eine Umkehrung des aktuellen Trends der Bodendegradation würde nicht nur die Biodiversität und das Wohl von Milliarden Menschen erhöhen, sondern durch Wiederherstellungs-, Erhaltungs- und andere Flächenbewirtschaftungsmaßnahmen auch zur Bewältigung der Klimakrise beitragen.

Trotz gewisser Fortschritte verfehlt die Welt die Zielvorgaben für 2020 zur Aufhaltung des Biodiversitätsverlusts

Von den die Biodiversität betreffenden Zielvorgaben in Ziel 15 sind fünf 2020 zu erreichen, was beim aktuellen Stand für die meisten unwahrscheinlich ist. Auf dem hochrangigen politischen Forum 2019 verpflichteten sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, „die Intaktheit der Agenda 2030 [zu] wahren, namentlich durch ehrgeizige und anhaltende Maßnahmen im Hinblick auf die Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung mit einem Zeithorizont bis 2020“.

Trotz einer zunehmend nachhaltigen Waldbewirtschaftung sind Waldverluste nach wie vor hoch

Die Waldflächen der Erde schrumpfen weiter, doch nicht ganz so rasch wie in früheren Jahrzehnten. Zwischen 2015 und 2020 gingen jedes Jahr etwa 10 Mio. Hektar Wald verloren; zwischen 2010 und 2015 waren es noch 12 Mio. Hektar. Der Anteil der Waldflächen sank global von 31,9 Prozent 2000 auf 31,2 Prozent 2020. Das ist ein Nettoverlust von fast 100 Mio. Hektar, der in erster Linie auf die Erweiterung von Agrarflächen zurückgeht. Mit dem Verlust dieser Wälder verschwinden auch die Lebensgrundlagen ländlicher Gemeinschaften, die CO₂-Emissionen steigen, die Biodiversität nimmt ab, und die Bodendegradation schreitet voran.

Die Waldverluste sind weiter hoch, doch ist der Anteil der Wälder, die in Schutzgebieten liegen, der Wälder mit langfristigen Bewirtschaftungsplänen und zertifizierter Waldgebiete 2020 global und in den meisten Regionen gestiegen oder stabil geblieben. Über die Hälfte der insgesamt 4,06 Mrd. Hektar Wald haben Bewirtschaftungspläne. Auch ist der Anteil der dem Boden- und Gewässerschutz dienenden Wälder gestiegen; insbesondere im letzten Jahrzehnt.

Weniger als die Hälfte der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete steht unter Schutz, und Fortschritte stellen sich deutlich schleppender ein

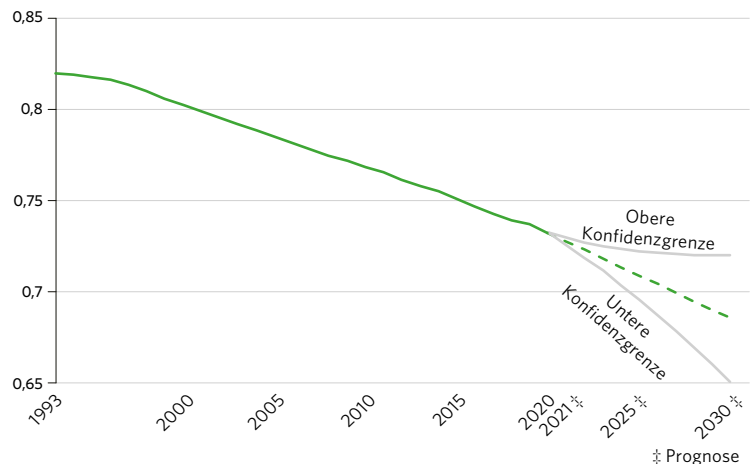
2020 waren für die Biodiversität besonders wichtige Landgebiete im Schnitt nur zu je 44 Prozent als Schutzgebiete ausgewiesen. Für Süßwassergebiete lag dieser Wert bei je 41 Prozent. Dies ist ein Anstieg um 12 bis 13 Prozentpunkte gegenüber 2000. Die Mehrheit der für die Biodiversität besonders wichtigen Land- und Süßwassergebiete ist weiter nur zum Teil oder überhaupt nicht geschützt. So wurden laut Daten von 2018 für 21 Prozent aller weltweit bedrohten, auf der Roten Liste der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur geführten Arten für die Biodiversität besonders wichtige Gebiete in „Hotspots“ der biologischen Vielfalt ermittelt. Von diesen Gebieten sind jedoch

nur 13 Prozent voll als Schutzgebiete ausgewiesen, weitere 31 Prozent nur teilweise. Zudem hat sich die Ausweisung für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete als Schutzgebiete seit 2010 im Vergleich zu den zehn vorangegangenen Jahren erheblich verlangsamt.

Der Verlust der Biodiversität geht erschreckend schnell voran

Eine unumkehrbare Folge menschlicher Aktivitäten für die Umwelt ist das Artensterben, das die Natur aus dem Gleichgewicht bringt und Ökosysteme fragiler und störungsanfälliger macht. Das Aussterberisiko für unterschiedliche Arten ist in den letzten drei Jahrzehnten um 10 Prozent gestiegen. Der Rote-Liste-Index ist von 0,82 (1990) auf 0,75 (2015) und 0,73 (2020) gesunken, wobei ein Wert von 1 besagt, dass keine Art unmittelbar vom Aussterben bedroht ist, und ein Wert von Null, dass alle Arten ausgestorben sind. Damit sind über 31.000 Arten vom Aussterben bedroht, was zumeist auf den Verlust ihres Lebensraums durch Entwaldung, nicht nachhaltige Landwirtschaft, Entnahmen und Handelspraktiken sowie invasive gebietsfremde Arten zurückgeht. Wenn es so weitergeht wie bisher, wird der Rote-Liste-Index bis 2030 auf oder unter 0,70 sinken. Um dies abzuwenden, sind gezielte Notmaßnahmen erforderlich, um stark gefährdete Arten zu schützen und das von Landwirtschaft, Industrie, Handel und anderen Sektoren ausgehende Aussterberisiko zu verringern. Der Rahmen für die biologische Vielfalt für die Zeit nach 2020 soll den Biodiversitätsverlust so beeinflussen, dass das Aussterberisiko bis 2030 nicht mehr steigt oder aber sinkt und bis 2050 eine Erholung eintritt.

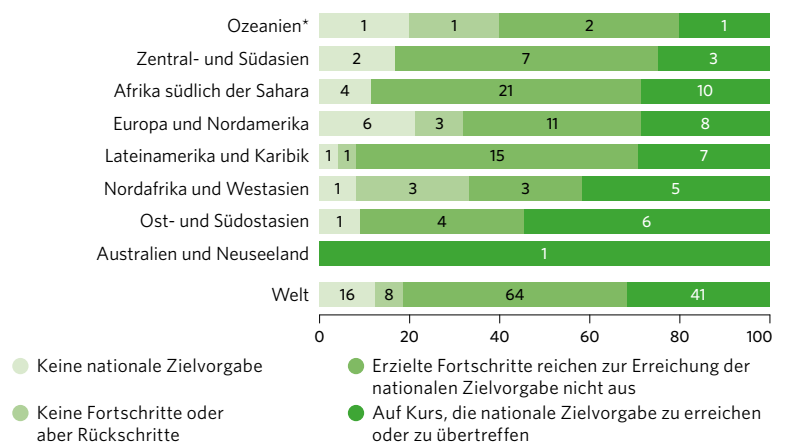
Rote-Liste-Index des Fortbestands der Arten – 1993-2020 und Prognosen für 2021-2030 (basierend auf einer „Weiter-wie-bisher“-Extrapolation des globalen Indikators)



Nur ein Drittel der Länder liegt bei der Erreichung ihrer nationalen Biodiversitätsziele auf Kurs

Eingedenk dessen, wie wichtig die biologische Vielfalt für die Unterstützung der Volkswirtschaften, der Nahrungsmittelproduktion und der menschlichen Gesundheit ist, wurden die in internationalen Verträgen und Strategieplänen für die Biodiversität verankerten Werte in viele nationale und lokale Entwicklungspläne und nationale Rechnungslegungs- und Berichterstattungssysteme aufgenommen. Bis Januar 2020 hatten 129 Vertragsparteien (einschließlich der Europäischen Union) ihren sechsten Nationalbericht im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt vorgelegt, und 113 Vertragsparteien hatten den Stand ihrer nationalen Zielvorgaben im Zusammenhang mit dem Aichi-Biodiversitätsziel 2 bewertet. Etwa 32 Prozent der Vertragsparteien sind auf Kurs, ihre nationalen Zielvorgaben zu erreichen oder zu übertreffen; in 50 Prozent reichen die erzielten Fortschritte nicht aus, um die Zielvorgaben bis 2020 zu erreichen, und 7 Prozent meldeten keine Fortschritte oder sogar Rückschritte.

Fortschritte in Bezug auf die nationalen Zielvorgaben im Einklang mit dem Aichi-Biodiversitätsziel 2 des Strategieplans für die biologische Vielfalt – 2011-2020





Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige,

rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Konflikte, Unsicherheit, schwache Institutionen und ein eingeschränkter Zugang zur Justiz gefährden weiter die nachhaltige Entwicklung. 2019 erreichte die Zahl der vor Krieg, Verfolgung und Konflikt fliehenden Menschen mit über 79,5 Millionen den höchsten Stand seit Beginn der systematischen Erhebung dieser Statistik. Aufgrund fehlender Geburtenregistrierung bleibt weiter jedem vierten Kind eine rechtliche Identität vorenthalten, was oft die Ausübung der Rechte in anderen Bereichen einschränkt. Durch die COVID-19-Pandemie



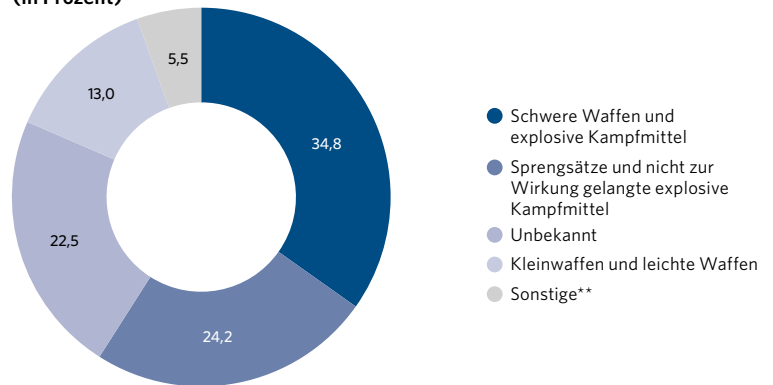
drohen weltweit Schwachstellen verschlimmert und ausgenutzt zu werden. Im März 2020 rief der Generalsekretär zu einer sofortigen weltweiten Waffenruhe auf, um die Bereitstellung humanitärer Hilfe zu unterstützen und Wege für die Diplomatie zu öffnen, insbesondere zugunsten derjenigen, die durch COVID-19 am stärksten gefährdet sind. Obwohl diese Maßnahme durchaus Unterstützung findet, ist ihre Umsetzung weiter problematisch.

Trotz völkerrechtlicher Schutzbestimmungen werden jeden Tag 100 Zivilpersonen – darunter Frauen und Kinder – in bewaffneten Konflikten getötet

Nach dem Völkerrecht sind Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu schützen. Doch dokumentierten die Vereinten Nationen 2015-2017 in 12 der tödlichsten bewaffneten Konflikte 106.806 zivile Todesopfer und damit pro Jahr im Schnitt 11,9 zivile Todesopfer je 100.000 Menschen; ein Achtel davon Frauen und Kinder. Schwere Waffen und explosive Kampfmittel verursachten die meisten zivilen Todesfälle, gefolgt von Sprengsätzen und nicht zur Wirkung gelangten explosiven Kampfmitteln. 2019 wurden in 10 Konflikten mehr als 20.000 Zivilpersonen getötet oder verwundet, doch die tatsächliche Zahl ist weit höher.

COVID-19 ist in Situationen bewaffneten Konflikts noch gefährlicher, da durch Kampfhandlungen Gesundheitssysteme schwer geschädigt und Menschen vertrieben und gezwungen werden, in überfüllten Unterkünften mit wenig oder keinem Zugang zu Grundversorgung zu leben. Das enorme Leid der Zivilbevölkerung würde deutlich gelindert, wenn die Konfliktparteien das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen achteten. Es muss mehr getan werden, um Konflikte zu verhüten, zu verringern und beizulegen.

Konfliktbezogene Todesfälle von Zivilpersonen nach Ursache – 2015-2017 (in Prozent)



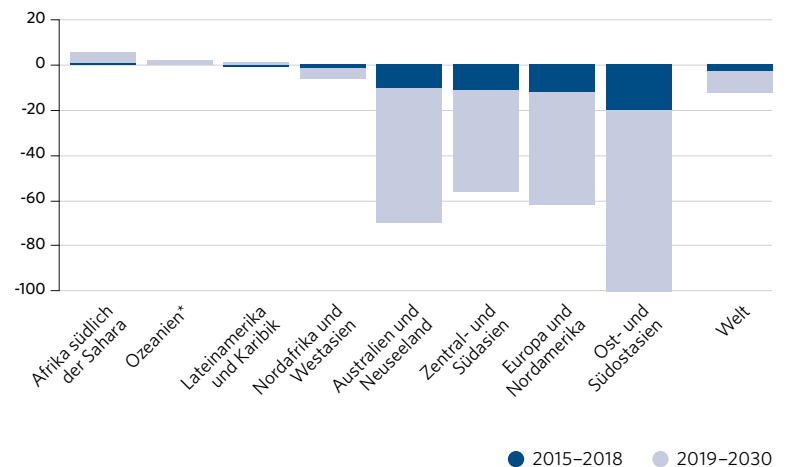
** Sonstige: Brandwaffen, chemische, biologische, radiologische oder nukleare Waffen, elektromagnetische Waffen oder andere, weniger tödliche Waffen. Darunter fallen auch die Verweigerung des Zugangs zu lebensnotwendigen Gegenständen oder deren Zerstörung, Unfälle im Zusammenhang mit Konflikten, der Einsatz von Gegenständen und anderen Mitteln sowie der Einsatz mehrerer Waffen und andere Ursachen.

Es muss mehr getan werden, um die weltweite Tötungsrate zu senken, die zu langsam abnimmt

Die weltweite Rate vorsätzlicher Tötungen ist langsam gesunken – von 6,8 je 100.000 Menschen im Jahr 2000 auf 5,9 im Jahr 2015 und 5,8 im Jahr 2018. Damit werden jedes Jahr weltweit etwa 440.000 Menschen (81 Prozent Männer und 19 Prozent Frauen) Opfer von Tötungen; zwei Drittel in Afrika südlich der Sahara (36 Prozent) und in Lateinamerika und der Karibik (33 Prozent). Um Gewalt in allen Formen deutlich zu verringern, muss mehr getan werden, um die weltweite Tötungsrate zu senken. Hielte der Trend der Jahre 2015-2018 an, läge die Rate 2030 bei rund 5,2 je 100.000 Menschen, was einem Gesamtrückgang von etwa 12 Prozent entspräche.

Die Maßnahmen der Regierungen gegen die COVID-19-Pandemie hatten im Ländervergleich unterschiedliche Auswirkungen auf die Prävalenz von Tötungen. Tendenziell hatten Ausgangsbeschränkungen kaum Einfluss auf die Gewalt in lateinamerikanischen Ländern mit hohen Tötungsraten, wohingegen strikte Ausgangsbeschränkungen in europäischen Ländern mit niedrigen Tötungsraten die Gewalt drastisch verringert zu haben scheinen.

Veränderung der Rate vorsätzlicher Tötungen – 2015-2018 und Prognose für 2019-2030 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Kinder sind regelmäßig vielfachen Formen von Gewalt ausgesetzt, die oft unerkannt und ungemeldet bleiben



Kinder erfahren verschiedene Formen von Gewalt – körperliche Bestrafung, psychische Aggression, Kinderhandel und sexuelle Gewalt.

Gewalttätige Formen der Maßregelung sind trotz ihrer abträglichen und oft anhaltenden Folgen weit verbreitet. In 69 Ländern mit verfügbaren Daten für 2012-2019 waren fast 80 Prozent der

Kinder zwischen einem und 14 Jahren im Vormonat zu Hause psychischer Aggression und/oder körperlicher Bestrafung ausgesetzt.

Kinderhandel ist ein weltweites Problem und meist mit sexueller Ausbeutung, aber auch mit Zwangsarbeit verknüpft. 2016 machten Kinder (23 Prozent Mädchen und 7 Prozent Jungen) weltweit fast ein Drittel der entdeckten Opfer des Menschenhandels aus. Dieses Verbrechen bleibt weiter oft straflos, obwohl die meisten Länder über umfassende Rechtsvorschriften gegen den Menschenhandel verfügen. Allerdings sorgt häufigere Aufdeckung jetzt dafür, dass die Zahl der Verurteilungen steigt.

Sexuelle Gewalt, eine der bestürzenden Verletzungen der Rechte von Kindern, wird sehr häufig nicht gemeldet. Da es an vergleichbaren Daten mangelt, ist das volle Ausmaß des Problems unbekannt. In etwas mehr als jedem vierten Land mit vergleichbaren Daten gaben mindestens 5 Prozent der Frauen zwischen 18 und 29 Jahren an, als Kind sexuelle Gewalt erfahren zu haben.

Weitgehend unbekannt ist bislang, wie sich **COVID-19** auf das Risiko von Kindern auswirkt, aufgrund von Ausgangsbeschränkungen und damit verbundenen Schulschließungen, von denen die Mehrheit der Kinder weltweit betroffen ist, Gewalt und Ausbeutung zu erleiden. In manchen Ländern geht eine Flut an Meldungen von häuslicher Gewalt gegen Kinder ein. Zudem könnte die Nutzung des Internets für den Fernunterricht Kinder verstärkt Cyber-Mobbing, riskantem Online-Verhalten und Menschen aussetzen, die im Internet nach Missbrauchsoffern suchen.

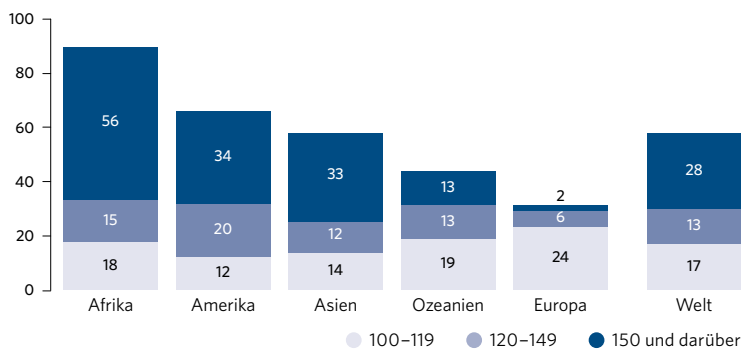
All diese Formen von Gewalt können für Millionen Kinder weltweit verheerende lebenslange Folgen haben. Es ist dringend geboten, für wirksame Lösungen zum Schutz von Kindern einzutreten und in sie zu investieren.

Gefährdung durch COVID-19 gehört zu den vielen unmenschlichen Zuständen, denen – oft nicht verurteilte – Inhaftierte ausgesetzt sind

Im Rahmen des Zugangs zur Justiz für alle sollten faire Verfahren innerhalb angemessener kurzer Zeit gewährleistet werden, doch sind weltweit 31 Prozent aller Gefangenen in Haft, ohne einer Straftat verurteilt zu sein. Dieser Anteil ist seit 2005 nicht gesunken und in den letzten drei Jahren in allen Regionen Asiens und in Ozeanien deutlich gestiegen.

Die Überbelegung von Haftanstalten ist in vielen Ländern nach wie vor ein ernstes Problem. Häufig führt sie zu unmenschlichen Zuständen, Menschenrechtsverletzungen, Gewalt unter den Gefangenen und schlechteren Resozialisierungsperspektiven. Aufgrund der räumlichen Enge und des häufigen Mangels an Schutzausrüstung und ausreichender Gesundheitsversorgung beschleunigt die Überbelegung die Ausbreitung von COVID-19 in Haftanstalten weltweit. In fast 60 Prozent aller 190 Länder, für die Daten vorliegen, überstieg die Gefängnisbevölkerung die Kapazität der Haftanstalten. In 13 Prozent der Länder lag die Auslastung zwischen 120 und 149 Prozent, in 28 Prozent der Länder bei oder über 150 Prozent.

Anteil der Länder, in denen die Zahl der Gefangenen die Kapazität der Haftanstalten übersteigt – 2018 oder letztes verfügbares Jahr (in Prozent)



Anmerkung: Die hier dargestellten regionalen Gruppen unterscheiden sich von den regionalen Gruppen für die Zwecke der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Sie umfassen Afrika (39 Länder), Amerika (41 Länder), Asien (43 Länder), Europa (51 Länder), Ozeanien (16 Länder) und die Welt (190 Länder).

Wer die Menschenrechte verteidigt, journalistisch oder gewerkschaftlich tätig ist, wird allzu oft Ziel gewaltsamer Angriffe

In allen Regionen sind Menschen, die die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen, Ziel gewaltsamer Angriffe. Von 2015 bis 2019 dokumentierten die Vereinten Nationen in 81 Ländern mindestens 1.940 Tötungen und 106 Fälle von Verschwindenlassen von Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, Journalistinnen und Journalisten und Gewerkschaftsangehörigen, wobei mehr als die Hälfte der Tötungen auf Lateinamerika und die Karibik entfiel. 2019 wurden für 47 Länder 357 Tötungen und 30 Fälle von Verschwindenlassen gemeldet. Während 2019 so wenige Journalistinnen und Journalisten getötet wurden wie zuletzt vor über 10 Jahren, werden sie im Zuge ihrer Arbeit häufiger verbal und körperlich angegriffen, auch im Internet. Vor allem Journalistinnen werden gezielt online belästigt. Die deutlich zunehmende Verbreitung feindseliger Äußerungen gegen die Medien und gegen Journalistinnen und Journalisten unterstreicht dies.

Heute haben mehr Länder Gesetze über die Informationsfreiheit, doch könnte deren Umsetzung besser sein

Das Recht auf amtliche Informationen ist Teil des Rechts der freien Meinungsäußerung und dient als Mechanismus zur Unterstützung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Amtsführung sowie zur Stärkung der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung aller Gesellschaftsgruppen. Dank politischer Maßnahmen und rechtsverbindlicher Vorschriften kommt die Gewährleistung dieses Rechts voran. 127 Länder haben inzwischen solche Vorschriften erlassen, und seit 2014 haben mindestens 27 Länder entsprechende Garantien verabschiedet. Doch nur 58 Prozent der 73 befragten Behörden gaben an, dass sie ihre Informationsbeauftragten speziell zum Recht auf Information schulen und Leitlinien für die Einreichung von Anträgen aus der Öffentlichkeit parat haben. Umfrageergebnisse zeigen, dass Aufsichts- und Berufungsstellen (im Gegensatz zu Stellen mit mehreren Funktionen) ein wesentlicher Bestandteil von Rechtsdurchsetzungs- und Sonderstellen für den Informationszugang sein sollten.



Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die Nachhaltigkeitsziele finden konstante jedoch fragile Unterstützung, und große Herausforderungen bestehen fort. Finanzmittel sind nach wie vor knapp, die Spannungen im Handel wachsen, und wichtige Daten fehlen weiter. Nun bedroht die COVID-19-Pandemie das bisher Erreichte, da Handel, ausländische Direktinvestitionen und Heimatüberweisungen voraussichtlich zurückgehen werden. Die Pandemie scheint die bereits im Gang befindliche Entkoppelung der globalen Wertschöpfungskette zu beschleunigen. Einer der wenigen aktuellen Lichtblicke ist der verstärkte Einsatz von Technologie, im Mittelpunkt das Internet, das viele nutzen, um zu arbeiten, einzukaufen und Kon-



takte zu pflegen, doch zeigt sich auch, dass die enorme digitale Kluft fortbesteht. Die Eindämmung von COVID-19 erfordert die Mitwirkung aller Regierungen, des Privatsektors, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Menschen in aller Welt. Es ist heute wichtiger denn je, Multilateralismus und globale Partnerschaft zu stärken.

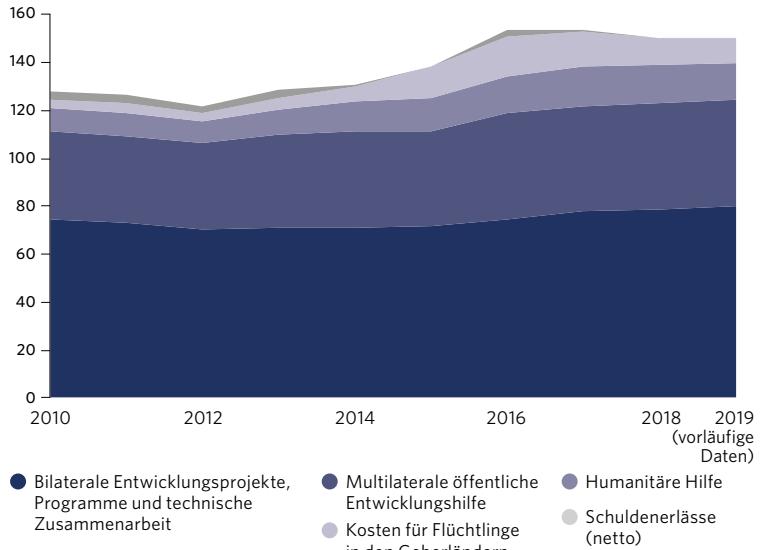
Große Geber kündigen Bemühungen an, die Haushaltsmittel für die öffentliche Entwicklungshilfe zu schützen, während das Virus die Weltwirtschaft aushebelt

Die öffentliche Netto-Entwicklungshilfe aus Ländern, die dem Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der OECD angehören, lag 2019 gegenüber dem Vorjahr fast unverändert bei 147,4 Mrd. Dollar, doch floss ein höherer Anteil in die ärmsten Länder. Die bilaterale Nettohilfe für Afrika und die am wenigsten entwickelten Länder ist seit 2018 real um 1,3 % (37 Mrd. Dollar) bzw. 2,6 % (33 Mrd. Dollar) gestiegen.

Die gesamte konzessionäre Finanzierung für den Gesundheitssektor lag 2016-2018 real bei durchschnittlich 26 Mrd. Dollar pro Jahr. Über die Hälfte des Gesamtbetrags entfiel 2018 auf die Vereinigten Staaten (8,6 Mrd. Dollar), den Globalen Fonds (3,3 Mrd. Dollar) und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung (2,6 Mrd. Dollar). Die öffentliche Entwicklungshilfe für Infektionskrankheiten betrug 6 Mrd. Dollar.

Öffentliche Entwicklungshilfe dient schon lange dazu, die unmittelbaren Auswirkungen von Krisen finanziell abzufedern, und kann ein wichtiger Teil der weltweiten Pandemiebekämpfung sein. Dennoch könnte das Ausmaß der Krise das Entwicklungshilfebudget der Geber unter Druck setzen, obwohl sich die Mitglieder des DAC laut einer Erklärung vom 9. April 2020 „bemühen [werden], die Haushaltsmittel für die öffentliche Entwicklungshilfe zu schützen“.

Öffentliche Netto-Entwicklungshilfe, nach Komponenten – 2010-2019 (in Milliarden konstanter US-Dollar) (Basisjahr: 2018)



Nach einem neuen Höchststand dürften Heimatüberweisungen 2020 drastisch sinken

2019 flossen etwa 554 Milliarden Dollar an Heimatüberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Seit Mitte der 1990er Jahre übersteigen Heimatüberweisungen die öffentliche Hilfe um das Dreifache und übertrafen 2019 sogar die ausländischen Direktinvestitionen in diese Länder. Nach robusten 8,6 Prozent im Vorjahr sank das Wachstum dieser Überweisungen 2019 auf 4,7 Prozent. 2020 dürften die weltweiten Heimatüberweisungen aufgrund der COVID-19-Pandemie und der dadurch bedingten Einschränkungen um etwa 20 Prozent sinken – so stark wie noch nie in der jüngeren Geschichte. Hauptgrund dafür ist der Lohn- und Beschäftigungsrückgang von Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die in Wirtschaftskrisen in den Aufnahmeländern oft gefährdeter sind als Nicht-Migranten. Die Heimatüberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen – für viele arme Haushalte eine wirtschaftliche Lebensader – dürften 2020 um 19,7 Prozent auf 445 Milliarden Dollar sinken.

COVID-19 dürfte ausländische Direktinvestitionen und die globalen Wertschöpfungsketten beeinträchtigen

2018 blieben die ausländischen Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer solide. Sie stiegen um 2 Prozent auf 706 Mrd. Dollar bei erheblichen Unterschieden zwischen den Regionen. Für die Entwicklungsländer in Asien, die ohnehin größte Empfängerregion, stiegen sie 2018 über alle Subregionen hinweg um insgesamt 4 Prozent auf 512 Mrd. Dollar. Für Afrika stiegen diese Investitionen um 11 Prozent auf 46 Mrd. Dollar, lagen jedoch unter dem Jahresdurchschnitt der letzten 10 Jahre (rund 50 Mrd. Dollar). In Lateinamerika und der Karibik lagen sie bei insgesamt 147 Mrd. Dollar und sanken damit um 6 Prozent, während sie im Vorjahr noch gestiegen waren.

2020 dürften die ausländischen Direktinvestitionen aufgrund von Verzögerungen durch den globalen Nachfrageschock um bis zu 40 Prozent und 2021 um weitere 5-10 Prozent sinken. COVID-19 könnte den Trend der Entkoppelung der globalen Wertschöpfungsketten und der Rückverlagerung von Unternehmensprozessen beschleunigen, weil multinationale Firmen ihre Lieferketten krisenfester zu machen suchen.

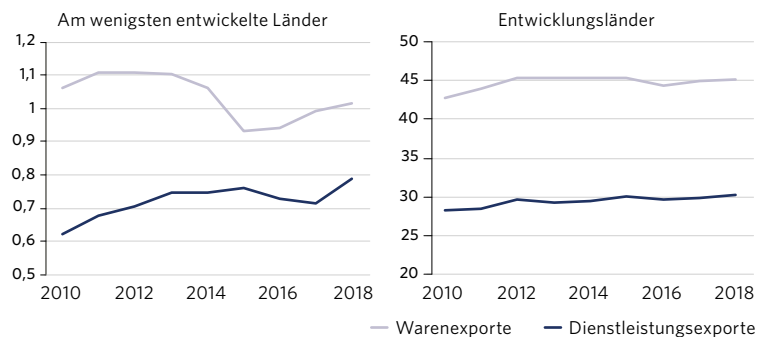
Der Welthandel dürfte einbrechen; die am wenigsten entwickelten Länder können ihren Exportanteil kaum erhöhen

Der globale Warenhandel wird 2020 durch die Pandemie um 13 bis 32 Prozent zurückgehen. Die handelsgewichteten Zölle sanken global von 2,2 Prozent (2017) auf 2,1 Prozent (2018). Die Mitglieder der Welthandelsorganisation gewähren einseitige Präferenzzölle, die für die Entwicklungs- und die am wenigsten entwickelten Länder nun im Schnitt bei niedrigen 1,1 Prozent liegen. Die Chancen, die diese Zölle Exporteuren aus Entwicklungsländern bieten, könnten durch Probleme bei der Erfüllung der Voraussetzungen für die Präferenzbehandlung – und die zunehmende Zahl von Handelsabkommen zwischen entwickelten Ländern – schwinden.

Die Exporte der am wenigsten entwickelten Länder lagen 2018 bei knapp über 1 Prozent des weltweiten Warenhandels und damit etwas höher als 2017. Dies ist kaum mehr als vor zehn Jahren und weit von der Zielvorgabe einer Verdoppelung bis 2020 entfernt. Bei den globalen Dienstleistungsexporten erreichten diese Länder 2018 einen An-

teil von 0,8 Prozent, der sich jedoch weiter auf wenige Volkswirtschaften, insbesondere in Asien, konzentriert. Die meisten anderen am wenigsten entwickelten Länder können Dienstleistungen nur schwer international exportieren.

Anteil an den weltweiten Exporten – 2010-2018 (in Prozent)

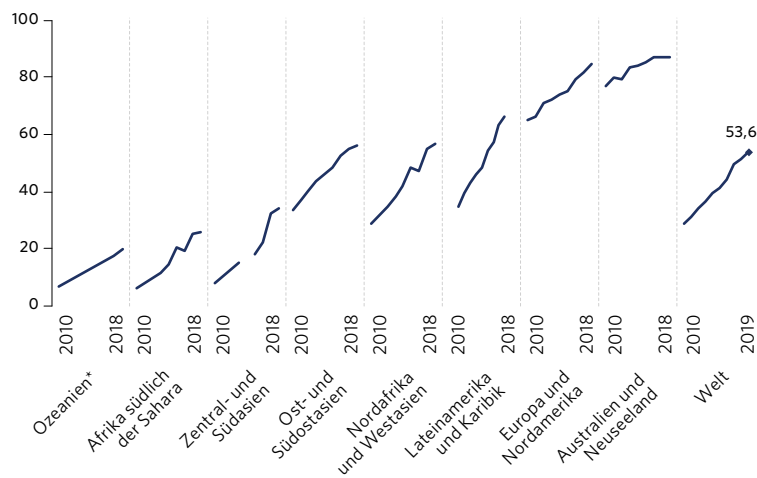


Das Internet ist im Alltag vielfach unverzichtbar, doch hat die halbe Weltbevölkerung weiter keinen Zugang

Während der pandemiebedingten Einschränkungen sind viele Menschen im täglichen Leben auf das Internet angewiesen, z. B. für Telearbeit, Fernunterricht, Einkäufe und soziale Kontakte. Doch fast die Hälfte der Weltbevölkerung, insbesondere in den armen Ländern, hat keinen Internetzugang. Ende 2019 nutzten 53,6 Prozent der Menschen (4,1 Milliarden) das Internet, wobei große Unterschiede zwischen den Regionen bestanden. 2018 nutzten nur 20 Prozent der Bevölkerung in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) und 26 Prozent der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara das Internet; in Europa und Nordamerika waren es hingegen 84 Prozent und in Australien und Neuseeland 87 Prozent.

Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt – von 7,6 pro 100 Menschen im Jahr 2010 auf 14,9 im Jahr 2019. 2019 überstieg die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse (1,1 Milliarden) die der Festnetztelefonanschlüsse (931 Millionen). In den entwickelten Ländern kamen 2019 auf 100 Menschen 33,6 Anschlüsse, in den Entwicklungsländern war es mit 11,2 ein Drittel davon. In den am wenigsten entwickelten Ländern gab es aufgrund hoher Kosten und fehlender Infrastruktur fast keine Festnetz-Breitbandanschlüsse.

Menschen, die das Internet nutzen – 2010-2018 (in Prozent)



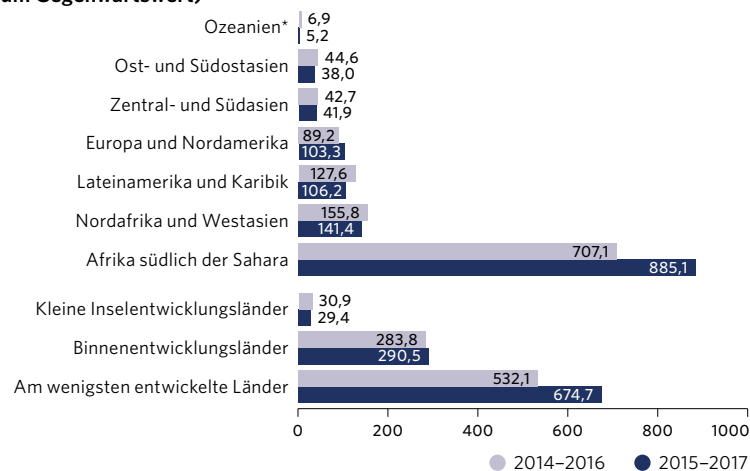
* ohne Australien und Neuseeland

Während der Bedarf an zuverlässigen Daten weiter steigt, fehlen ärmeren Länder die Mittel, sie zu generieren

Nach eigenen Aussagen setzten 2019 die meisten Länder einen nationalen Statistikplan um (141 Länder gegenüber 129 im Jahr 2018). Viele gaben jedoch auch an, dass ihnen für eine volle Umsetzung die Mittel fehlten. In Afrika südlich der Sahara waren nur 25 Prozent der Pläne voll finanziert (9 von 36 Ländern), in Europa und Nordamerika hingegen 95 Prozent (36 von 38 Ländern).

Die öffentliche Entwicklungshilfe für Daten und Statistik stieg zwischen 2016 und 2017 um 11 Prozent von 623 auf 690 Millionen Dollar, betrug aber nur 0,34 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe. Die internationalen Finanzmittel für Daten und Statistik decken nur etwa die Hälfte des Bedarfs. In den letzten drei Jahren waren die Länder in Afrika südlich der Sahara mit 885 Millionen Dollar die größten Nutznießer und erhielten erheblich mehr Mittel. Es bedarf weiterer und stärkerer technischer und finanzieller Unterstützung, damit die Länder in den Entwicklungsregionen besser gerüstet sind, die Fortschritte ihrer jeweiligen nationalen Entwicklungsagenda zu verfolgen.

Gesamte für den Aufbau von Statistikkapazitäten bestimmte öffentliche Entwicklungshilfe** – 2014-2016 und 2015-2017 (in Millionen US-Dollar zum Gegenwartswert)














* ohne Australien und Neuseeland











** Nur länderspezifische Mittelzusagen. Nicht zugewiesene Mittelzusagen für mehrere Länder/Regionen sind ausgeschlossen.

Stand der bis 2020 zu erreichenden Zielvorgaben





Von den 169 Zielvorgaben der Ziele für nachhaltige Entwicklung sind 21 bis Ende 2020 zu erreichen. Der Überblick zeigt anhand der im Juni 2020 verfügbaren Daten, wie die Welt insgesamt bei der Umsetzung dieser Verpflichtungen vorangekommen ist. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme sind in Ampelfarben dargestellt. 12 dieser 21 Zielvorgaben sind mit dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt und den Aichi-Biodiversitätszielen verknüpft. Sie sind in diesem Überblick getrennt von den übrigen bis 2020 zu erreichenden Zielvorgaben dargestellt.

Mit der Biodiversität verbundene Zielvorgaben, die bis 2020 zu erreichen sind ¹		Fort-schritte	Fortschrittsanalyse
2.5	Die genetische Vielfalt von Saatgut, Pflanzen und Tieren für Ernährung und Landwirtschaft bewahren		Die Wahrung der für Ernährung und Landwirtschaft nutzbaren tier- und pflanzengenetischen Vielfalt ist kaum vorangekommen. Die Zahl der heimischen, nur in einem Land vorkommenden Nutztierassen, für die genügend Genmaterial eingelagert ist, um sie im Falle des Aussterbens wieder züchten zu könnten, stieg 2019 auf 101 – ein Bruchteil der etwa 7.600 weltweit gemeldeten Rassen. Länderberichten zufolge sind 73 Prozent der erfassten Rassen vom Aussterben bedroht. Ende 2019 lagerten weltweit 5,4 Millionen Proben pflanzengenetischen Materials in Genbanken und damit 1,3 Prozent mehr als 2018.
6.6	Wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen		2018 waren etwas mehr als 2,1 Prozent der weltweiten Landfläche von Süßgewässern bedeckt. Die von diesen Daten erfasste Fläche der wasserverbundenen Ökosysteme (Seen und große Flüsse) ist seit dem Basisjahr 2000 unverändert (<i>die Fortschrittsampel steht auf Gelb</i>). Für andere wasserverbundene Ökosysteme, darunter Feuchtgebiete, Grundwasser und offene Wasserflächen, liegen derzeit noch keine globalen Daten vor (<i>graue Markierung</i>).
12.4	Mit Chemikalien und Abfällen verantwortungsvoll umgehen		Die Parteien kommen ihren Verpflichtungen aus den multilateralen Umweltübereinkünften im Bereich Chemikalien und Abfälle, insbesondere aus den Übereinkommen von Basel, Rotterdam und Stockholm, weiter nach (<i>die Ampel steht auf Gelb</i>). Allerdings stieg das weltweite Aufkommen an Elektroschrott – aufgegebene elektronische und elektrische Geräte – zwischen 2010 und 2019 von 5,3 auf 7,3 kg pro Kopf, während die umweltgerechte Verwertung dieser Abfälle weit langsamer stieg, nämlich von 0,8 auf 1,3 kg pro Kopf (<i>die Ampel zeigt Rot</i>).
14.2	Meeres- und Küstenökosysteme schützen und wiederherstellen		Der globale Meeresgesundheitsindex scheint sich in den letzten acht Jahren nicht verändert zu haben. In manchen Regionen wird die Meeresgesundheit als schlecht bewertet und dürfte sich verschlechtern.
14.4	Die Fischbestände auf einen nachhaltigen Stand zurückführen		Die Nachhaltigkeit der globalen Fischereiresourcen sinkt weiter, wenn auch langsamer. Der Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen, der 1974 noch bei 90 Prozent gelegen hatte, sank 2017 auf 65,8 Prozent und damit gegenüber 2015 um 0,8 Prozentpunkte.
14.5	Mindestens 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete erhalten		Im Dezember 2019 standen mehr als 17 Prozent (24 Millionen km ²) der Gewässer innerhalb der nationalen Hoheitsbereiche (0 bis 200 Seemeilen vor der Küste) unter Schutz. Diese Schutzgebiete haben sich seit 2010 verdoppelt. Der durchschnittliche Anteil ausgewiesener Schutzgebiete in jedem für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiet stieg zwischen 2000 und 2019 weltweit von 30,5 Prozent auf 46 Prozent, doch die Mehrheit dieser Gebiete ist weiter nur zum Teil oder überhaupt nicht von Schutzgebieten erfasst.
14.6	Subventionen abschaffen, die zu Überfischung und zu illegaler, ungemeldeter und unregulierter Fischerei beitragen		Die Zahl der Vertragsparteien des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen – das erste rechtsverbindliche internationale Übereinkommen, das sich gezielt gegen illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei richtet – stieg von 58 im Jahr 2019 auf 66 im Februar 2020 (einschließlich der Europäischen Union). Fast 70 Prozent der Länder meldeten hohe Erfolgsquoten bei der Durchführung des Übereinkommens.
15.1	Land- und Süßwasser-Ökosysteme erhalten und wiederherstellen		2020 waren für die Biodiversität besonders wichtige Landgebiete im Durchschnitt zu je 44 Prozent als Schutzgebiete ausgewiesen. Für Süßwasser- und Gebirgsgebiete lag dieser Wert bei je 41 Prozent. Dies ist ein Anstieg um 12 bis 13 Prozentpunkte gegenüber 2000. Die Mehrheit dieser Gebiete steht jedoch weiter nur zum Teil oder überhaupt nicht unter Schutz. Zudem hat sich die Ausweisung von Schutzgebieten seit 2010 im Vergleich zu den zehn vorangegangenen Jahren erheblich verlangsamt.
15.2	Die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen		Die Waldflächen der Erde schrumpfen weiter, jedoch nicht ganz so rasch wie in früheren Jahrzehnten. Zwischen 2015 und 2020 gingen jedes Jahr schätzungsweise 10 Millionen Hektar Wald verloren (<i>die Ampel steht auf Gelb</i>). Die Waldverluste sind weiter hoch, doch Daten für 2020 zeigen, dass der Anteil der Wälder, die in Schutzgebieten liegen, der Wälder mit langfristigen Bewirtschaftungsplänen und zertifizierter Waldgebiete weltweit und in den meisten Weltregionen gestiegen oder stabil geblieben ist (<i>die Ampel ist grün</i>).
15.5	Bedrohte Arten schützen und ihr Aussterben verhindern		Weltweit ist das Aussterberisiko für unterschiedliche Arten in den letzten drei Jahrzehnten um etwa 10 Prozent gestiegen. Der Rote-Liste-Index ist von 0,82 im Jahr 1990 auf 0,75 im Jahr 2015 und 0,73 im Jahr 2020 gesunken, wobei ein Wert von 1 besagt, dass kein Aussterberisiko besteht, und ein Wert von Null, dass alle Arten ausgestorben sind.
15.8	Das Einbringen invasiver gebietsfremder Arten in Land- und Wasser-ökosysteme verhindern		Nichts deutet auf ein Abflauen der Gesamtrate biologischer Invasionen hin; vielmehr nehmen Anzahl und Ausbreitung invasiver Arten durch vermehrten Handel und Verkehr zu (<i>die Ampel zeigt Rot</i>). Vorläufige Ergebnisse einer Studie, die von der Sachverständigengruppe der Weltnaturschutzunion für invasive Arten durchgeführt wurde, zeigen jedoch eine stärkere Entschlossenheit von Regierungen, die Ausbreitung solcher Arten zu verhindern und einzudämmen (<i>die Ampel ist grün</i>).

¹ Der volle Wortlaut jeder Zielvorgabe findet sich unter <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>.

15.9	Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die staatlichen Planungen und Gesamrechnungssysteme einbeziehen		Bis Januar 2020 hatten 113 Vertragsparteien den Stand ihrer nationalen Zielvorgaben im Zusammenhang mit dem Aichi-Biodiversitätsziel 2 bewertet. Etwa die Hälfte war ihren Zielvorgaben nähergekommen, jedoch nicht rasch genug, um ihre Ziele bis Ende 2020 erreichen zu können. 2017 verfügten 69 Länder über Programme zum System der umweltökonomischen Gesamtrechnungen – ein Anstieg um 28 Prozent gegenüber 2014.
Andere Zielvorgaben, die bis 2020 zu erreichen sind		Fort-schritte	Fortschrittsanalyse
3.6	Die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Straßenverkehrsunfällen weltweit halbieren		Die Sterberate infolge von Straßenverkehrsunfällen sank zwischen 2010 und 2016 von 18,7 auf 18,2 je 100.000 Personen, doch die Zahl der Straßenverkehrstoten stieg weiter an und lag 2016 bei 1,35 Millionen. Im selben Jahr waren Straßenverkehrsunfälle die häufigste Todesursache bei Kindern und jungen Erwachsenen zwischen 5 und 29 Jahren. Setzt sich dieser Trend fort, wird die Zielvorgabe bis Ende 2020 global wohl verfehlt werden.
4.b	Die Zahl der Stipendien für Entwicklungsländer, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die afrikanischen Länder, erhöhen		Die öffentliche Entwicklungshilfe für Stipendien stieg 2018 auf 1,6 Milliarden Dollar gegenüber 1,3 Milliarden Dollar im Vorjahr. Australien, die Institutionen der Europäischen Union, Frankreich, Japan und die Türkei stellten davon fast zwei Drittel. Die größten Empfängerregionen waren Asien und Afrika, die größten Empfängerländer die Philippinen, Indonesien, die Republik Moldau und Vietnam.
8.6	Den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, verringern		2019 hatten weltweit 22 Prozent der Jugendlichen keine Beschäftigung und durchliefen keine Schul- oder Berufsausbildung. Dieser Anteil hat sich seit 2005 kaum verändert.
8.b	Eine globale Strategie für Jugendbeschäftigung erarbeiten und auf den Weg bringen		Nach Daten aus 102 Ländern hatten 98 Prozent von ihnen 2019 eine Jugendbeschäftigungsstrategie oder planten, in naher Zukunft eine zu erarbeiten. Ferner hatte fast ein Drittel dieser Länder die globale Strategie für Jugendbeschäftigung formuliert und auf den Weg gebracht.
9.c	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erweitern		Fast alle Menschen verfügen heutzutage über mobile Netzabdeckung. 2019 waren etwa 96,5 Prozent der Weltbevölkerung in Reichweite zumindest eines 2G-Netzwerks, und 81,8 Prozent wurden von mindestens einem LTE (Long-Term Evolution)-Netzwerk abgedeckt.
11.b	Politiken zugunsten von Inklusion, Ressourceneffizienz, Abschwächung des Klimawandels und Klimaanpassung umsetzen und ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement fördern		Bis April 2020 hatten 85 Länder (etwas über 40 Prozent) eigenen Angaben zufolge ihre nationalen Katastrophenvorsorgestrategien zumindest teilweise am Sendai-Rahmen ausgerichtet, 6 davon vollständig. 2018 gaben 55 Länder an, dass zumindest einige ihrer Kommunalverwaltungen über lokale Katastrophenvorsorgestrategien verfügten, die den nationalen Strategien entsprächen.
13.a	Gemeinsam jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen für Entwicklungsländer aufbringen		Über die Verfolgung der Fortschritte bei diesem Finanzierungsziel wird innerhalb des Prozesses des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen noch verhandelt. Zweijahresberichte nach dem Übereinkommen geben Zusatzinformationen über die konkreten Beträge, die aus Fonds nach dem Übereinkommen, von multilateralen Entwicklungsbanken und aus bilateralen und anderen Kanälen in die Klimafinanzierung fließen, sowie eine Schätzung der privat mobilisierten Gelder.
17.11	Die Exporte der Entwicklungsländer erhöhen und den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten verdoppeln		Der Anteil der Exporte der am wenigsten entwickelten Länder am weltweiten Warenhandel lag 2018 knapp über 1 Prozent. Er hat sich in den letzten zehn Jahren kaum verändert und ist weit von der Zielvorgabe einer Verdoppelung bis 2020 entfernt. Der Anteil der Entwicklungsländer an den globalen Waren- und Dienstleistungsexporten hat in den letzten Jahren stagniert.
17.18	Die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Entwicklungsländer erhöhen, mit dem Ziel, über mehr hochwertige, aktuelle und aufgeschlüsselte Daten zu verfügen		2019 gaben 132 Länder und Hoheitsgebiete an, dass ihre nationale Statistikgesetzgebung den Grundprinzipien der amtlichen Statistik der Vereinten Nationen folge. 2018 waren es nur 111. Darüber hinaus meldeten die meisten Länder die Umsetzung eines nationalen Statistikplans (2019 waren es 141 Länder und Hoheitsgebiete, 2018 nur 129). Viele gaben jedoch auch an, dass ihnen für eine volle Umsetzung die Mittel fehlten. In Afrika südlich der Sahara waren nur 25 Prozent der Pläne voll finanziert, in Europa und Nordamerika hingegen 95 Prozent.

Legende:

-  Zielvorgabe erreicht oder auf Kurs
-  Die erzielten Fortschritte reichen zur Erreichung der Zielvorgabe nicht aus
-  Keine Fortschritte oder Rückschritte
-  Keine oder unzureichende Daten zur Fortschrittsbewertung

Hinweis: Manche Zielvorgaben erfassen mehrere Aspekte eines Entwicklungsbereichs. Sie werden daher getrennt bewertet, was in einer zweifarbigen Ampel zum Ausdruck kommt.

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Mai 2020) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigenkommission über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen wurde (siehe Resolution 71/313, Anlage). Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene.

Datenquellen und Grundlagen dieser Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in diesem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiksystemen zusammengestellt werden. Die von den internationalen Stellen erhobenen nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigenkommission über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung³ ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt⁴.

Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistiksystemen und regionalen und internationalen Organisationen ist für einen wirk-

Mit der Auswahl der Indikatoren für diesen Bericht soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen in diesem Bericht baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden².

samen Fluss international vergleichbarer Daten unverzichtbar. Diese Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter in nationalen Statistiksystemen verbessert werden.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt eine Datenbank zu diesem Bericht mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter <https://unstats.un.org/sdgs> zu finden ist. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Zwar erleichtern die in diesem Bericht vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, jedoch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung in vielen Teilen der Welt.

Investitionen in Daten, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung schneller zu erreichen

Aktuelle, hochwertige, frei zugängliche und aufgeschlüsselte Daten sind Voraussetzung dafür, dass Regierungen, Entwicklungspartner, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft, der Privatsektor und die Allgemeinheit fundierte Entscheidungen treffen können. Die COVID-19-Krise verdeutlicht, wie wesentliche Daten in allen Phasen der Pandemiebekämpfung als wirksame Entscheidungsgrundlage dienen können. Gleichzeitig wirft sie auch ein Licht darauf, dass oft nicht einmal die grundlegendsten Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftsdaten vorliegen. Zudem bleiben die gefährdeten Bevölkerungsgruppen, die am meisten Hilfe benötigen, unsichtbar. Weltweit bereitet die Verfolgung der Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen vielen nationalen Statistiksystemen große Schwierigkeiten, da sie auf allen Ebenen beispiellose Mengen an Daten und Statistiken erfordert. Aufgrund der COVID-19-Krise benötigen Daten- und Statistiksysteme kurzfristig finanzielle und technische Unterstützung, um die Kontinuität der Statistikerstellung, die Überwachung von Notmaßnahmen

und die Erarbeitung von Milderungs- und Überwindungsstrategien zu gewährleisten. Mittel- und langfristig sind höhere Investitionen in die nationalen Daten- und Statistiksysteme und eine stärkere Mobilisierung zusätzlicher internationaler und nationaler Ressourcen zwingend notwendig, wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele beschleunigen wollen.

Die aus dem Weltforum 2018 hervorgegangene Erklärung von Dubai sieht einen nachfrageorientierten Finanzierungsmechanismus unter der Aufsicht der Mitglieder der Vereinten Nationen vor, der schnell und effizient den Prioritäten der nationalen Statistiksysteme entsprechen kann. Neue Datenquellen und -erhebungstechnologien und die Integration verschiedener Datenquellen sind zu erkunden, auch im Rahmen von Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den Hochschulen. Die Integration von Geoinformationen und -statistiken ist in dieser Hinsicht besonders wichtig.

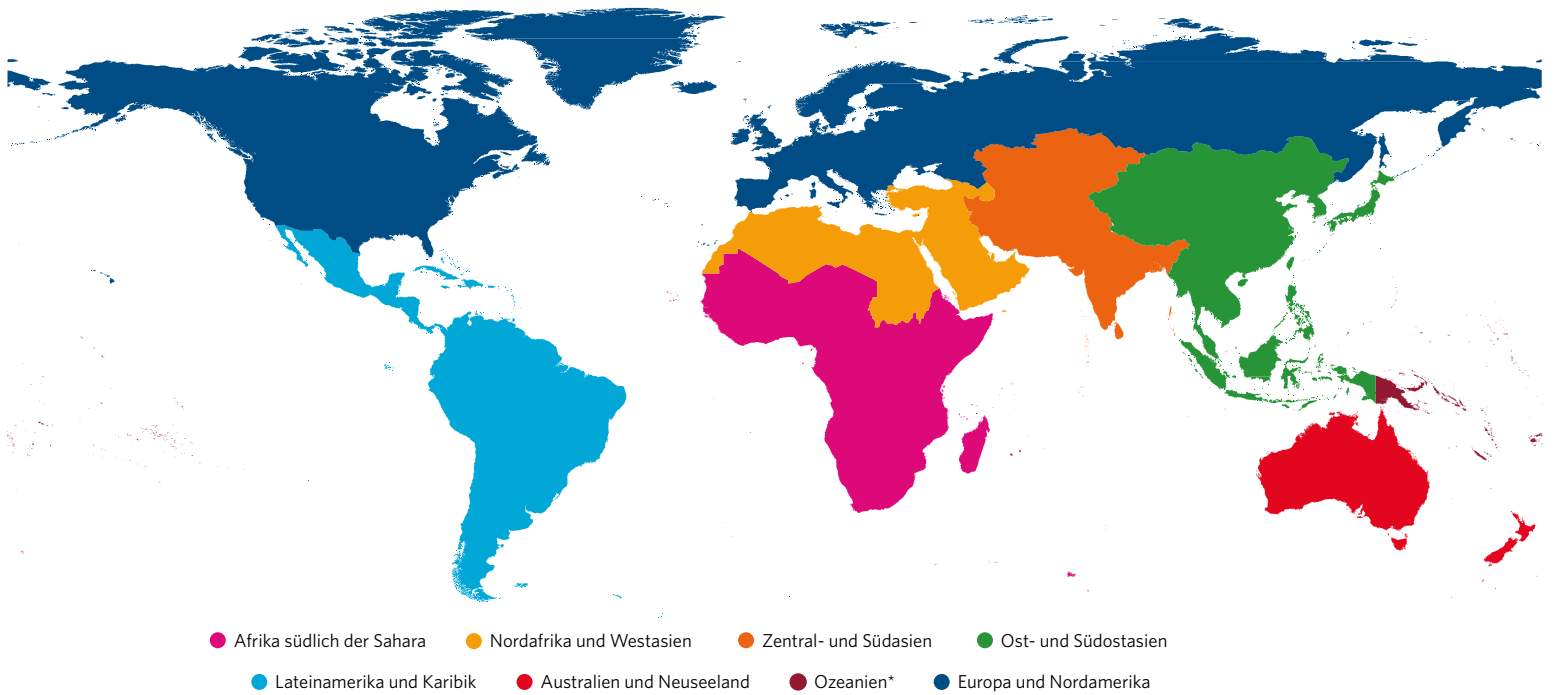
¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list>.

² Die Zusammensetzung der Subregionen geht aus dem Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

³ Siehe Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe Report of the Statistical Commission on its fiftieth session (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

Regionale Gruppen



- Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
 - Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der VN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden zur Erleichterung der Präsentation zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im VN-System keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt

der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analysezwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁶

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49>.

⁶ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt © Weltbank/Henitsoa Rafalia
Seite 5 © Silviu Costin Iancu
Seite 24 © Patrick J. Nagel
Seite 26 © Weltbank/Jamie Martin
Seite 28 © Weltbank/Dominic Chavez
Seite 32 © UNDP/Jared Katz
Seite 34 © Weltbank/Lakshman Nadaraja
Seite 36 © UNICEF Laos
Seite 38 © FAO/IFAD/WFP/Petterik Wiggers
Seite 40 © Weltbank/Dominic Chavez
Seite 42 © Weltbank/Rob Beechey
Seite 44 © Weltbank/Tanvir Murad Topu
Seite 46 © Weltbank/Curt Carnemark
Seite 48 © Hermes Rivera
Seite 50 © Weltbank/Scott Wallace
Seite 52 © Sergei Tokmakov
Seite 54 © Weltbank/Flore de Preneuf
Seite 56 © Weltbank/Natalia Cieslik
Seite 58 © Hannah Busing

Karten: Die Karten auf den Seiten 38, 43, 44 und 53 stammen von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen (UNSD).

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen (UNGIS) bereitgestellt.

Symbole: Die Symbole in den Informationsgrafiken auf den Seiten 6 bis 23 stammen von thenounproject.com unter einer NounPro-Lizenz.

Sonderlogo für Zielvorgabe 16.2 auf Seite 57, Informationsgrafiken im Überblick und Gestaltung: Gruppe Grafikdesign/Hauptabteilung Globale Kommunikation (DGC).

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Satz und Lektorat: Gruppe Manuskriptbearbeitung und Korrekturlesen/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement (DGACM)

Redaktion: Lois Jensen

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York

Copyright © 2020 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: <http://www.un.org/publications>

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht

Allianz der kleinen Inselstaaten

Asiatische Entwicklungsbank

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Büro der Gesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Jugend

Büro der Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechenbekämpfung (UNODC)

Büro der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen/Hauptabteilung Friedensmissionen

Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung/Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Internationale Energie-Agentur

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Internationale Organisation für erneuerbare Energien

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationales Handelszentrum (ITC)

Internationale Union für die Erhaltung der Natur

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Interparlamentarische Union (IPU)

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Nachhaltige Energie für alle

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UNHabitat)

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS 21)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UN-Energie

UN-Ozeane

UN-Wasser

Weltbankgruppe

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Welthandelsorganisation (WTO)

Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Weltorganisation für Tourismus (UNWTO)

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)

Wirtschafts und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)

Wirtschafts und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der VN-Statistikabteilung über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.

„Alle Maßnahmen, die wir während und nach dieser [COVID-19-]Krise ergreifen, müssen vehement auf den Aufbau gerechterer, inklusiverer und nachhaltigerer Volkswirtschaften und Gesellschaften ausgerichtet sein, die widerstandsfähiger gegenüber Pandemien, dem Klimawandel und den vielen weiteren globalen Herausforderungen sind, denen wir uns gegenübersehen.“

— *ANTÓNIO GUTERRES*
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN